

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,20 Mk., halbjährlich 6,00 Mk., jährlich 11,00 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement 1,10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pfg. (zweifelhafte zweifelhafte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Eine erbauliche Geschichte aus Saarabien.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:  
 „Daß das Saargebiet Geheimnisse birgt, deren Enthüllung kein gutes Licht auf die saarabische Volkserziehungsmethode wirft, weiß man aus den Hilger-Krämer- und aus den Schmiergelderprozessen. Im Tiefdunkel der saarabischen „Arbeiterfürsorge“ geschieht aber auch sonst noch allerhand, das verdient, zur öffentlichen Kenntnis zu gelangen. Jetzt, wo die hiesigen Vergleute nach Jahrzehnten wieder einmal den sonst demütig gefenken Blick erheben, erzählen die Wissenden manche seltsame Kunde. Einer dieser saarabischen Erzählungen sei hiermit der Weg in die breite Öffentlichkeit geöffnet, damit sich die „zuständigen Stellen“ dazu äußern können.“

Unsere Gewährsleute versicherten uns, was wir nachfolgend erzählen, sei tatsächlich geschehen. Da aber inzwischen etliche Jahre über die Geschehnisse ins Land gegangen sind, möchten wir uns nicht auf jede Einzelheit festlegen, das Gedächtnis unserer Gewährsleute könnte trügen.

Im Jahre 1906 wurde das preussische Knappschafts-Gesetz so erheblich geändert, daß die Knappschaftsvereine eine vollständige Statutenänderung vornehmen mußten; so auch der Knappschaftsverein zu Saarbrücken. Die Vergleute verlangten, im Falle sie Knappschaftspensionäre würden, solle ihnen auch die Reichsinvalidenrente voll ausgezahlt werden. Die fiskalische Vergewerwaltung zeigte sich insofern entgegenkommend, als sie den Verginvaliden bis zum Erhalt der Reichsinvalidenrente ein sogenanntes „Wartegeld“ in Höhe von jährlich 50 M. anbot. Die Knappschaftsältesten (Arbeitervertreter) lehnten aber den von der Vergewerwaltung vorgeschlagenen Statutenentwurf ab. Sie verlangten mindestens 100 M. „Wartegeld“. Ganz vernünftig. Der Vertreter der fiskalischen Vergewerwaltung, Geheimrat Vergrat Priebe, erklärte darauf, mehr wie 50 M. könne die Vergewerwaltung unter keinen Umständen bewilligen; mehr gestatte die Rentabilität der Gruben nicht! Nun die Ältesten den Entwurf abgelehnt hätten, lasse es die Vergewerwaltung auf die Einführung eines Zwangstatuts ankommen, das überhaupt kein „Wartegeld“ vorsehen würde. Die Vergleute waren sehr erbittert.

Das war im November 1906. Im Dezember desselben Jahres wurde bekanntlich der Reichstag aufgelöst. Im Saargebiet entbrannte der übliche wilde Wahlkampf zwischen „Blauen“ und „Schwarzen“. Wer siegen würde, war ungewisser wie zuvor. Für die nationalliberalen Kandidaten Justizrat Volk-Saarbrücken und Generalleutnant z. D. v. Schubert, König Stumms Schwiegersohn, war die Situation sehr brenzlich. Bisher „patriotische“ sichere Vergewerwähler hatten sich verschoren, wegen der Ablehnung des knappschaftlichen „Wartegeldes“ bei der Reichstagswahl weiße Stimmzettel abzugeben. Auf irgend eine Weise war dies den „hohen Vorgesetzten“ zu Ohren gekommen und einige Tage vor der Hauptwahl wurden mehrere Knappschaftsälteste von — Herrn v. Schubert zu einer Unterredung auf sein Hüttenbureau in Reun-Kirchen geladen! Dort fanden sie zu ihrem Erschaunen schon den II. Knappschaftsstassenvorsitzenden, Vergrat Knops vor. Es entspann sich eine Unterhaltung über die knappschaftlichen Arbeiterforderungen. Herr v. Schubert erklärte, er werde seinen Einfluß zugunsten des „Wartegeldes“ geltend machen. (Dabei besteht für die Arbeiter der Stumm-Schubertischen Werke eine besondere Knappschaftskasse, v. Schubert hat also mit der Saarbrücker Knappschaftskasse nichts zu schaffen.) Die eingeladenen Arbeiter merkten natürlich, wie der Hase lief, wenn ihnen auch nur vorsichtige Andeutungen gemacht wurden.

Die Hauptwahl fand am 25. Januar 1907 statt, Herr v. Schubert kam in eine noch viel ungünstigere Stichwahl wie sein Kollege Volk. Schubert erhielt 18 829, der Zentrumskandidat, Oberlandesgerichtsrat Dr. Marx 18 316, der Sozialdemokrat Osterath 571. Die Sozialdemokraten waren für Schubert nicht zu haben. Nun war Holland in Not. Da erhielten zwei Tage vor der Stichwahl mehrere Knappschaftsälteste eiligen Bescheid, zu Herrn v. Schubert zu kommen! Dort trafen sie wieder den Vergrat Knops. In dessen Gegenwart, so versichern unsere Gewährsmänner, habe Herr v. Schubert erklärt, er habe sich mit dem Minister Herrn Delbrück telegraphisch verständigt, die 100 Mark „Wartegeld“ würden bewilligt! Noch am selben Tage kam ein von den betr. Ältesten unterschriebenes Flugblatt für Herrn v. Schubert gegen Marx heraus. — v. Schubert erhielt in der Stichwahl 19 625, Dr. Marx 18 654 Stimmen. Stumms Schwiegersohn war gewählt.

Inwiefern das Flugblatt mit der Unterschrift der Arbeiter den Wahlgang entschied, kann selbstredend nicht genau festgestellt werden, ist auch nebensächlich. Es kommt auf die Frage an: „Hat der damalige preussische

Handelsminister, jetzige Reichsstaatssekretär Herr Delbrück dem Herrn v. Schubert die Gewährung des „Wartegeldes“ für die Verginvaliden zugesagt? Tatsächlich ist nach der Reichstagswahl ein neuer Statutenentwurf mit der Bewilligung der 100 Mark-Wartegeld den Saarbrücker Knappschaftsältesten vorgelegt und von diesen angenommen worden, nachdem zwei Monate vorher noch der fiskalische Vertreter den Arbeitern bestimmt erklärt hatten, mehr als 50 M. Wartegeld könne aus Rentabilitätsgründen nicht bewilligt werden. Alle Versuche der Arbeitervertreter, die Werkvertretung umzustimmen schlugen fehl — und just zwei Tage vor der Stichwahl gab ausgerechnet der, bekanntlich mehr konservative als liberale Reichstagskandidat v. Schubert den Arbeitern die Versicherung, ihr Wunsch betreffs der 100 Mark „Wartegeld“ würde erfüllt, woraus das bekannte Flugblatt für v. Schubert herauskam. War im November 1906 die Erfüllung der Arbeiterforderung wegen schwacher Rentabilität der Saargruben nicht möglich, dann bestand sicherlich derselbe Grund aus noch im Januar/Februar 1907. Liegen aber die Grubenüberschüsse die Gewährung des „Wartegeldes“ nicht zu, so müssen doch wohl die nach der für Herrn von Schubert glücklich verlaufenen Reichstagswahl bewilligten „Wartegelder“ aus anderen staatlichen Fonds angewiesen worden sein! Mögen die „Wartegelder“ aber aus diesem oder jenem staatlichen Fonds genommen sein, so ergibt sich doch immer die Frage: „Wie kam Herr Minister Delbrück dazu, als oberster Chef der preussischen Vergewerksverwaltung eine Arbeiterforderung (deren Berechtigung wir natürlich voll anerkennen) als mit den Werkverträgen nicht in Einklang zu bringen bestimmt abzulehnen, auf dieser Ablehnung zu beharren — bis just zwei Tage vor einer Reichstagsstichwahl, für deren glücklichen Ausgang für den Hüttenbesitzer Herrn v. Schubert man auf die Stimmen der verbitterten Vergewerbeiter angewiesen war!“

Auf diese Frage eine klare Antwort zu geben, ist die „zuständige Stelle“ den preussischen Steuerzahlern schuldig. Soweit die Zuschrift aus Saarbrücken. Wir sind selbstverständlich auch der Meinung, daß Herr Delbrück alle Veranlassung hat, zu dieser erbaulichen Geschichte aus Saarabien das Wort zu nehmen. Auf alle Fälle werden unsere Genossen im preussischen Landtag versuchen müssen, über diese saarabische Meldung Näheres zu erfahren.

## Eine bayerische „Nordd. Allgem. Ztg.“

Freiherr v. Hertling, Bayerns genialer Ministerpräsident, hat den Plan für einen „Kgl. Bayerischen Staatsanzeiger“ ausgeheckt, dem innerhalb der blauweißen Grenzpfähle ungefähr jene Rolle zugebach ist, die in Preußen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spielt. Doch scheint der bayerische Ministerpräsident von der Leitung und Wirkung des Berliner Kanzlerorgans keine sonderlich große Meinung zu haben, denn er gedenkt nicht nur durch Veröffentlichung von allerlei amtlichen Verordnungen, Verfügungen, Mitteilungen, Verwaltungsentscheiden usw. seinen Staatsanzeiger zu einem Blatt zu machen, das von allen Behörden und Beamtenkategorien gelesen werden muß, sondern er möchte dieses Blatt zu einem der mächtigsten Kämpfer für die ganze klerikale Politik seines Kabinetts ausgestalten. Damit das gelingt, soll dieses klerikale Staatsblatt alle offiziellen Nachrichten teils allein, teils weit früher erhalten, wie die übrige bayerische Tagespresse — und zugleich sollen die höheren bayerischen Verwaltungsbeamten wie auch die bayerischen Gesandten im Auslande zur Mitarbeiterschaft und zu Reporterdiensten gepreht werden. Unserem Münchener Parteiblatt, der „Münchener Post“, hat ein glänzender Wind den lauberen Hertlingischen Zeitungsgründungsplan auf den Redaktionstisch geweht, und es ist, wie das nun mal bei sozialdemokratischen Blättern der Fall, boshaft genug, das Elaborat zu veröffentlichen.

In dem schönen Hertlingischen Organisationsplan heißt es:

- Zweck und Aufgabe der Staatszeitung.**
1. Vertretung der Regierungspolitik, ihrer Motive und Ziele gegenüber der Öffentlichkeit, der Presse und den parlamentarischen Körperschaften.
  2. Orientierung der „öffentlichen Meinung“ (Anmerkung d. Red. d. M. P.: Die Anführungszeichen sind nicht von uns), insbesondere der weltlichen und geistlichen behördlichen Stellen, des Beamtentums, Offizierkorps, der Gelehrtenwelt, des Handels und der Industrie im Sinne der Regierungspolitik.
  3. Konzentration des gesamten behördlichen Nachrichtendienstes und damit Ausgestaltung des Staatsanzeigers zu einem notwendigen und geeigneten Hilfsorgan der Presse. Daher drängt sich die Bitte auf, es möchte durch geeignete Maßnahmen der K. Staatsregierung dahin gewirkt werden, daß alle Nachrichten usw., selbst solche unwesentlicher Art, von den Ministerien, Kreisregierungen, Staatsanstalten, äußeren Behörden

einzig der Bayerischen Staatszeitung zugeleitet werden.

Nachdem dann verordnet worden ist, daß dem Staatsanzeiger alle amtlichen Bekanntmachungen überwiesen werden müssen, heißt es weiter über den

- Nichtamtlichen Teil:**
1. Verkretung der Regierungspolitik
    - a) durch halbamtliche Kundgebungen wie bisher in der Korrespondenz Hoffmann,
    - b) durch Darlegung der Ziele und Motive sowie durch Vorbereitung der Öffentlichkeit auf künftige Entwicklung. Nach den dienstlichen Instruktionen. Durch fertige Einwendungen aus den Ministerien und durch eigene Bearbeitung seitens der Redaktion, unter dienstaufrichtlicher Korrektur und Begrenzung.
  2. Publizistische Sicherstellung von Gesetzen, Verordnungen, Verfügungen gegen irrtige Auffassungen und Mißdeutung in der „öffentlichen Meinung“. Durch die Herren Ministerialreferenten.
  3. Glossierung gesetzgeberischer Absichten, Instruierung der Öffentlichkeit über Gesetzentwürfe, deren Entstehung, Ziele und Motive. Durch Bearbeitung seitens der Herren Ministerialreferenten.
  4. Periodische Mitteilungen über die Einnahmen der Staatsbetriebe (Post, Eisenbahnen, Vergewerke, Hütten, Salinen, Bäder, Hofbrauhaus, elektrische Werke). Darlegung der Entwicklung der Finanzlage des Staates in einzelnen Phasen und der direkten Steuern.
  5. Vor Beginn des Landtags Exposés über die Gestaltung der Einzelsteuern und die Abschlußziffern des Budgets. Wie es mit dem Reichsbudget geschieht (Norddeutsche Allgemeine Zeitung).

**Ferner:**  
 Erweiterung und Konzentration des ministeriellen Nachrichtendienstes unter Ausschluß von Meldungen an andere Zeitungen. Diese werden in eiligen Fällen durch die Staatszeitung mittels des Wolffschen Bureaus bedient. Landtagsberichterstattung. Großer Bericht. Die Reden der Minister und Staatskommissare sowie Parteiführer im Wortlaut. Die übrigen Reden je nach der Bedeutung des Inhalts in mehr oder minder gedrängter Kürze. Berichte über die Ausschüsse der beiden Kammern des Landtags durch die offiziellen Protokollführer (Mitgliedern und Kassenführer); im Reichsrat durch Auszüge aus dem offiziellen Protokoll, davon Vortragsabzüge zu liefern, damit Vorkprung vor der übrigen Presse.

Zu diesem schönen Zweck, den Staatsanzeiger auf Kosten der übrigen bayerischen Blätter auszugestalten, soll auch die ganze bayerische Diplomatie in den Dienst des Hertlingischen Regierungsblattes gestellt werden. In den dem Plan beigegebenen Erläuterungen heißt es darüber:

Bei Behandlung der auswärtigen Politik wird sich ohne besondere und geeignete Maßnahmen die Bayerische Staatszeitung gewissermaßen zwischen Szysla und Charpybis bewegen wegen ihres offiziellen Charakters, so daß zur Vermeidung aller Schwierigkeiten und Eventualitäten die Redaktion sich lediglich auf die Wiedergabe der Telegramme der offiziellen Telegraphenbureaus beschränken dürfte. Eine derartige Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten ist zwar gefahrlos, zwingt aber den Leser, der orientiert sein will, entweder eine zweite Zeitung zu halten oder auf das Abonnement der Staatszeitung zu verzichten — Eventualitäten, die bei dem Charakter und Aufgaben des Blattes unter allen Umständen vermieden werden sollten.

Singeweisen ist auch auf die Gefahren, die sich ganz von selbst ergeben, wenn die unter stetigem Drang der Geschäfte arbeitende Redaktion auf die Benutzung der verschiedenartigen und erfahrungsgemäß zu allerhand politischen, journalistischen und bürokratischen Intrigen benützten Korrespondenzen der verschiedenen Zentralen Europas angewiesen wäre. Es ließe sich der Fall sehr wohl denken, daß irgendeine anscheinend harmlose und vom rein journalistischen Standpunkt aus gänzlich unverständliche Nachricht dadurch zu einer unliebsamen Bedeutung kommen könnte und daß mit Absicht die Verbreitung dieser Nachricht im Staatsanzeiger des zweitgrößten Bundesstaates als ein Coup nicht der bayerischen Regierung, sondern der deutschen Reichsleitung hingestellt werden könnte.

Diese Gefahren ließen sich dadurch vermeiden, daß die bayerischen Gesandtschaften beauftragt würden, wöchentlich, und zwar an ganz bestimmten Wochentagen, durch Zeitungsausschnitte belegte politische Wochenrundschau aus Paris, Rom, Wien, Petersburg usw. abzuliefern. Wichtige, die Stimmung belegende Artikel aus der Presse hätten sofort, und zwar in Uebersetzung abgehandelt zu werden. . . .

Es werden derartige Wochenrundschau, die nicht auf diplomatischer, sondern auf journalistischer Basis aufgebaut sein müssen, vielfach, besonders, wenn es sich um Weltfragen handelt, ähnliches des Lesers durch die Prehabteilung eine Uebersetzung der zur Verfügung stehenden Wochenrundschau einzutreten haben, dergestalt, daß etwa die eine Wochenrundschau als solche beispielsweise aus Paris datiert veröffentlicht wird, während aus den anderen Wochenrundschau einzelne Teile herausgeschliffen und als selbständige Artikel oder Meldungen aus den



in Betracht kommenden Städten behandelt werden.

Selbstverständlich bliebe es wünschenswert, wenn die diplomatischen Berichte der Gesandtschaften, insondere Discretion und politische Interessen es gestatten, von der Presseabteilung des Ministeriums des Äußeren dazu benutzt würden, um kleinere Meinungen, die den Meinung nicht verraten und die zunächst nur journalistischen Wert haben, dem Staatsanzeiger zur Verfügung zu stellen.

Die größeren bayerischen Blätter spotten und höhnen über diesen schönen Plan, auf Kosten der Steuerzahler die öffentliche Meinung zu orientieren. Selbst die liberale Presse zeigt sich oblitrat. So meint der Münchener „Bayerische Kurier“, daß dieser Organisationsplan nichts anderes sei, als die Verschlagnahme des ganzen Staatsapparates für ein Privatunternehmen und dessen geschäftlichen Vor auf Kosten der übrigen steuerzahlenden Staatsbürger. Das ultramontane Blatt macht ferner darauf aufmerksam, daß durch die Art, wie dem Staatsanzeiger Zwangsinserte zugeordnet werden sollen, zahlreiche Verleger von kleineren Zentrumsblättern in der Provinz auf das schwerste geschädigt werden. Das sei ein Stück Mittelstandspolitik, die einem liberalen Ministerium schlecht bekommen wäre. Das Ministerium selber, das hinter dem Staatsanzeiger stehe, hätte das Kaiserliche Monopol der Firma Rudolf Wölfe in Berlin übertragen, zum großen Schaden bayerischer Geschäftsleute. Herr Rudolf Wölfe werde sich denken: „Ich wünsche zwar in meinem „Berliner Tageblatt“ täglich dieses Ministerium zum Zeisel, aber ein Geschäft mache ich mit ihm und tue es ganz gerne.“

Der „Bayerische Kurier“ schließt: „Man kann über diese Dinge nicht zur Tagesordnung übergehen, wie es die Prentenspresse bisher getan hat, ohne ein Schütteln des Kopfes.“

## Die Balkankrise.

### Die türkischen Gegenvorschläge.

Konstantinopel, 26. Dezember. Der Ministerrat hat die Gegenvorschläge formuliert, welche die türkischen Bevollmächtigten auf der Friedenskonferenz am Sonnabend unterbreiten sollen.

### Der bulgarische Standpunkt.

Sofia, 26. Dezember. Die hiesigen politischen Kreise sind einmütig der Ansicht, daß die Uebergabe Adrianopels, das von der bulgarischen Armee belagert, vom Schicksal zum Falle verurteilt sei, eine *conditio sine qua non* des Friedensschlusses bilde. Die kategorische Erklärung, welche mehrere Parteiführer in der vorgestrigen Sitzung der Sobranje abgegeben haben, lassen über diesen Punkt keinen Zweifel zu. Finanzminister Theodorow soll einigen Sobranje-Deputierten erklärt haben, er glaube, daß die Friedensverhandlungen nicht länger als vierzehn Tage dauern und die erwarteten Ergebnisse erzielen werden. Er sei überzeugt, daß die Lage sich noch vor Jahreschluss endgültig klären werde.

### Türkische Pressstimmen.

Konstantinopel, 26. Dezember. Die gesamte türkische Presse ist einig darin, daß die von den Balkanverbänden aufgestellten Friedensbedingungen unannehmbar und unlogisch seien. Sie erklärt es vor allem für unmöglich, daß die Türkei Adrianopel aufgeben, das, abgesehen von seiner großen strategischen Bedeutung für die Erhaltung der Türkei als europäischer Staat, auch durch geschichtliche Erinnerungen an die Türkei geknüpft sei. Die Blätter weisen den Gedanken zurück, daß die Bulgaren einen Zugang zum Marmarameer erhalten oder daß alle Inseln des Archipels an Griechenland abgetreten werden. Derartige Bedingungen würden einem dauernden Frieden nicht nützen. Man glaubt, daß die Verbündeten diese Forderungen als Maximum aufgestellt haben, um schließlich zu einem Vergleich zu gelangen, der auch eine Entschädigung enthalte.

Gegenüber der Meldung des Reuterschen Bureaus über die Friedensbedingungen behauptet „Zeni Gazetta“, die Bevollmächtigten der Balkanverbände hätten alle neue Grenze die Linie Enos—Midia entlang dem Laufe der Flüsse Karisya und Ergene, aber keineswegs die Abtretung aller Inseln verlangt, sondern sich vorbehalten, ein Arrangement zu treffen. Die Worte schlage ein Regime vor, wie es auf Samos bestehe, und werde auf der Regelung der Frage der Staatsschuld beharren. — „Izdam“ meldet, die Pforte werde eine Grenze vorschlagen, die von einem Punkt des Golfes von Saros ausgehe und bis zum Schwarzen Meer reiche, wobei Adrianopel im Besitz der Türkei bleibe; der Rest Thrakiens mit einem Teile Mazedoniens, Saloniki inbegriffen, würde eine autonome Provinz unter der Souveränität der Pforte bilden, während Bulgarien nur das Recht eingeräumt werden solle, einen Handelsweg zum Meere zu erhalten, wie Serbien an der Adria. Die Pforte werde jede Entschädigungsforderung zurückweisen.

### „Verpändung“ von Adrianopel?

Paris, 26. Dezember. Zur Frage von Adrianopel meldet der Londoner Berichterstatter des „Temp“, daß in gewissen Finanzkreisen folgende Lösung angeregt werde: Adrianopel und seine Umgebung sollen der Türkei verbleiben, da diese aber anerkennend sei, die von Bulgarien geordnete große Kriegsentchädigung zu bezahlen, so würde Bulgarien das Recht erhalten, Adrianopel samt Umgebung solange zu besetzen, bis die Kriegsentchädigung bezahlt worden sei. Dieser Ausweg würde der Türkei gestatten, wenigstens den Anschein zu wahren, daß sie ihren Standpunkt behauptet habe.

### Die Auslandsdebatte in der Duma.

Petersburg, 26. Dezember. In der heutigen Sitzung der Reichsduma wurde die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Der Führer der Kadettenpartei, Miljukow, sagte in seiner langen Erklärung über die auswärtige Lage, er sehe sich genötigt, die russische Diplomatie zu verteidigen. Der Minister Sazonow werde die Fehler Zwozostis, der die auswärtige Politik Russlands hollert habe, nicht wiederholen. Die Kadettenpartei wolle nicht den Krieg, und man dürfe den russischen Bauer nicht zur Schlachtbank führen für Interessen, die Russland nicht unmittelbar betreffen, und um so weniger für sekundäre Interessen. Wir wollen den Krieg nicht, sagte Miljukow, aber wir stellen ihn auch nicht. Miljukow schloß: er billige vollkommen die Entscheidung der offiziellen russischen Diplomatie, die Russland den offiziellen Frieden bewahrt habe. Der Oksobrisch Schidkowsky begrüßte die Versuche einer friedlichen Lösung der Verwicklungen. Doch müsse Russland erklären, daß es bereit sei, mit allen Mitteln die gerechten Ansprüche der Balkanvölker zu unterstützen. Dies sei es seinem Anschein schuldig. (Beifall im Zentrum.) Hierauf erörterte der Ministerpräsident die innere

Politik und schloß seine Rede mit folgender Feststellung: Die große auch immer die Verschiedenheit der Ansichten und Meinungen über die Lage im Innern und über die Absichten der Regierung ist, diese Verschiedenheit verschwindet bei der Beurteilung der auswärtigen Lage. (Dies ist, wie die von und bereits wiedergegebene Erklärung unserer Genossen beweist, ganz falsch.) Das ist ein großer Trost und beweist, daß die Leitung der auswärtigen Politik Russlands gut und gerecht ist, da sie begründet ist auf den historischen Traditionen des russischen Reiches und auf dem Schutz der wahren Interessen des Vaterlandes. (Lang anhaltender Beifall im Zentrum und bei den Nationalisten.)

### Partielle Mobilisation in Südrussland.

Petersburg, 27. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das 10. Armeekorps, das in den Gouvernements Poltawa und Charkow stationiert ist, wird zum 20. Dezember (2. Januar) mobilisiert. Einberufen sind die Reservisten der Jahrgänge 1907, 1908 und 1909. Die Soldaten, die in diesem Herbst den Dienst verlassen sollten, sind bis auf weiteres zurückgehalten worden. Ein Teil des 10. Armeekorps geht nach dem Gouvernement Wolynien, an der österreichischen Grenze. Die Vorräte sind überall ergänzt, die Trainswagen gepackt, um auf den ersten Befehl hin auf die Bahn geladen zu werden.

### Keine separaten Verhandlungen?

Sofia, 27. Dezember. Die Meldung, das General Sawow nach Konstantinopel gekommen sei und dort mit Kamil Pascha über die Friedensverhandlungen konferiert habe, wird von der bulgarischen Telegraphen-Agentur als Intrige bezeichnet. Die bulgarische Regierung habe keinen Augenblick an besondere und geheime Besprechungen mit der Türkei gedacht.

### Die Bulgaren bleiben in Saloniki.

Sofia, 26. Dezember. (Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Gegenüber den Meldungen, nach welchen ein Regiment der in Saloniki stationierten bulgarischen Truppen nach Serres abgegangen sei, wird festgestellt, daß nur eine Kompanie des 14. Regiments dorthin abmarschiert ist. Ebenso ist es unrichtig, daß der Abmarsch der übrigen bulgarischen Truppen aus Saloniki bevorstehe.

### Ein bulgarischer Armeebefehl.

Sofia, 26. Dezember. Der König hat an die Armee einen Tagesbefehl gerichtet, der folgendes anordnet:

1. Strenge Anwendung aller von der Sanitätsinspektion getroffenen Vorkehrungen, zur Besserung des Gesundheitszustandes der Armee.
2. Tägliche Übungen mit anschließenden Vorträgen über die militärischen Operationen der Bulgaren und der Türken.
3. Vorsorge für die Unterhaltung der Truppen, namentlich auch durch Spiel der Militärkapellen.
4. Strenge Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Truppen, die allenthalben Muster der Ordnung und der Gehorsamkeit sein sollen, Leben und Eigentum aller Bürger ohne Unterschied der Religion und der Nationalität in gleichem Maße zu schützen hätten und jeder Ausschreitung sich enthalten müßten, die die Ehre des Waffenrodes und den guten Ruf des Bulgaren in den Augen des Auslandes kompromittieren könnten.

Diese letzte Mahnung kommt nur leider viel zu spät.

### Unter Bundesgenossen.

Sofia, 26. Dezember. Das Regierungsblatt „Mir“ wendet sich scharf gegen die bulgarenfeindliche Haltung der Presse in den verbündeten Ländern und behauptet, daß diese böswillige Art, ein Land gegen das andere auszuspielen, nicht einmal im gegenwärtigen Augenblicke aufgehört habe, da das gemeinsame unternommene Werk noch nicht vollendet sei und daß gewisse Blätter, die, wenn auch nicht offiziell, so doch genügend verbreitet seien, um die Geister zu beunruhigen, sich unaufhörlich in Insinuationen ergehen, die für Bulgarien, seine Bevölkerung und Armee höchst beleidigend seien.

### Ein Dementi.

Belgrad, 25. Dezember. Das Regierungsblatt „Samouprava“ nimmt auf Blättermeldungen Bezug, nach welchen der Thron des Königs infolge der Misserfolge der montenegrinischen Armee erschüttert sei und zwischen Serbien und Montenegro und seinen Dynastien Eifersucht bestehe. „Samouprava“ bezeichnet diese Nachrichten als auf Intrigen beruhend, die den Zweck verfolgen, zwischen Serbien und Montenegro Zwietracht zu säen. Beide Königreiche seien treu verbündet, und Serbien sei jederzeit bereit, für die montenegrinischen Brüder und ihren heldenhaften Herrscher, soweit es in seinen Kräften stehe, materielle und moralische Opfer zu bringen.

Ein ähnliches Dementi kommt auch aus Cetinje.

### Die Kriegsgreuel.

Konstantinopel, 26. Dezember. Die Pforte, die vor einem Monat die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Grausamkeiten gelenkt hatte, welche die verbündeten Armeen und die Banden gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen hätten, hat beschlossen, an die Mächte erneut die Bitte zu richten, sie möchten durch ihre Konkrete eine Kollektivuntersuchung über die Grausamkeiten, die noch immer verübt würden, anstellen.

Die Berliner türkische Botschaft hat vom Minister des Auswärtigen in Konstantinopel folgendes Telegramm erhalten: Der Kommandant der Ostarmee telegraphiert, daß griechische Banden, welche in das in der Nähe von Janina gelegene muslimanische Dorf Kolonjati einrückten, trotz der guten Aufnahme, die ihnen zuteil wurde, die Einwohner ohne Unterschied des Alters und Geschlechts unerbittlich niedergemetzelt und die Männer verkrümelt und verbrannt haben.

Bukarest, 26. Dezember. In der Abgeordneten-Kammer verlas der Unabhängige Protopopescu den Text einer an den Minister des Äußeren gerichteten Interpellation, in der verlangt wird, der Minister solle das Ergebnis der Schritte mitteilen, welche die rumänische bei der griechischen Regierung unternommen hat wegen der Grausamkeiten und Verbrechen, welche, wie festgestellt, Soldaten des Generals Sapundzakis sich rumänischen Untertanen in Mazedonien gegenüber haben zuschulden kommen lassen. Die Interpellation wird in drei Tagen verhandelt werden.

### Kämpfe bei Janina.

Athen, 25. Dezember. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgendes Communiqué: Vor Janina fand gestern ein Artilleriegefecht mit Zwischenpausen statt. Es ließ schließlich nach. Die zweite Division, die im Vorpostengefecht war, vertiefte ihre Stellungen nicht. Der rechte Flügel, der durch die von Athen gesandten Truppen verstärkt war, unterwarf mit großem Erfolg einen Rekolonisationsangriff. In den rekolonisierten Stellungen wurden die Leichen von 120 türkischen Soldaten gefunden.

### Rückberufung türkischer Offiziere.

London, 25. Dezember. Wie dem Reuterschen Bureau unter dem 24. Dezember auf indirektem Wege aus Konstantinopel ge-

meldet wird, sind alle auf Urlaub befindlichen Offiziere der Tschataldja-Armee angewiesen worden, binnen 24 Stunden zu ihren Regimentern zurückzukehren.

### Eine Dreibundenthüllung.

Herr Dr. Heinrich Friedjung, der nicht nur ein angehener österreichischer Historiker, sondern auch ein nicht minder angehener offizieller Journalist ist, veröffentlicht in einem Wiener Blatt einen Artikel, worin er auch über den Dreibund eine bisher nicht bekannte Einzelheit erzählt. Friedjung schreibt:

„Allmählich fallen von der Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns die Schleier, und ihre von den beiden letzten Ministern des Reiches eingehaltenen Linien werden sichtbar. Es sind nicht weltbewegende Ziele, denen das Wiener Kabinett nachstrebt, am wenigsten war der Vormarsch nach Saloniki von Beltracht oder von Veracht ins Auge gefaßt. Die Eroberung des Westens der Balkanhalbinsel wäre nur durch einen siegreichen Krieg gegen Rußland und nur durch große, den Italienern gewährte Kompensationen zu erreichen gewesen. Auf die letzteren hätte Italien Anspruch gehabt, da es in dem geltenden und länglich verlängerten Dreibundvertrage sinngemäß heißt: Wenn sich die Habsburgische Monarchie auf der Balkaninsel ausdehnt, so ist Gleiches auch den Bundesgenossen zuzubilligen. Sonach beschränkten wir uns auf die Annexion Bosniens und auf die Schaffung eines neutralen albanesischen Staates als Gegengewicht zu dem Ausgreifen eines unsrer südslawischen Gebiete begehrenden Großreiches.“

Daraus geht also hervor, daß die naive Ansicht, der Dreibund sei ein reiner Defensivvertrag und verdiene als solcher auch sozialistische Sympathien, falsch ist, wie ja überhaupt wir Sozialdemokraten keinen Grund haben, die Nachschichten der Geheimdiplomatie irgendwie zu unterstützen. Aus dem von Friedjung zitierten Passus geht klar hervor, daß der Dreibundvertrag auch Vorsorge für den Fall von Eroberungen trifft, also durchaus nicht so harmlos ist, wie die der Öffentlichkeit allein bekannt gegebenen Bestimmungen vermuten lassen.

Interessant ist auch, was Friedjung über die albanesische Politik Oesterreichs berichtet:

„Beltracht hat die albanesische Politik seines Nachfolgers vorbereitet. Es kann heute ohne Scheu erzählt werden, daß Beltracht im Winter von 1908 auf 1909 mit den albanesischen Führern verhandelte und ihnen — für den Fall eines Krieges mit Serbien — Waffen und Geld für 80000 Mann und zugleich Autonomie für ihr Land in Aussicht stellte. Es kam nicht zum Kriege, und die Albanesen glaubten sich hingehalten und ausgenutzt. Mit Unrecht, wie es sich jetzt zeigt. Das Wiener Kabinett hat es aufrichtig mit ihnen gemeint, und noch Beltracht konnte, als die Realisoren von den türkischen Paschas hart bedrängt wurden, ihnen durch die in Konstantinopel unternommenen Schritte Luft machen. Mehr noch war unter dem Grafen Berchtold möglich. Die Monarchie hielt nicht bloß schweigend die Hände über sie, sondern erwirkte ihnen auch den Beistand der übrigen Großmächte.“

Friedjung unterläßt nur hinzuzufügen, daß das künftige autonome Albanien ein Rest von Zutragen sein wird, durch die Oesterreich, Italien und die Balkanstaaten unaufhörlich ihren politischen Einfluß zum vorherrschenden zu machen suchen werden.

## Kritisches zum Militäretat.

1.

Dem Milliardenetat der Heeresverwaltung sind zwei Tenthschriften beigegeben, die ein recht bezeichnendes Licht auf die Art werfen, wie die Gelder der Steuerzahler verwendet werden. Die eine Tenthschrift bezieht sich auf das Nationalwesen, die andere auf das fortwährend ausgebaute System der Zulagen. Mit diesen beiden Gebieten hat sich die sozialdemokratische Kritik wiederholt befaßt, und ihr ist es zu einem guten Teil zu danken, wenn endlich einmal eine Klarheit über diese äußerst verworrenen Zustände zu schaffen versucht wurde.

Das Prinzip der Nationalgewährung gibtel darin, dem Offizier, der Pferde halten muß, die nötigen Futtermittel in natura zu liefern, damit, unbeeinträchtigt von den Preisveränderungen, eine ausreichend gleichmäßige Ernährung der Pferde gewährleistet wird. Die Heeresverwaltung hat nun — ob mit Vorbedacht oder nicht, das sei dahingestellt — für jede Stelle genau bestimmt, wieviele Nationalen zu gewähren sind. Der Vorbehalt, daß auch die entsprechende Anzahl Pferde vorhanden sein muß, ist nicht gemacht worden. Der Offizier, dem vier Nationalen zustanden, erhielt diese Nationalen auch dann, wenn er sich nur ein einziges Pferd hielt. Die Heeresverwaltung tat aber noch ein übriges, — damit der Offizier wegen des Verkaufes der nichtbenötigten Nationalen nicht erst mit einem Hauraugenbinder in Verbindung treten mußte, gab sie ihm für diese Nationalen das bare Geld. Aus dem Futter für die Pferde wurde dadurch eine Geldquelle für die Offiziere! Der Reichstag hat mehrmals die Verbilligung dieses standalösen Zustandes verlangt, und vor drei Jahren legte die Heeresverwaltung dem Reichstag auch eine Neueuerung des Nationalwesens vor. Das Ersuchen war nicht gering, als sich herausstellte, daß diese Neueuerung statt einer Ersparnis eine Mehrausgabe von 500000 M. brachte. Der Kriegsminister erklärte es damals für ganz selbstverständlich, daß eine Abänderung des bestehenden Zustandes Geld koste. Für diese Art zu sparen hatte der Reichstag trotz seiner Militärkommission kein Verständnis, er lehnte diese Neueuerung ab.

Die neue Vorlage rodet mit einer Ersparnis von — 2307 Mark; aber nur unter der Voraussetzung, daß die Futtermittel nicht steigen! Da dies aber voraussichtlich der Fall sein wird, ist in der Tat auf eine Verminderung der Ausgaben nicht zu rechnen. Die Heeresverwaltung stellt jetzt den Grundsatz auf: Nationalen und Pferdebesitzer nur für wirklich gehaltene Pferde. Diesem Grundsatz konnte man, unbeschadet unserer unbedingt abzulehnenden Stellung zum Militarismus, nur zustimmen, wenn er dahin geändert würde: Nationalen und Pferdebesitzer nur für wirklich notwendige Pferde.“ Hier muß der Hebel angefaßt werden, wenn wirklich nennenswerte Ersparnisse gemacht werden sollen. Dieses eine Wort wird das Kampfbild bei der Beratung der Vorlage im Reichstag sein. Einigenmahn kompliziert ist bisher die Angelegenheit noch durch den Umstand gewesen, daß ein Teil der Offiziere Pferdebesitzer erhielt, der andere Teil nicht. Dieses Pferdegeld betrug in einem achtjährigen Turnus 1500 M. Der Offizier erhielt also 1500 M., dafür muß er sich ein Pferd kaufen, nach acht Jahren bekommt er diese Summe obermals, ohne Rücksicht darauf, ob das Pferd noch brauchbar ist oder nicht. Weht das Pferd innerhalb dieser Zeit ein, so hat den Verlust der Offizier zu tragen. In der Regel aber versichert er sein Pferd, und außerdem steht dem Kriegsminister ein Fonds zur Verfügung, aus dem Offiziere, die von solchen Mißgeschick betroffen wurden, eine Entschädigung bezahlt werden kann und auch in der Regel bezahlt wird. Den nicht-pferdebesitzenden Offizieren werden Pferde, sogenannte Characperde geliefert, die bereits nach vier Jahren in ihr Eigentum übergehen und dann von ihnen verkauft werden können. Für die Leutnants und Oberleutnants der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie soll es bei diesem Zustand bleiben, dagegen sollen alle anderen bestimmten Offiziere Pferdebesitzer bekommen. Nun wird hier ein bemerkenswerter Unterschied gemacht: Das Pferdegeld soll nämlich für Generale 2400 M., für die anderen Offiziere



1500 R. beitragen. Für diese Differenzierung fehlt jeder Schimmer der Berechtigung. Die Heeresverwaltung bringt es aber fertig, auch dafür eine Begründung zu liefern. Sie führt nämlich aus: „Für die Beschaffung des Pferdegeldes für Generale kann jene Preisannahme (1500 R. für ein Pferd) nicht maßgebend sein, da sie weit hinter den Beträgen zurückbleibt, die für Pferde, wie sie in Generalstellungen gebraucht werden, angelegt werden müssen. Die Preise bewegen sich zwischen 2700 und 3500 R. Das Pferdegeld für Generale müßte deshalb für ein Pferd auf acht Jahre über 2700 R. betragen. An die Kosten herabzumindern, ist unter Hintanziehung des Interesses der Offiziere nur ein Pferdegeld von 2400 R. vorgesehen worden.“

Man möchte man Tränen der Rührung darüber vergießen, daß die Heeresverwaltung so grausam ist, in ihrer Sparwitz die Interessen der Generale hintanzusetzen! In Wirklichkeit ist die ganze Versicherung fauler Jauber. Die kommandierenden Generale bekommen Pferdegeld und Rationen für sechs Pferde. Eine Vorschrift, daß sie mindestens sechs Pferde halten müssen, besteht nicht, noch weniger eine Vorschrift darüber, wie diese Pferde etwa beschaffen sein müssen. Der General hat es ganz in der Hand, neben zwei guten noch vier billige Pferde zu kaufen, die dann in der Hauptsache dazu da sind, den Stall zu füllen und die Rationen zu freffen, die nicht mehr in bares Geld umgewandelt werden können. Was soll der General auch mit sechs Pferden anfangen, steht ihm doch außerdem ein Automobil auf Kosten der Steuerzahler zur Verfügung! Der General büßt zwei Rationen ein, die er bis jetzt verlaufen konnte, er kann aber dafür mit den hohen Pferdegeldern ein erheblich besseres Geschäft machen. Das nennt dann die Heeresverwaltung: Hintanziehung der Interessen der Offiziere! Mag sein, daß Parade- und Jagdpferde erheblich teurer sind als andere, aber die Steuerzahler haben nicht die Pflicht, die Mittel auch noch dafür aufzubringen, daß die Generale bei Paraden mit ihren Pferden prunken können. — Die Generaladjutanten des Kaisers erhalten Pferdegeld und Rationen für je vier Pferde, die aggregierten Offiziere im Generalrang, die gar kein Kommando haben, ebenfalls. Die Landwehr-Infanterie, die an der Spitze einer Anzahl Landwehr-Regimentskommandos stehen, die also dienstlich überhaupt nicht zu reiten brauchen, erhalten Pferdegeld und Rationen für zwei Pferde. Die im Ausland stationierten deutschen Militärbeamten sollen künftig Pauschalvergütungen bekommen, die vom Kriegsministerium festgesetzt werden, wobei die Herren sicher sein dürfen, daß sie nicht zu kurz kommen. Der Präsident des Reichsmilitärgerichts, der seinen Dienst auch nicht zu Pferde versehen kann, bekommt natürlich auch Pferdegeld und Rationen. Eine Anzahl Majoratäre an kleinen Plätzen, wie Willau, Feste Torgau, Schweinmünde usw., werden künftig mit dem Geld für ein Pferd nebst einer Ration bedacht. Der Major beim Stabe des — Luftschiffer-Regiments erhält Geld für zwei Pferde und zwei Rationen.

Damit ist es aber nicht genug. Die diensttuenden Adjutanten des Kaisers erhalten auch noch eine Abfindung in Höhe von 600 R. pro Jahr. Ihnen entziehen, wenn sie außerhalb Berlins beritten sein müssen und die eigenen Pferde nicht mitnehmen können, angedlich besondere Kosten, die sie bisher aus dem Erlös für die zu viel erhaltenen und deshalb nicht verbrauchten Rationen bestritten haben. Der Fall wird sehr selten eintreten; ist Kavallerie am Ort, dann muß dieser Truppenteil die Pferde stellen, daraus entstehen Kosten überhaupt nicht. Den Adjutanten des Kaisers sind zwei Rationen abgezogen worden und dafür erhalten sie künftig eine Entschädigung von 600 R. pro Jahr — so liegt doch die Sache in Wirklichkeit!

Wenn wirklich eine fühlbare Ersparnis erzielt werden soll, so muß die Zahl der Pferde, die den höheren Offizieren zustehen, auf das in der Regel notwendige Maß beschränkt werden; ferner müssen dann die Pferde überall dort geschickt werden, wo sie dienstlich überhaupt nicht nötig sind. Mit der Verringerung der Zahl der Pferde, die dem einzelnen Offizier zustehen, verringert sich auch die Zahl der Rationen und die Ausgabe für Stall-Service. Der Reichstag muß die jetzt von der Heeresverwaltung vorgeschlagene Neuordnung, die in Wirklichkeit absolut keine Ersparnis bedeutet, einer gründlichen Umarbeitung unterziehen. Er muß sich insbesondere nachdrücklich verdrängen, daß ihm die Heeresverwaltung immer wieder mit Vorschlägen kommt, die genau auf das Gegenteil dessen hinauslaufen, was die Weisheit des Reichstages seit Jahren verlangt — eine Verringerung der in die Millionen gehenden völlig überflüssigen und durch nichts gerechtfertigten Ausgaben!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Dezember 1912.

### „Berliner“ und „Christliche“ im Saarrevier.

Die Führer der Berliner katholischen Hochvereine spielen jetzt im Saarrevier genau dieselbe Judasrolle, wie zu Beginn dieses Jahres die christlichen Gewerkschaftsführer bei dem Vergarbeitsstreik im Ruhrrevier. Die „Berliner“ verböhnen nicht nur die „Christlichen“, ihre Führer haben sich auch mit dem Handelsminister und den Bergwerksdirektoren in Verbindung gesetzt und unterhandeln mit diesen über allerlei Extravergünstigungen für ihre Gefolgschaft. In den Vergarbeitsverhandlungen bekämpfen sich denn auch die „Berliner“ und die christlichen Gewerkschaftler bereits gegenseitig mit größter Heftigkeit. So erklärte der Zentrumabgeordnete Rohmann, der Führer der „Berliner“, in einer großen Vergarbeitskundgebung, daß sich die Führer des christlichen Gewerkschaftsvereins „in einer großen Konfusion“ befänden:

„Sie wissen nicht, was sie wollen. Das mag ihnen wohl auch zum Bewußtsein gekommen sein, als sie dem Handelsminister v. Sydow erklärten, daß sie die Verantwortung für die gegen die neue Arbeitsordnung gerichteten „Saarpost“-Artikel ausdrücklich ablehnen. Gibt es denn wirklich jemanden im Saarrevier, der so naiv wäre, zu glauben, die Artikel der „Saarpost“ wären nicht im Sinne der christlichen Streikagitatoren geschrieben oder gar von diesen inspiriert worden? Es ist geradezu ein Skandal, daß solche Männer, die nicht den Mut haben, für ihr Werk an maßgebender Stelle die Verantwortung zu übernehmen, dahin streben, daß 50000 Vergarbeiter ihr Wohl und Wehe ihren Händen anvertrauen. Ist da nicht die Befürchtung am Platze, als ob man den Vergarbeitern ein Verbrechen bereiten wolle? ...“

Die haben jedenfalls gehört, wie der aus dem Ruhrrevier gekommene Streikführer Johann Effert mich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter in der denkbar schärfsten Weise angegriffen hat. Als Anlaß benutzte er die Mitteilung der Presse, gemäß der ich auf dem Delegiertentage in Walsdorf Bericht über die Konferenz beim Minister erstattete. Herr Effert meinte, ich hätte mich schämen sollen, weil ich auf dem Delegiertentage gesagt, „der Minister habe es ehlich mit seinen Worten gemeint“. Wenn das ein sozialdemokratischer Führer gesagt hätte, würde ich es verständlich finden, bei dem Vertreter einer Gewerkschaftsorganisation aber, die Anspruch auf den Namen christlich und national erhebt, die sich bei jeder Gelegenheit der hohen Staatsregierung als „nationale Notwendigkeit“ in Erinnerung bringt, dürfte man wahrhaftig nicht erwarten, daß er einen Abgeordneten beschimpft, weil dieser die den Arbeitern gegebenen Zusagen eines preussischen Ministers als „ehlich“ gemeint bezeichnet.“

Die christlichen Gewerkschaftsführer haben doch! Raum ist es ihnen gelungen, durch ihr falsches Spiel die Erregung ihrer Gefolgschaft über die antigewerkschaftliche Enzyklika des

Papstes etwas zu besänftigen, und nun kommt dieser Streik mit dem scharfen Vorstoß der „Berliner“.

### Nationalliberale Gegner der geheimen und direkten Wahl!

In einem Vortragsartikel der „National-Zig.“ verbreitet sich Dr. D. Voensgen über die „Unstimmigkeiten in der Partei“ in der Stellung der Nationalliberalen zum preussischen Wahlrecht. Nach einer Schilderung der Opposition gegen Wassermann, des Kampfes der „Nationalliberalen“ gegen die „Jungliberalen“ usw. schreibt Voensgen:

„Darin besteht der Schlüssel der augenblicklichen innerpolitischen Situation, ob es gelingt, den übermächtigen Einfluß der Konservativen auf unsere Politik zu brechen und auch dem Liberalismus einen Platz an der Sonne zu verschaffen oder nicht. Auf dem Standpunkte, dem Mittelstande in Stadt und Land die Gleichberechtigung in Preußen zu verlagern, stehen die Konservativen noch immer. Daher ist ein allgemeines Zusammengehen mit ihnen solange ausgeschlossen, bis sie wieder auf die von Wilton gewollte Grundlage zu einer verlässlichen Wahlpolitik treten. Diese Grundlage ist die Reform des preussischen Wahlrechts und zwar in erster Linie die Einführung der geheimen und direkten Wahl. Jeder, der einmal auf dem Lande Wahl- agitation getrieben hat, weiß es, daß ohne geheime und direkte Wahl eine Aufhebung gegen die Konservativen unmöglich ist und daß durch die öffentliche und direkte Wahl der Mittelstand und die kleinen Leute auf dem Lande und in vielen Städten des Wahlkreises tatsächlich beranbt sind. In Magdeburg hat ja 1908 unser preussischer Parteitag das Eintreten für das geheime und direkte Wahlrecht in Preußen einseitig beschlossen; aber gerade an diesem Punkte setzten die altnationalliberalen Kreise ein. Die führenden Persönlichkeiten in der feinerzeit gegen Wassermann gerichteten Aktion und — soweit sich feststellen läßt — auch bei der Gründung des altnationalliberalen Reichsverbandes, die Abgeordneten Haarmann, Schmieding, Westermann, Beumer, Hirsch und andere sind am 20. Mai 1912 im preussischen Abgeordnetenhause der Abstimmung über das von der nationalliberalen Fraktion beantragte geheime und direkte Wahlrecht ferngeblieben.“

Um die Wahlrechtsfeindschaft höchst einflußreicher preussisch-nationalliberaler Kreise richtig einzuschätzen, siehe gerade noch diese nationalliberale Feststellung, daß die Herren Haarmann, Schmieding, Beumer, Hirsch und Konjorten nicht einmal für das direkte und geheime Wahlrecht zu haben sind!

### Jesuitenliebe oder Parteigefühl.

Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird von einer in das Kölner Zentrumsgewerbe eingeweihten Persönlichkeit über die Kölner Agitation für die Zulassung der freien Ordens-tätigkeit der Jesuiten geschrieben:

Für den aufmerksamen Beobachter ist es eine auffällige, sehr auffällige Tatsache, daß der „Jesuitenrummel“ sich keineswegs über das ganze katholische Deutschland erstreckt. In 90 Prozent ist er in dem Einflußgebiete der sogenannten Kölner Richtung konzentriert, und bezeichnend ist die in ihrer Presse plötzlich aufgetauchte Rubrik „Zur Jesuitenfrage“. Die von ihr als „Quertreiberorgane“ hingenommenen Wochenblätter der Berliner Richtung, wie die „Oppereborische Wahrheit und Klarheit“, die „Peters-Blätter“ usw. jedoch haben der Jesuitenfrage bis zum neuerlichen Bundesratsbeschlusse überhaupt gar keine oder nur ganz oberflächliche Beachtung geschenkt, während der „Kölner“ Wochenschrift seit Monaten von lauten Klagen über die angebliche Unterbindung der Freiheit der katholischen Kirche widerhallt. ... Julius Bachem tritt sogar im „Berliner Tag“ für die Jesuiten in die Arena, schreibt über das „Berühmte“ des Bundesratsbeschlusses, mißt sich mit dem Kaiser ab, daß die „Jesuiten von heute“ angeblich ganz andere Organisationsformen seien wie die von ehedem, während doch der Jesuitengeneral Ricci ausdrücklich erklärte: „Sint, ut sunt, aut non sint“ (So, oder gar nicht!), und damit alle Zweifel beseitigt an den Jesuiten erdgütig ablehnte. Und wenn denn die Jesuiten von heute ganz andere als ihre Vorfahren geworden sind, warum hat derselbe Julius Bachem eine ganze Reihe von ihnen bei der dritten Auflage des Staatslexikons der Görresgesellschaft von der weitesten Mitarbeit ausgeschlossen, sehr zur Unzufriedenheit der Gesellschaft? Und waren die Herren von der Kölner Richtung wirklich immer die begeisterten Jesuitenfreunde, als welche sie sich jetzt aufzuspielen belibden? Was es nicht eine Zeit, wo man selbst in der Zentrumskolonie mit Schreden daran dachte, daß die Jesuiten sie für die Aufhebung des noch bestehenden § 1 des Jesuitengesetzes in Anspruch nehmen könnten? Warum denn ein einmal dieser merkwürdige Bestimmungswechsel bei Kölner Richtung und Zentrumspartei? Bekannt ist, daß die Sozialpolitik der Jesuitengesellschaft unter Führung des Vaters Heinrich Völsch bis vor wenigen Jahren unbedingt auf Seiten der Berliner standen, und darum die Presse Kölner Richtung nicht weniger als gut auf die Jesuiten zu sprechen war. Besonders unangenehm war ihr die frühere Redaktion des deutschen Jesuitenorgans, der „Stimmen aus Maria-Laach“. Durch Vermittlung, wie man sagt, des bekannten gelehrten Vorstandes der Vatikanischen Bibliothek, des Jesuitenpater Ehrle, wurde hier Wandel geschaffen und eine „opportunistische“ Richtung eingeschlagen. Die Redaktion der „Stimmen“ übernahm der diplomatischere Vater Klose, Vater Heinrich Völsch wurde ein stiller Mann in Sachen der Gewerkschaftsfrage, während um so eifriger der ehemalige Rektor an der römischen Priesterbildungsanstalt, dem Collegium Germanicum, und jetziger Theologieprofessor Vater Wiedersheim in Innsbruck sich für die Köln.-M.-Waldbacher ins Zeug legte. Damit hatte die Gesellschaft Jesu sich diese zu reichem Dank verpflichtet, welcher jetzt in dem von den führenden insignierten Jesuitentrümmel seinen Ausdruck finden soll, während die Dominikaner durch ihre Berliner Verbindungen bekanntlich auf die Berliner Richtung eingeschworen sind.“

### Ein strafversehener Kaplan.

Zu den unwürdigsten Streitbühnen des hyperkerischen Lagers gehört der Kaplan Schopen. Er ist der Verfasser der bekannten Broschüre „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus“, die den Streit zwischen der Berliner und Kölner Richtung in die Öffentlichkeit trug; und seitdem hat er zur Schärfung des Kampfes gar manchen Artikel und manchen Flugblatt geschrieben. Wegen scharfer Angriffe auf den katholischen Volksverein wurde er schließlich vom Dekanaten Monsignore Krichel energisch zur Ruhe verwiesen. Daraufhin erließ Kaplan Schopen ein neues Rundschreiben, in dem er mitteilte, daß er vor dem Dekanaten auf eine weitere Diskussion verzichte, daß aber der Papst in der Sache entscheiden werde. Jetzt wird nun bekannt, daß Kaplan Schopen von seiner vorgesetzten Behörde in ein kleines Eiseldorfer „verlegt“ worden ist.

### Nachträgliches von der Reichstagswahlwahl Stolp-Lauenburg.

Wie uns aus Stolp gemeldet wird, wird die Wahl für die Kreiswahlen ein unangenehmes Nachspiel haben. Noch in letzter Stunde verbreiteten sie ein Flugblatt in Form eines Traktäts, das auf der Vorderseite einen Weihnachtsbaum und die Ueberschrift „Konfessions-unterdrückte Weihnachtsgaube“ trug. In derer Weise wurde darin das Verhalten der Junfer gefällert, die bei der Hauptwahl im Januar 1912 sich die Stimmen der Landarbeiter durch Schnaps, Bier und Zigaretten gekauft haben sollten. Sofort am Tage nach der Wahl stattete der Staatsanwalt und die Kriminalpolizei den

Räumen der liberalen „Stolper-Rueste Nachrichten“ einen Besuch ab, um nach dem Manuskript dieses Flugblatts zu fahnden. Natürlich umsonst. Sie verlangt, soll der Landrat und Landtagsabgeordnete v. Wrining, als Vorgesetzter der Amts- und Wahlvorsteher, Strafantrag gestellt haben.

### Ergebnis der Stolp-Lauenburger Wahl.

Endlich wird das amtlich festgestellte endgültige Ergebnis der Reichstagswahl im Wahlkreis Stolp-Lauenburg bekannt. Danach sind im 1. Köllner Wahlkreis Stolp-Lauenburg am 28. d. Mts. insgesamt 24545 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rittergutbesitzer v. Bohn-Deutsch-Budow (L.) 15341, Vereinsdirektor Edmundow-Steglich (Op.) 6477, Parteileitender Seifeldt-Danzig (Soz.) 2307, Buchdruckereibesitzer Czyszewsky-Danzig (Pole) 321 Stimmen. Zerstückelt waren 6 Stimmen.

### Zum Petroleummonopol.

In einem offenbar offiziell inspirierten Berliner Telegramm sucht die „Frankfurter Zeitung“ für das Petroleummonopol erneut Stimmung zu machen. Sie verteidigt darauf, daß die Regierung sich zu Verbesserungen an dem Entwurf bereit erklärt habe. Für Verbesserungsmaßregeln scheint sie aber nur die Zusammenlegung der privaten Vertriebsgesellschaft zu halten. Sie schlägt ihrerseits folgenden Weg vor:

„Vielleicht wäre es überhaupt das richtigste, das System der Vorzugsaktien ganz fallen zu lassen und zu bestimmen, daß die 60 Millionen Mark, die für die Errichtung der Vertriebsgesellschaft vorgezogen sind, zu gleichen Teilen, aufgebracht werden vom Reich, den Banken und den Detailisten, zu denen auch die Konsumvereine zu rechnen wären. Dann würde der Einwand fallen, daß das Reich nicht genügend Einfluß hätte und daß das ganze Unternehmen nur dazu da wäre, den Banken eine neue Einnahmequelle zu schaffen. Der Einfluß des Reiches ließe sich vielleicht auch dadurch noch äußerlich dokumentieren, daß das Reich in das dreigliedrige Direktorium der Vertriebsgesellschaft ein Mitglied, ebenso wie die anderen Gruppen delegiert.“

Die Beteiligung der Konsumvereine an der privaten Vertriebsgesellschaft kann die Vorteile eines reinen Reichsmonopols nicht aufwiegen. Die Regelung der Form des Monopols ist überhaupt nur eine der Bedenken, die der Reichstagsbeschluss hervorgerufen hat. Die Möglichkeit der vom Reich unabhängigen, billigen Versorgung des deutschen Konsums mit Petroleum ist noch völlig unstritten. Ehe die Regierung nicht den sicheren Nachweis dieses Weges erbracht hat, muß das Gesetz unannehmbar bleiben.

### Die Fleischzufuhr der letzten Monate.

So gering und unzulänglich die von der Regierung gefällte Zufuhr von frischem ausländischem Fleisch durch die größeren städtischen Gemeinden ist, hat sie doch eine recht beträchtliche Vermehrung des Fleischimports zur Folge gehabt. An frischem Rindfleisch wurden im November über 42000 Doppelzentner eingeführt gegen 15000 Doppelzentner im Oktober 1911 und gegen rund 34000 Doppelzentner im Oktober d. J. An der Zufuhr sind in erster Linie beteiligt: Dänemark mit 18000 Doppelzentnern, die Niederlande mit 13000, Rußland mit 6000 Doppelzentnern. Es folgen Schweden mit 2600, Frankreich mit 1600 Doppelzentnern.

Die Zufuhr von Rindfleisch aus Belgien hat zunächst mit 250 Doppelzentnern noch keinen wesentlichen Erfolg gehabt. Man rechnet jedoch mit einer sehr erheblichen Steigerung, sobald aus Belgien frisches argentinischer Rinder zur Zufuhr gelangen wird.

Die Zufuhr an frischem Schweinefleisch stellt sich auf 30000 Doppelzentner gegen 18200 Doppelzentner im Monat Oktober und 1210 im November des vergangenen Jahres. Das größte Quantum hiervon lieferten die Niederlande, nämlich 23400 Doppelzentner. Dann folgen Rußland mit 8100, Dänemark mit 5110 und Schweden mit rund 2400 Doppelzentnern.

Die Zufuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthöfen großer Städte verursachte eine Zufuhr von 1957 Stück gegen 1318 Stück im Oktober dieses Jahres. Die Zufuhr von Schweinen aus Rußland in das ober-schlesische Industriegebiet ist im Monat November um 4000 Stück auf 14000 Stück gestiegen. Das nach dem Handelsvertrag zulässige Kontingent stellt sich auf monatlich rund 10000 Stück.

Aus den Balkanstaaten ist auch im Monat November keine Zufuhr erfolgt.

### Den Frommen ins Stammbuch!

In diesem Jahre haben am Landgericht Weuthen, das die Kreise Rattowitz, Weuthen und Lamowitz, also zwei Drittel der ober-schlesischen Industrie umfaßt, neun Schwurgerichtsperioden, von einer durchschnittlichen Dauer von je vierzehn Tagen stattgefunden. Wie immer, so hatte sich das Schwurgericht auch im letzten Jahre hauptsächlich mit Verbrechen gegen das menschliche Leben zu beschäftigen. In sieben Fällen wurde wegen Mordes verurteilt, von denen zwei, Koczka und Kondziolka bereits hingerichtet sind. Die beiden anderen Angeklagten wurden zu je 15 Jahren Zuchthaus bzw. 15 Jahren Gefängnis verurteilt. In drei Fällen wurde wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, in 12 Fällen wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, die Angeklagten endeten sämtlich mit der Verurteilung bis zu 15 Jahren Zuchthaus. In 20 Fällen hatten sich 48 Personen wegen Raubes, versuchten Raubes und räuberischer Erpreßung zu verantworten, und auch hier endete nur ein Fall mit Freisprechung; alle anderen mit Verurteilung. In 14 Fällen wurde wegen Stillschleppens verurteilt und in 11 Fällen wegen Urkundenfälschung und Betrug verurteilt. Dann folgen noch 4 Fälle wegen Meineid bzw. Verleitung zum Meineid. Dann 3 Fälle wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, 2 Fälle wegen Kindesmord und je ein Fall wegen Brandstiftung, Amtsverbrechen, Minderverbrechen und Verbrechen gegen das menschliche Leben, die sämtlich mit Verurteilung endeten. Das sind nur die Verhandlungen vor dem Schwurgericht. Die Urteile der Strafkammern, die tagaus und tagein verhandeln, bleiben unberücksichtigt.

Und das im frömmsten Gebiet des preussischen Kulturstaates — im sittlichen Oberschlesien.

### Frankreich.

#### Präsidentenwahlkandidaturen.

Paris, 27. Dezember. Ministerpräsident Poincaré hat seine Zustimmung gegeben, daß er als Kandidat für die Präsidentenwahl der Republik aufgestellt werde.

Der Senator Ribot hält seine Kandidatur für den Präsidentenwahlposten aufrecht.

### Rußland.

#### Vertagung der Duma.

Petersburg, 27. Dezember. Die Reichsduma ist durch einen kaiserlichen Erlass bis zum 2. Februar 1913 vertagt worden.

### Marokko.

#### Befreiung der Kolonne Massoutier.

Paris, 28. Dezember. Aus Mogador wird unter dem 25. Dezember gemeldet: Die Kolonne Massoutier hat gestern abend 10 Uhr die Kolonne Massoutier nach heftigen Kämpfen befreit. Diese war in ausgezeichneten Verfassung; sie hat keine weiteren Verluste als die bereits gemeldeten zu verzeichnen. In der Umgebung der Kolonne wurden zahlreiche feindliche Leichen gefunden. Die Verluste der Franzosen betragen 10 Tote und 30 Verwundete.



# Gewerkschaftliches.

## Der Hanjabund Protektor der Gelben.

Der Hanjabund entpuppt sich immer mehr als der gefährlichste Feind des Koalitionsrechts. Auch scheint er bereits, wenn auch noch etwas schamig, nach der Rolle des Protektors der Gelben zu zeigen. Was die als Scharfmacher offen Bekannten erstehen, weiß man. Sie selber sagen es ja auch. Gab doch Herr Bued, als Generalissimus des Scharfmacherverbandes, die Parole aus: Die Gewerkschaften müssen zerschmettert werden! Und diese Arbeiterfeinde gehen frei und sordig aufs Ziel los. Ganz anders der Hanjabund! Er gefällt sich in einer liberalisierenden Phrasologie, liebt die Bufe des Arbeiterfreundes. Dabei sucht er in recht tückischer Weise dem Koalitionsrecht Fingergeln zu legen und durch Kultur der Gelben Sprengpulver in die gewerkschaftlichen Organisationen zu tragen. Wunders braucht man sich darüber allerdings kaum noch; gehören doch die hervorragenden Führer gelber Werkvereine dem Bunde der Hanjaten an. Gerade wegen der Art seines Vorgehens ist der Hanjabund besonders gefährlich. Während z. B. die verruchten Scharfmacher ihre Forderung nach einem sogenannten Arbeitswilligensgesetz zu begründen versuchen, wenn auch mit erlogenen und tendenziös herausgeputzten Terrorismusgeschichten, unterstellten die Hanjabundleute einen verschärften Eingebüderchutz als eine gar nicht mehr bestrittene oder noch bestrittbare Notwendigkeit. Die wirtschaftlichen Korporationen, in welchen Hanjabundleute dominieren, wurden um Entschäden darüber ersucht, ob der erforderliche bessere Streikbrecherschutz durch schärfere Gesetzesbestimmungen oder durch schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze zu erzielen sei. Ob er wirklich notwendig sei, danach fragte man gar nicht. Wie auf ein gegebenes Zeichen kamen dann die Handelskammern, Handwerkerorganisationen und lokale Hanjagruppen mit ihren heißen Wünschen heraus. Man wolle keine Ausnahmegeetze, bewahre, nur schärfere Maßnahmen gegen „Streikzwang“ und besseren Schutz für die braven arbeitswilligen Elemente. Nun hat auch der Bund der Industriellen, in dem die Generale des Hanjabundes kommandieren, und der sich fast ausschließlich aus Hanjabundlern zusammensetzt, in ähnlicher Weise Stellung genommen. Er verlangt „kein gesetzliches Verbot des Streikpostens“, keine Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter; bescheiden will er sich mit Maßnahmen begnügen, die hinterherum das Koalitionsrecht illusorisch machen. Eine Reform des gemeinen Rechts soll die Haken liefern, woran man die Streikfreiheit aufhängen kann. Dazu verlangen diese Hanjabundler die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften. Auf diesem Wege hofft man das hehrerstrebe Ziel zu erreichen, die Gewerkschaften für alle den Unternehmern aus wirtschaftlichen Kämpfen erwachsenden Schäden haftbar zu machen. Daran merkt man: der Hanjabund will von hinterherum gründliche Arbeit machen; er geht aufs Ganze!

Gleichzeitig mit der erwähnten Abteilung des Hanjabundes hielt der Bund selbst seine zweite offizielle Tagung ab. Und auch hier kam der Haß gegen die Gewerkschaften, die Brunst für die Gelben sehr deutlich zum Ausdruck. Zuerst machte der Präsident des Hanjabundes, Geheimrat Rieher, den Volksfeinden eine Verbeugung. Er ließ die Forderung des gleichen Stimmwertes für die Abgeordnetenwahlen fallen; er empfahl damit den Hanjabund als Schützer des Pluralwahlrechts. Dann verzapfte der Bundeshauptling einige Tiraden gegen die Sozialdemokratie. Schärfer ging Professor Hans Delbrück ins Zeug. Er empfahl, zur Niederbringung der Gewerkschaften die gelben Werkvereine zu mächtvollen Organisationen auszubauen. Ihnen stehe eine große Zukunft in Aussicht. Mit den gelben Gewerkschaften, die die Sympathie der Öffentlichkeit verdienen, will Herr Delbrück ein „Harmonieverhältnis“ zwischen Arbeit und Kapital herbeiführen. Und dann kam Herr Raumann. Nicht als Verteidiger der Gewerkschaften. Nur das unbedingte Lob der Gelben wollte er nicht gelten lassen. Herr Rieher akzeptierte die Delbrückischen Ausfälle ohne Widerpruch, indem er sie in seinem Schlussworte übergab, mit keinem Worte gegen die Selbstende sich wandte.

Dann gingen die Hanjabundler, in ihren Abneigungen und Vorurteilen gegen die freien Gewerkschaften gestärkt, nach Hause und werden in Delbrückischen Sinne und nach den Intentionen des Bundes der Industriellen weiter wirken.

Ohne Zweifel droht von dieser Seite dem Koalitionsrecht und der freien Gewerkschaftsorganisation die größte Gefahr. Die eigentlichen Scharfmacher haben in der Arbeiterkraft und in den Kreisen der Angestellten wenig oder gar keinen Einfluß. Anders der Hanjabund! In jedem Bureau, in jedem Fabrikant, in jeder Werkstatt, in jedem Betriebe, überall hat der Hanjabund seine Leute. Ihr wirtschaftlicher und sozialer Einfluß, in Verbindung mit den hanjabundlerischen liberalisierenden Lebensarten, hat nicht nur Angestelltenverbände, sondern auch die Kirch-Dunderjahn Gewerkschaften in sein Fahrwasser gelockt. Nach den Inspirationen des Bundes suchen nun die Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende, Industrielle usw. durch ihre verschiedenen rein privaten und offiziellen Vereinigungen die öffentliche Meinung in verschärfter Weise gegen die freien Gewerkschaften zu beeinflussen. So speist der Hanjabund aus vielen verdeckten Kanälen die antigewerkschaftliche Stimmung. Der verkappte Volksfreund ist der schlimmste Arbeiterfeind.

### Berlin und Umgegend.

#### Weihnachtsfreunden der Handlungsgehilfen.

Wie alljährlich, so veranstaltete auch in diesem Jahre der Zentralverband der Handlungsgehilfen in der Nacht zum Sonntag, den 22. Dezember, eine Sonntagsruhekontrollen, um festzustellen, ob und in welchem Umfange das Gesetz übertreten und den Angestellten ihre Sonntagsruhe geraubt wird. Diese Arbeit hat sich insofern schon als von Erfolg erweisen, als eine Reihe von Firmen, die in früheren Jahren ihre Angestellten bis tief in die Nacht hinein beschäftigten, in diesem Jahre bei Eintritt der Sonntagsruhe ihre Geschäfte geschlossen hatten.

Demnach gelang es, noch eine Reihe von Uebeltätern festzustellen, die, sofern sie nicht auf Vorstellungen hin ihr Personal entlassen, zur Anzeige gebracht wurden. Dabei muß konstatiert werden, daß, von Ausnahmen abgesehen, die nachhabenden Beamten die Kontrollen in entgegenkommender Weise unterstützten. Das geschah auf Anordnung des Herrn Polizeipräsidenten, den der Verband der Handlungsgehilfen vor einiger Zeit um den Erlaß einer entsprechenden Verfügung an die Beamten seines Ressorts ersucht hatte.

Wenn man berücksichtigt, daß die Handelsangestellten in der Weihnachtszeit besonders stark beschäftigt sind, so wird man es als durchaus ungebührig empfinden müssen, wenn Geschäftsinhaber

von ihrem Personal verlangen, daß es von Sonnabend morgens um 8 Uhr bis Sonntag morgens um 2. 3. ja in einem Falle sogar bis um 9 Uhr arbeiten und um 12 Uhr mittags sich wieder zur Arbeit einfinden soll, um nochmals bis um 8 Uhr abends zu arbeiten. Die Firma Gebr. Thiele, Königl. Königl. Hoflieferant, Potsdamer Str. 132, hat zweifellos einen Rekord in dieser Beziehung aufgestellt. Die Angestellten dieser Firma haben von Sonnabend früh 8 Uhr mit kurzen Unterbrechungen bis Sonntag früh 9 Uhr durchgearbeitet, um bereits um 12 Uhr mittags wieder zu beginnen und bis abends 8 Uhr zu arbeiten. Das ist eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen. Es gibt doch wahrlich genug arbeitslose Handlungsgehilfen, die sich gern zu Weihnachten ein paar Mark verdienen würden. Warum stellt die Firma nicht Aushilfen ein. Es ist doch geradezu ein Spiel mit der Gesundheit der Angestellten, wenn man sie in dieser Weise anspannt. Die polizeiliche Feststellung ist auf Veranlassung des Verbandes der Handlungsgehilfen erfolgt. Gleichfalls zur Anzeige gebracht wurden die Firmen: Rich. Kenz, Potsdamer Str. 123, Noie Hartmann, Potsdamer Str. 112 b, Wollig, Vinfstraße, G. Fricke, Potsdamer Str. 134 b, Hildebrandt u. Co., Leipziger Str. 100, Heil u. Co., Aronensstr. 17. Hier verweigerte der Postier dem Schuhmann den Zutritt, so daß der Beamte im Augenblick nicht einschreiten konnte. Die Anzeige ist aber trotzdem erfolgt. Weiter wurden als Sonntagsruheübertreter festgesetzt: das Dückerhaus, Süterlein u. Schöll, Aronensstr. 18, S. Kaddah u. Co., Leipziger Str. 122, wo zwei Damen bis 4 Uhr morgens arbeiten mußten. Bei der Firma Eisner u. Co. verließen mehrere Angestellte das Geschäftslokal gegen 1/2 12 Uhr, in dem Augenblick, als Angehörige des Verbandes die Kontrolle vornehmen wollten. Bei der Firma F. A. Schumann, Leipziger Straße, veranlaßten diese gegen 1 Uhr die Schließung des Geschäfts. Bei der Firma F. A. Schumann, Alexanderplatz (Bahnhofgebäude), verschwanden die beschäftigten drei Verkäuferinnen in dem Augenblick, als ein Mitglied des Verbandes der Handlungsgehilfen mit dem Schuhmann zwecks Feststellung vor dem Geschäftslokal anlangte. Die Firmen Buchhandlung Späth und Gebr. Gramach in der Königsstraße entließen auf Vorstellung ihr Personal. Bei der Firma Pahn am Alexanderplatz konnte die polizeiliche Feststellung nicht erfolgen, weil der Postier den Schulheuten den Zutritt verweigerte. Die Anzeige erfolgte trotzdem. In Charlottenburg wurde auf Veranlassung von kontrollierenden Handlungsgehilfen das Personal folgender Firmen entlassen: Koschel, Tauentzienstr. 20, Voste u. Vost, Tauentzienstr. 7, Parfümeriegeschäft Andorff, Tauentzienstraße 11, Theodor Hildebrandt u. Sohn, Tauentzienstr. 14, Blumenauktion Koschel, Joachimshaler Str. 4, Konditorei Senkel-Söh, Kanstr. 40. Nur bei der Firma Gesäßelhandlung von Paul Nicker, Kanstr. 113, mußte polizeiliche Feststellung erfolgen, weil der Inhaber sich weigerte, sein Personal zu entlassen. Diese Blütenlese dürfte aus neue beweisen, wie notwendig die Schaffung von Handelsinspektionen ist und der Zentralverband der Handlungsgehilfen wird alles tun, um dieser Forderung sobald als möglich zur Durchführung zu verhelfen.

Die Angestellten aber sollten aus dieser Ausbeutung durch die Unternehmer die Konsequenzen ziehen und sich gewerkschaftlich im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisieren, damit auf dem Wege der Selbsthilfe diesen unwürdigen Arbeitsverhältnissen bald ein Ende gemacht wird.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Continental-Gas-Gesellschaft in Potsdam waren wiederholt Anlaß zur Klage seitens der Beschäftigten. Das liegt zum Teil daran, weil die dort beschäftigten Arbeiter den Wert einer geschlossenen Organisation noch nicht anerkannt haben, sich Harmonieübungen hingeben oder sich sonstigen Kriemildereien angeschlossen haben. Merkwürdig haben sich die Gasarbeiter dem Gewerkschaftsverbande angeschlossen und dadurch erreicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen sich bedeutend verbessert haben. Durch das Antreibersteht, verbunden mit Prozentwirtschaft für die Aufseher, tritt hier das Gegenteil ein. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Vorgesetzten läßt alles zu wünschen übrig. So man allerorts anerkennt, daß es unmöglich ist, mit dem jetzigen Einkommen bei diesen teuren Lebensmittelpreisen auszukommen, wird hier, besonders bei den Außenbetriebsarbeitern, der Arbeitslohn heruntergedrückt und den einzelnen Missetätigkeiten auferlegt. Der Schweiß der Arbeiter steigert aber die Prozenze der Aufseher und vermindert die Geschäftsumsätze der Gesellschaft. Es ist daher erklärlich, wenn diese durch Antreiber und Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen bis zur höchsten Potenz 300—300 M. an Prozenten alljährlich zu Wechnachten einheimen können. Und dies aus Kosten der Arbeiter. Wie lange wird man sich dies noch gefallen lassen? So lange, bis die Beteiligten den Wert der Organisation erkannt haben.

**Achtung, Klavierarbeiter und Tischler!** In der „Berliner Volkszeitung“ sucht die Pianofabrik Späth in Gera nach ihrem höchsten Verkaufsmagazin, Potsdamer Straße 29, Klavierarbeiter und Tischler, welche sich auf Klaviere einzuarbeiten wollen. Vornehmlich sucht die Firma verheiratete Kollegen nach ihrem Geraer Eldorado zu locken und walt ihnen dabei die dortigen Verhältnisse in den rosigsten Farben. In Wirklichkeit sind dieselben nichts weniger als glänzend. Die Löhne sind erheblich niedriger als in Berlin. Wegen der ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen besteht ein außerordentlich großer Wechsel im Betriebe. Mehrmals im Jahre brechen Differenzen aus, weil die Firma die schon bis ins Kleinste gehende Teilung der Arbeit noch weiter zu treiben sucht, um dadurch die ohnehin schon niedrigen Akkordpreise noch weiter herabzudrücken zu können.

Aus einem solchen Anlaß befinden sich gegenwärtig die dort beschäftigten Arbeiter im Aufstande. Wir ersuchen deshalb, den Zugang nach Gera fernzuhalten. Die Branchenleitung der Klavierarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### Die Tarifbewegung im Malergewerbe.

Im Malergewerbe sind die zentralen Verhandlungen für einen neuen Reichstarifvertrag — der jetzt bestehende läuft am 15. Februar 1913 ab — nach der neuesten Einladung des Kollegiums der Unparteiischen: v. Schulz, Dr. Brenner und Beigeordneter Rath, auf den 8. Januar 1913 festgesetzt. Der Vorstand des Verbandes der Maler hat bereits am 4. November unter Berufung auf die Bestimmungen des jetzigen Tarifvertrages, nach der 6 Monate vor Beginn Ablauf neue Verhandlungen zu beginnen haben, um einen wesentlich früheren Verhandlungstermin ersucht. Als daraufhin von den Unparteiischen Mitte Dezember vorgeschlagen wurde, ersuchte der Vorstand des Malerverbandes um die Festsetzung eines zeitigeren Termins, etwa Ende November oder spätestens Anfang Dezember, erhielt aber den Bescheid, daß die Unparteiischen vor dem 17. Dezember nicht abkömmlich seien. Eine für Mitte Dezember in Aussicht genommene Sitzung des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe, in dem dieselben Herren als Unparteiische mit beteiligt sind, wurde denn auch abgesetzt. Inzwischen hatte aber der Staatssekretär Dr. Delbrück bei Herrn Dr. Brenner angeregt, Verhandlungen im Baugewerbe einzuleiten. Das war wohl der Grund dafür, daß das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe zusammentrat und im Anschluß an seine eigentliche Tagung eine Vorbesprechung über die kommenden Verhandlungen im Baugewerbe führte. So wurden dann die Verhandlungen für das Malergewerbe offiziell auf den 3. Januar angesetzt. Als dann aber für das Baugewerbe, in dem der Tarif 6 Wochen länger läuft als im Malergewerbe, weitere Verhandlungen auf den 28. Dezember in München anberaumt waren, wurden die Verhandlungen für das Malergewerbe auf den 8. Januar verschoben.

Dieses fortgesetzte Hinschieben der Verhandlungen wird in den beteiligten Arbeiterkreisen sehr unangenehm empfunden. Der Unternehmerverband im Malergewerbe hat allerdings von vorn-

herein auf eine Verschleppung hingearbeitet, entsprechend den Wünschen des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe, mit dem er im Reichsverband faktelliert ist, und der auf einen gemeinsamen Tarifablauf im ganzen Baugewerbe am 1. April hinzielt. Der Unternehmerverband hat denn auch bis heute seine Forderungen noch nicht festgelegt; er will das erst kurz vor den Verhandlungen tun. Die Gehilfen wollen deshalb ihre Forderungen nur im Wege des gegenseitigen Austausches preisgeben. Sie sind zu dieser Vorsicht genötigt durch die schlechten Erfahrungen, die sie bei der letzten zentralen Bewegung gemacht haben. Damals hatte der Unternehmerverband, entgegen seinem gegebenen Versprechen, die Gehilfenvertreter kurz vor den Verhandlungen mit den Forderungen überhäuft, während die lange vorher eingegangenen Gehilfenforderungen von ihm zu agitatorischen Zwecken in unschöner Weise mißbraucht wurden. So ist also diesmal die Unabkömmlichkeit der Unparteiischen für die Verhandlungen im Malergewerbe nicht förderlich; den Unternehmern wird sie sehr willkommen sein. Ob die Unternehmer aber bei ihrer durchsichtigen Spekulation auf ihre Rechnung kommen, erscheint recht zweifelhaft. Vorläufig können sie die gewonnene Zeit, um die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und ihrer Gefolgschaft vorzumachen, die Gehilfen seien an der Verschleppung schuld und verhinderten, daß etwaige Lohn erhöhungen bewilligt werden könnten, weil diese bei der Preisfestsetzung für die Stunden nicht in Anrechnung gebracht werden könnten. Außerdem kränkt der Unternehmerverband durch diese Manipulationen zur Verschärfung des Kampfes bei, wobei die Zwangsmaßnahmen, die den Unternehmerverbänden korporativ angeschlossen sind, sich in den Dienst der Scharfmacher stellen.

Der Verband der Maler sieht den kommenden Ereignissen wohl vorbereitet gegenüber. Kürzlich stattgefundene Bezirkskonferenzen haben einen Ausschuss gewählt, der in Verbindung mit den Verbandvertretern, die die eigentlichen Verhandlungen führen, zu gegebener Zeit über besondere Maßnahmen zu bestimmen haben. Ferner werden bereits Delegierte zu einer eventuellen wegen der Tarifbewegung notwendigen außerordentlichen Generalversammlung gewählt.

Die organisatorische und finanzielle Entwicklung des Malerverbandes gibt die Gewähr, daß die Scharfmacher bei dieser Tarifbewegung eine zeitgemäße Aufwärtsentwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verhindern können.

### Die Bewegung an der Saar.

Daß die Arbeiter auf den fiskalischen Gruben Unrecht haben, unzufrieden zu sein, das beweist ein Blick auf die amtlichen Lohnnachweise. Die Löhne der Saarknappen blieben nicht beträchtlich hinter denen im Ruhrrevier und im Saarrevier zurück, die Differenz ist im letzten Vierteljahr zungunsten der fiskalischen Arbeiter noch größer geworden. Stellt man die Durchschnittslöhne pro Schicht und Arbeiter für das 3. Vierteljahr 1912 sowie die Lohnsteigerungen, die sich aus einem Vergleich der jetzigen mit den Löhnen aus dem 3. Vierteljahr 1911 ergeben, zusammen, dann erhält man folgendes Bild:

	Schichtlohn	Steigerung
Oberbergamt Dortmund	422 Pfg.	46 Pfg.
Berzirk Kamen	401	47
Saarbrücker Staatswerke	322	22

Die Spannung zwischen den Löhnen auf den Saargruben und im Ruhrrevier, die im vergangenen Jahre 74 Pf. betrug, ist nunmehr auf 100 Pfennig gestiegen. Daß die Lohnbewegung im Saarrevier die standortliche Differenz in den Löhnen vermindere, ist kaum noch zu erwarten. Schon hört man, daß der Gewerkschaften auf Grund einiger nichtsagender Erklärungen der Saargrubenverwaltung seine Forderungen zurückstellen und den mit großem Lament imgenierten Kampf nicht ausbrechen lassen werde. Der Gewerkschaften erweist sich auch in diesem Falle als der Interessentvertreter des Unternehmers. Als die hell auslöbende Empörung der Saargrubenknappen den Brand eines wirtschaftlichen Kampfes zu entfachen drohte, da übernahm die Gewerkschaftsleitung ostentativ die Führung der Arbeiter gegen das fiskalische Kapital. Aber man begann sofort mit einer Dämpfung. Mit der Forderung der sogenannten Gleichheit des Kampfes schob man den Ausbruch der eigentlichen Aktion auf Wochen hinaus. Damit hatte die Grubenverwaltung und die Gewerkschaften Zeit gewonnen, um in das Feuer der Begeisterung viel Wasser der Vorkhaltung über die möglichen bösen Folgen eines Streiks zu gießen. Die Frist ist natürlich gründlich ausgenutzt worden. Jetzt, kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist, hört man auch, genau wie nach einem Programm, die Grubenverwaltung habe einige Zugaben gemacht. Genügt das der Gewerkschaftsleitung, um den Bergarbeitern Vertrauen zum Frieden und die Aufhebung des Streikbeschlusses zu empfehlen? Sind die Bergarbeiter wieder einmal gründlich getarnt worden?

Die „Berliner“ lassen nicht nach, die Streikbewegung zu bekämpfen. Ein ganzer Haufe Sekretäre ist an der Arbeit, um den Streik von vornherein zu brechen. Versammlungen über Versammlungen finden statt, in der auch katholische Geistliche die Bergleute auffordern, einen Streik nicht mitzumachen. Nicht allein aus Prinzip wollen die Fachabteilungen den Streik brechen, sondern auch aus dem Doppelspiel heraus, das der christliche Gewerkschaft mit den Bergleuten spielt.

Was das interessanteste ist, in den Fachabteilungsverfassungen verliest man die Flugblätter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, die dieser anlässlich des letzten Ruhrbergarbeiterstreiks gegen die vereinigten Verbände verteilte. Um so im Saarrevier gegen den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Stimmung zu machen. So rächt sich alle Schuld auf Erden.

## Letzte Nachrichten.

### Der Streit um die Präsidentschaftskandidatur.

Paris, 27. Dezember. (W. T. B.) Zur Frage der Präsidentschaft erklärte Senator Ribot einem Berichterstatter, daß er von dem Ministerpräsidenten Poincaré vor mehreren Wochen nach einer langen Unterhaltung über die auswärtige Lage aufgefordert worden sei, sich im Falle der voraussichtlichen Weigerung Bourgeois der republikanischen Partei als Kandidat für den Präsidentschaftsamt zur Verfügung zu stellen. Er habe damals geantwortet, daß er sich seiner Pflicht nicht entziehen werde, falls sein Name ins Auge fiele, die der gegenwärtigen Zeit notwendige Einigkeit der Republikaner herbeizuführen. „Ich erhielt heute“, fuhr Ribot fort, „von dem Ministerpräsidenten Poincaré ein Schreiben, in dem er mit seinem baldigen Besuch ankündigt. Er wird mir zweifellos die Gründe mitteilen, die ihn so plötzlich bestimmt haben, seine Kandidatur aufzustellen. Ich kann unter diesen Verhältnissen meine Kandidatur nicht zurückziehen. Die Wahl des Präsidenten geschieht nicht auf ein Programm hin; sie ist in erster Reihe eine Frage des Vertrauens in die Redlichkeit und die Erfahrung des Mannes, der sieben Jahre lang Frankreich vertreten und über den Parteien stehen soll.“ — In republikanischen Kreisen verlautet, Poincaré habe sich zur Aufstellung seiner Kandidatur erst entschlossen, als er die Versicherung erhalten, daß die Führer mehrerer republikanischer Gruppen für ihn eintreten, und daß er bei Mehrheit in der Vollversammlung der republikanischen Partei der Kammer und des Senats sicher sein könne.



### Ein Kapitel ursprünglicher Akkumulation.

Paris, 24. Dezember (Fig. Ver.)

Wie ein Bericht aus der Jugendzeit der europäischen Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts mutete die Verhandlung an, zu der gestern in der Deputiertenkammer eine Interpellation des ehemaligen Gouverneurs von Madagaskar Augustin de Launay gab. Es handelte sich um die Schicksale der Bewohner der großen Komore, der Hauptinsel der im indischen Ozean gelegenen Gruppe gleichen Namens — um eine Geschichte, die unter den Formen einer Operette die Tragik eines der kapitalistischen „Zivilisation“ zum Opfer gefallenem Naturvolke birgt. Ihre Hauptfiguren sind die folgenden:

Im Jahre 1884 landete ein Abenteurer namens Humblot auf der Insel. Seine ganze Habe bestand, wie Augustin erzählte, in einem Kaffostamm, einem ebenso kolonialen Delm und einer Botanikerbüchse. Aber die Ideale dieses Mannes zielten höher als auf die Anlage eines Serbariums. Er wußte dem Beherrscher der Insel, dem Sultan Said-Ali dermaßen zu imponieren — vornehmlich durch seine im Knopfloch getragenen „akademischen Palmen“ — daß dieser respektvoll und vertrauensvoll einen ihm vorgelegten Vertrag unterzeichnete, trotzdem er in französischer Sprache abgefaßt war und er, der Sultan nur arabisch versteht. Im Vertrag stand aber, daß der größte und fruchtbarste Teil der Insel der „Gesellschaft Humblot“ unentgeltlich abgetreten werde. Als der Sultan auf den Betrug kam, appellierte er an die Gerichte, aber 1897 wurde er endgültig abgewiesen. Und die Gesellschaft der großen Komore wurde vom Kolonialministerium mit einer Konvention ausgestattet, die ihre „Rechte“ anerkannte. Es galt ja, dem Patrioten beizustehen, der das Kolonialreich Frankreichs mit kühnem Unternehmungsgeist erweitert hatte. Schon 1889 wurde er zum offiziellen Residenten ernannt, so daß er seine Ausbeuterfunktion mit der amtlichen Gewalt vereinigte, und damit er mit allen Hindernissen der ersten leichter fertig würde, schickte ihm die Regierung Soldaten. Nun ging das Geschäft flott voran, und die 45 000 Inselaner wurden dem „Vertrag“ gemäß expropriert, so daß ihnen von den 86 000 Hektar nutzbareren Landes nur 14 000 — im schlechtesten Gebiet — übrig blieben, nicht genug zum Leben und gerade genug zum langsamen Sterben. Da sich aber der Sultan Said-Ali noch immer maufsig machte, wurde er auf Anstiften Humblots des Meuchelmordes angeklagt und nach der Insel Réunion deportiert. Erst viele Jahre später stellte sich seine Unschuld heraus, und er wurde nach seiner Insel zurückgebracht, aber nicht wieder in sein Sultanat eingesetzt. Augustin schildert die Besitzverhältnisse der großen Komore folgendermaßen: Das Zentrum der Insel besteht aus einem ungeheuren vulkanischen Felsen, der von Wäldern umgürtet wird — dem Hauptreichtum der Insel. Sie gehören der Gesellschaft Humblot. Am Waldrand breitet sich fruchtbares Ackerland aus — desgleichen Eigentum der Gesellschaft Humblot. Endlich die Äußerste, dem Meere zu gelegene Zone, hauptsächlich aus Sandboden und Lava bestehend — sie ist der Rest, der den Eingeborenen vorbehalten geblieben ist, ihre einzige Wirtschaftssphäre, denn irgend eine Industrie gibt es auf der Insel nicht. Die Gesellschaft Humblot aber beschäftigt im ganzen 600 Eingeborene, um einen Lohn obendrein, der sie immerhin vor dem Reid der wirtschaftlich selbständig Gebliebenen schützt. Wenn dieser „gesellschaftliche“ Zustand bisher noch nicht zum langsamen Aussterben der Bewohner geführt hat, so hauptsächlich

darum, weil die Expropriation tatsächlich noch nicht ganz durchgeführt werden konnte. Aber sie bleiben immerzu von der gewaltsamen Vertreibung im Namen des Gesetzes bedroht.

Die Darstellung des Interpellanten, die der Kolonialminister LEBRUN im wesentlichen bestätigte, machte auf die Kammer einen so tiefen Eindruck, daß sie einstimmig eine Tagesordnung annahm, die die Konvention von 1897 für nicht bestehend erklärt und die Regierung auffordert, so schnell wie möglich die Konsequenzen daraus zu ziehen.

In diesem einen Falle wird es also möglich sein, das von einem kapitalistischen Kulturbringer an „Unzivilisierten“ begangene Verbrechen nachträglich gut zu machen — der in bürgerlichen Eigentumsfragen peinlich korrekte „Temps“ setzt allerdings hinzu, daß wahrscheinlich ein Schadenersatz notwendig sein wird —, aber belleide nicht für die fast 20 Jahre mißhandelten Eingeborenen, sondern für die Gesellschaft Humblot, die sie ausgeplündert hat! Der „Temps“ findet im übrigen, daß die kapitalistische und koloniale Welt nunmehr die beste aller möglichen Welten ist und alle Greuel des kolonialen Raubes der Vergangenheit angehören. „Vor 25 Jahren“, schreibt er, begegnete die Ritterlichkeit der französischen Behörden bei der Verabreichung der Komorien keinen Widerstand. Heute aber stellt man sich die Kolonialpolitik nicht mehr unter der einfachen und brutalen Form von ehemals vor. Die Gewalt ist unfruchtbar. Man gibt sich Rechenschaft darüber, daß die wahre Formel der Kolonialpolitik die neue Länder die ist, die ein gerechtes Gleichgewicht zwischen den Interessen der Kolonisten und denen der Eingeborenen herstellt.“ Das heißt in einer weniger heuchlerischen Sprache, daß die Periode der ursprünglichen, räuberischen Akkumulation vorüber und die der rationaleren kapitalistischen Ausbeutung überall angebrochen sei. Daß aber auch dieser relative Optimismus noch zu weit geht, hat der „Temps“ selbst erst vor einigen Monaten in einer Reihe von Artikeln über Tunesien sehr anschaulich bewiesen.

### Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

I.

#### Inzulängliche Berichterstattung. Abwälzung der Kosten auf die Steuerzahler. Unfallhäufigkeit. Fehlen der Krankenversicherung.

Versuchen wir auch dieses Jahr aus den Geschäftsberichten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Material zu sammeln, welches uns einen tiefen Einblick in die sozialen Verhältnisse der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter gestattet. Welche Fälle von Material könnte da gesammelt werden, wenn die Berichte nur einigermaßen gewissenhaft geschrieben und zusammengestellt wären. Vermenden selbst gewerbliche Berufsgenossenschaften fast gar keine Mühe mehr auf die Herausgabe eines gebiegten Berichtes, so ist es eine Seltenheit, wenn man unter den Berichten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, speziell der norddeutschen, wirklich etwas mehr als die üblichen Tabellen und Zahlen findet, die gefälligst vorgezeichnet, also auch nicht zu umgehen waren. Man sagt, daß Präsident Weidner sich alle Mühe gegeben habe, auch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu „erziehen“, daß einigermaßen lesenswerte Berichte herausgegeben werden. Will sein Nachfolger das begonnene Werk fortsetzen? Es wäre höchste Zeit hierzu! Auch können die Berufsgenossenschaften nicht die faule Ausrede machen, daß die Landwirtschaft keine Zeit habe“, ausföhrliche Berichte abzufassen. Denn die Verwaltung der Berufsgenossenschaft wird bürokratisch geführt und der Leiter ist kein Kleinbauer, der täglich um sein Brot zu kämpfen hat, sondern gewöhnlich ein hoher Staatsbeamter, welcher genügend Zeit, Übung und auch die Fähigkeiten haben muß, einen ordentlichen Jahresbericht zu schreiben. Heute sind auch die paar Blätter selten oder

schwer zu erhalten, die stolz den Namen: „Geschäftsbericht“ führen. Einige Berufsgenossenschaften geben gar keine Berichte in Druck, oder nur alle zwei Jahre sich die „Mühe“, ihre Zahlen zusammenzustellen. Von den vorhandenen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Deutschlands ist es uns nur mit Mühe und Not gelungen, 37 Berichte aufzutreiben, und zwar die Berichte der Berufsgenossenschaften: „Oberfranken“, „Ober-Elsas“, „Neuß j. L.“, „Anhalt“, „Hessen-Rassau“, „Neuß alt. L.“, „Unterfranken“, „Westfalen“, „Provinz Sachsen“, „Pfalz“, „Schwaben und Neuburg“, „Oberpfalz“, „Westpreußen“, „Baden“, „Rheinland“, „Rudolstadt“, „Schleswig-Holstein“, „Oldenburg“, „Württemberg“, „Unter-Elsas“, „Großherzogtum Hessen“, „Hamburg“, „Mecklenburg-Schwerin“, „Pommern“, „Oberbayern“, „Brandenburg“, „Sachsen“, „Gotha“, „Schwarzburg-Sondershausen“, „Meiningen“, „Ostpreußen“, „Mecklenburg-Strelitz“, „Lothringen“, „Niederbayern“, „Schaumburg-Lippe“, „Posen“, „Mittelfranken“. Stolz melden einzelne dieser „Berichte“, daß in der Verwaltung der Berufsgenossenschaft alles beim alten geblieben sei. Man hat ja nur die Ortskonferenzen „reformiert“, den Versicherten die einzigen Rechte noch vergrößert, dagegen in den Berufsgenossenschaften jede Mitwirkung auch fernershin ausgeschlossen.

In „Ober-Elsas“ erhält der Vorsitzende der Genossenschaft, ein ehrfurchter Landbürgermeister, pro Jahr 2400 M. Entschädigung. Stolz meldet uns „Hessen-Rassau“, daß der Bischofswedel Dommaschl vom 1. Juni 1911 ab als Bureauhilfe für die Abrechnung angenommen ist.

Sehr billig können die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ihre Verwaltung stellen, indem die Staatskasse sehr entgegenkommend ist und der Allgemeinheit die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften aufhört. So meldet uns der Bericht „Unterfranken“: „Die Geschäftsräume befanden sich im Regierungsgebäude in 6 Zimmern, welche nebst Heizung und Beleuchtung von der Kgl. Regierung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden.“ Die Kassa und Rechnungsführung wurde von der Kgl. Kreiskasse für Unterfranken unentgeltlich besorgt.

Auch „Mittelfranken“ gibt offen zu, daß die Kgl. Regierung Bureauräume mit Einrichtung, Heizung und Beleuchtung unentgeltlich zur Verfügung stellte.

In der Verwaltung der Berufsgenossenschaft „Meiningen“ mußte der Direktor Wolfenthein vom 1. Januar 1912 ab wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten vom Dienst entbunden werden.

Von einer wirklichen Statistik kann bei den Berufsgenossenschaften der Landwirtschaft eigentlich gar nicht gesprochen werden, denn über die Zahl der versicherten Betriebe und Personen können keine einwandfreien Ziffern, sondern nur „Schätzungen“ gegeben werden. Teilweise werden die Zahlen der letzten Berufs- und Betriebszählung zur Unterlage genommen; in vielen Fällen sind daneben Schätzungen gemacht, die von der Berufs- und Betriebszählung erheblich abweichen. Inzulänglichkeit der Schätzungen wird von einer Reihe Berufsgenossenschaften zugegeben, so von der „Pfalz“, von „Oberfranken“, von „Mecklenburg-Strelitz“.

Die meisten Berufsgenossenschaften klagen über „steigende Rentenlast“, daß der „Beharrungsgrad“ immer noch nicht erreicht sei usw. Eine Ausnahme der Unfälle verzeichnen die Berichte: „Rudolstadt“ von 211 auf 242, „Oberfranken“ von 1633 auf 1736, „Rheinland“ von 8287 auf 8708, „Baden“ von 7180 auf 7206, „Westpreußen“ von 4359 auf 4588, „Schwaben und Neuburg“ von 2013 auf 2046, „Provinz Sachsen“ von 6148 auf 6201, „Westfalen“ von 3956 auf 4189, „Unterfranken“ von 2636 auf 2891, „Anhalt“ von 668 auf 675, „Hessen-Rassau“ von 5066 auf 5080, „Ober-Elsas“ von 843 auf 965, „Mecklenburg-Schwerin“ von 1821 auf 1853, „Hessen“ von 2863 auf 2907, „Unter-Elsas“ von 1633 auf 1826, „Württemberg“ von 6842 auf 7263, „Mecklenburg-Strelitz“ 427 auf 478, „Ostpreußen“ von 9171 auf 9751, „Schlesien“ von 11 408 auf 12 026, „Brandenburg“ von 7102 auf 7476. Dagegen verzeichnen einen Rückgang der gemeldeten Unfälle: „Pfalz“ von 2382 auf 2368, „Oberpfalz“ von 1376 auf 1306, „Neuß j. L.“ von 280 auf 241, „Neuß alt. L.“ von 81 auf 79, „Schleswig-Holstein“ von 4764 auf 4731, „Oldenburg“ von 893 auf 867, „Hamburg“ von 167 auf 166, „Lothringen“ von 943 auf 908, „Schwarzburg“ von 183 auf 172, „Gotha“ von 406 auf 400.

Während die meisten gewerblichen Berufsgenossenschaften berufen können, daß sie nur 20 bis 25 Proz. der angemeldeten Unfälle einschließen müssen, ist die Zahl derselben in der Landwirtschaft erschreckend groß, oft 50 Proz. der gemeldeten Unfälle. Einige

### Kleines feuilleton.

Sidalla als Rationalökonom. Zum „Feste der Liebe“ hatten sich alle „tonangebenden“ Blätter mit adershand Karikatur-Nachrichten, Weisheiten von Theaterleuten, Vorkämpfern, Medizinmännern und literarischen Marktgeiern versorgt. Da wurde über die „Leistungsfähigkeit“ der fünfzigjährigen, aber schöne oder hässliche Donjuans, dumme oder kluge Weiber gelaust. Das „Vergnügen“ hatte sich besonders verproviantiert. Es führte, wenn Lesern sogar Frank Wedekind in Freiheit dreifert vor. Der Gleichgewicht des Erotischen tritt zur Abwechslung mit „Wohngedanken“ hervor. Der Meister des Bluffs, der als geschickter, klammerfänger seiner selbst bald die Gründung einer Theatertruppe (auf dem Mond) ankündigt, bald eine ehrende Einladung der Dubliner Universität produziert (es handelte sich freilich nur um einen harmlosen Studentenverein), bald mit Umfragen die Frage schamlos für sich ausnützt, tritt diesmal als Sittenbeschauer und Problemhändler auf. Und richtig die Rossfäden gehen auf den Leim.

Die bösen „Sozi“ haben Seine Rührigkeit gekränkt, weil sie seine Schellenklappen nicht aufheben wollten. Da mußte er ihnen eins auswaschen. Bei dieser Gelegenheit erzählt man alle Welt die erschütternde Tatsache, daß Wedekind vor „fünfundzwanzig Jahren“, als er sich noch nicht als Latentmörder, sondern als komischer reisender versuchte, einem „Geistesheeren“, der damals dem Sozialismus huldigte, begegnet sei. So was kommt bisweilen vor, wenn einer viel auf der „Tour“ ist. Von jenem „Geistesheeren“ hat Wedekind leider nichts gelernt. Sonst könnte er jetzt nicht mit solch „offen Kamellen“ kommen. Jedes — das Roskopier hat ja ein besonderes „Faible“ für alte Sagen, und Rabbi Esra Wedekind glückte es, sie dort anzubringen. Seit langem — so schreibt er — warte er darauf, einmal in einer wissenschaftlichen Arbeit die Grenzen zwischen Arbeit, Spiel und Genuss gezogen zu sehen. . . . Der Sozialismus nicht seit seinem Bestehen den uralten Aberglauben für seine Zwecke aus, daß Arbeit ein Opfer, eine Last, ein Martyrium sei. Aber wie kann davon gesprochen werden, wo doch nicht der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer, sondern dieser vom jenem ernährt werde? . . .

So bläst sich Ignoranz im Kleide des Draufgänger. Vom wissenschaftlichen Sozialismus hat dieser Zeitgenosse, der neue Tafeln aufstellen will, keines Geistes Hauch gespürt. Aber als Künstler sollte er von den großen Utopisten wissen, deren Gede der moderne Sozialismus ist, von jenen Denkern und Dichtern, die dem Menschen wieder die Freude an der Arbeit, die Möglichkeit, sich in der Arbeit als Persönlichkeit anzuleben, geben wollten. Von der sozialistischen Pädagogik des Ratorp, von der Arbeitsschule, von der Sehnsucht des Künstlers und Sozialisten William Morris, die Arbeit zum Genuss, zum künstlerischen Schaffen zu erheben — ist nie ein Echo zu diesem angeblich Modernen gedrungen. Um seine Originalität zu behaupten, hat er Vernunft und Wissenschaft abgeschworen. Und ist jetzt zum Stiefelputzer der Unternehmer herabgesunken. Er exportiert schon wie ein dreifertiger Pudel. Sidalla, Wedekinds Selbstprojektion, macht seinem Dasein ein Ende, als er für die „Tage“ eines Zirkus-

klowns engagiert werden soll. Wedekind spielt die Rolle sehr gern, falls sie nur gut honoriert wird.

An dem einen Problem hat Wedekind natürlich nicht genug. Als echter Charlatan beabsichtigt er auch die Diplomatie „repräsentativ“ zu machen. Deswegen hat er sich mit einem anarchischen Barnakollegen zusammengesetzt, um einen — „Weltparlamentarischen Verein“ zu gründen. Man muß nun wissen, daß in München der Karneval alljährlich mit dem christlichen Fest der Heiligen drei Könige einsetzt. Die heutige Faschingsaison eröffnete der Erfinder und Befolger des Rottos: das Leben ist eine Rutschbahn! nur um ein wenig zu früh. Wer weiß, vielleicht hat er den Kalender auch reformiert und verlangt Karnevalsfreiheit fürs ganze Jahr.

Die Erfolge der Typhusimpfung. Die seit langem vorgenommenen Versuche, eine auf den Menschen unmittelbar anwendbare Typhusimpfung zu finden, sind von einem überraschenden Erfolge gekrönt worden; ein wirksames Heilmittel ist gefunden und die furchtbare Krankheit scheint besiegt zu sein. Wie R. Margolla in einer Korrespondenz der Internationalen Monatschrift ausführt, berechneten nach den Nachrichten und Statistiken, die wir aus Algier und Marokko und später aus Avignon erhalten haben, diese außerordentlich wichtige Entdeckung zu der Hoffnung, daß der Typhus ganz ausgerottet werden kann. Mehrere tausend Menschen wurden ohne jede Epidemie und selbst zu Epidemiezeiten geimpft und keiner wurde vom Typhus befallen. Bei den algerischen Truppen waren so von zwei Kompagnien, die den gleichen Dienst hatten, alle Mannschaften der einen geimpft, die der anderen nicht; nur bei den letzteren traten Fälle von typhoidem Fieber auf. In Avignon waren vor und nach dem Eintreten der Typhusepidemie, die vom Juni bis zum August 1912 unter den Genietruppen wütete, 1306 Personen geimpft worden; keine von ihnen hat auch nur die geringsten Symptome der Krankheit gezeigt. Von 687 nicht geimpften Personen wurden 155 vom Typhus befallen und 21 starben daran. Diese wirksame Bekämpfung der Krankheit, die besonders in den französischen Kolonien zu den schwersten und verbreitetsten gehört, bedeutet einen Fortschritt in der medizinischen Wissenschaft. Mit der Typhusimpfung sind die Namen der Doktoren Chantemesse, Vincent und Vidal verknüpft. Die ersten Versuche legte Vincent 1910 der Akademie der Pariser Wissenschaften vor; der wirkliche Beweis des Erfolges wurde aber erst durch die Gesamtheit der überall erzielten günstigen Ergebnisse erbracht, die auf dem im Oktober in Paris tagenden französischen Kongress für Medizin erörtert wurden. Die Tymphe, die sich wie ein wirkliches Medikament dosieren läßt, hat nicht nur vorbeugende Wirkung, sondern bewirkt auch während der Krankheit einen kurzen und gutartigen Verlauf des Typhus. Jedoch muß die Typhusimpfung, um wirksam zu sein, frühzeitig ausgeführt werden; nach dem 10. Tage der Krankheit ist sie wirkungslos.

### Theater.

Münchener Theater. Zwei Neuauführungen gab es in München zu Weihnachten. Da es heute einmal aktuell ist, daß die Antike von modernen „Kochbüchern“ betrabbelt wird, so mischte die neue Lustspielfirma Roda Roda, Mehrind einen Frei aus Terenz, Menander und Lysistrata zurecht, nannten ihn „Die Klavina aus Rhodus“ und veruchte ihn einem weihnächtlich

milde gestimmten Publikum einzulöffeln. Er wollte aber nicht recht munden, trotzdem der „Simplicissimus“ • Gubbransson im Schauspielhaus den antiken Vilderbogen epikurisch-attischen Lebens recht farbig koloriert hatte. Desto besser gefiel in den Kammer spielen die Komödie „Der Raubritter“ von Ludwig Biro, dem gerissenen Kompagnon Lenghels. Der Raubritter ist ein moderner Hochstapler, der ein bißchen historische Vergeltung spielt. Während er früher adlige Strauchdiebe bürgerliche Pfaffenräde aus, so legt jetzt der plebejische Spitzhube in Glacéhandschuhen eine ungarische adelsstolze Magnatenfamilie nach allen Regeln der Kunst hinein und prellt sie um Brand und Vermögen. Der Langar Biro ist nicht umsonst bei den französischen Explosionschemikern Bataille, Bernstein usw. in die Schule gegangen. Er versteht sein Handwerk, Spannung zu machen und scharf papirierte Unterhaltungs Unterhaltung für milde Großstadtnerven wie nur irgendein dramatischer Boulevardier.

### Notizen.

— Kunstchronik. Die Winterausstellung der Sezession wird am Sonntag, den 29. Dezember, geschlossen.

— Julius Meier-Graefe ist wieder hergestellt und wird seinen angekündigten Vortrag im Kunsthalle Paul Cassirer am 6. Januar halten.

— Leo Kämpf, der Verfasser des Dramas „Am Vorabend“, ist am 24. Dezember im Alter von 32 Jahren in Krakau gestorben. Das Drama, das eine Episode aus der russischen Revolution behandelt und die Geschichte eines Bombenattentats gibt, das ein junger Sozialrevolutionär gegen einen russischen Provinzialgouverneur verübt, wurde vor ungefähr fünf Jahren in Deutschland verboten, ist aber in einer ganzen Anzahl von Arbeitervereinen aufgeführt worden. Auch die Buchausgabe des Werkes hat in Arbeiterkreisen Verbreitung gefunden.

— Edouard Dettalle, der französische Anton v. Werner, ist am Dienstag in Paris gestorben. Ein Schüler Reissnotters, hat er die tolle Gräßlichkeit dieses Kleinmeisters auf polizeiliche Gegenstände zu übertragen verübt. Den Mangel an innerem Leben suchte er durch ein patriotisches Trara, durch einen Appell an die Klöster-Religion des Spiekers zu ersetzen. So wurde er der offizielle Historienmaler der dritten Republik, hat ausgedehnte vaterländische Schinken gemalt, sogar das Pantheon verschandeln dürfen, Orden und hohe Preise eingekauft. Zum Schluß durfte er im Auftrag der Regierung neue Uniformen entwerfen, was den atheniensischen Geist der Bourgeoisrepublik beweist, die an die Schlachtmaler der Zukunft denkt.

— Die neueste Theaterpleite. Das Theater Groß-Berlin, das erst vor ein paar Wochen eröffnet wurde, ist rettungslos pleite. Alle Sonierungen haben nicht: der Konkurs ist da. Bis zum 30. April will Kalli mit Operetten darin gastieren.

— Lessingtheater und Deutsches Künstlertheater. Direktor Varnowsky, der das Lessingtheater von 1914 an gepachtet hat, übernimmt es bereits am 1. Juli 1913, da er der Fortsetzung der Ueberlieferungen“ bereits von da an gewachsen zu sein glaubt. — Das Deutsche Künstlertheater, das sich hauptsächlich aus Künstlern des jetzigen Lessingtheaters zusammensetzen wird, kann infolgedessen seine Tätigkeit bereits zum nächsten Zeitpunkt in der Kurfürstentoper beginnen.



Verfälle, so der vom „Ober-Eisaß“, geben zutreffend als eine der Ursachen die Tatsache an, daß oft, insbesondere bei Unfällen der Arbeiterunternehmer und ihrer Familienangehörigen, die Anmeldung zu spät eintrifft. Der Grund hierfür liegt darin, daß eine Krankenversicherung fehlt und kleinere Verletzungen infolge Selbstbehandlung häufig schwere Folgen nach sich ziehen. So unterlassen viele zu lange anfangs unbedeutende Finger-Verletzungen anzumelden, bis Blutergüsse eingetreten sind, die einen operativen Eingriff notwendig machen. Anmeldung jedes noch so unbedeutend erscheinenden Unfalles, der länger als drei Tage die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt, wird dringend empfohlen. Mit Recht aber besser als dieser gut gemeinte Rat hätte die Zustimmung zu der seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie geforderten Ausdehnung der Krankenversicherung auch auf die Kleinbauern unter Fortfall der dreitägigen Karenzzeit gewirkt. So oft die Sozialdemokraten diese Leben und Gesundheit von Kleinbauern und Landarbeitern schützenden Maßnahmen fordern, trat die Regierung und bürgerliche Abgeordnete, vor allem aus den Reihen des Zentrums und der Konservativen, ihnen mit der Behauptung entgegen: der Fortfall der Karenzzeit begünstige die Simulation. In der Tat erfährt man aus den Berichten der Berufsvereinigungen, daß auch auf dem Lande viel häufiger Gesundheit als Krankheit simuliert wird.

Die Vorkenntnisse auf dem Lande können auch die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen nicht befähigen, wenn sie auch, wie „Rheinland“ sich brüht, gegen eine arme „Annohensiderin“ Strafanzeige erstattete. Eine kleine Wessung des Lebensstandes wird wohl durch die Ausbreitung der Gemeindefürsorgeanstalten erreicht werden, so daß wenigstens für Notfälle die erste Hilfe vorhanden ist. Die Berufsvereinigungen „Provinz Sachsen“ hat z. B. an 221 Gemeindefürsorgeanstalten mit 231 Schwestern die Summe von 9080 M. gezahlt. Da aber auch nach der neuen Reichsversicherungsordnung die Million Kleinbauern nebst Familienangehörigen — also 60—70 Proz. der Unfallverletzten — keine freie ärztliche Hilfe und Unterstützung in den ersten 13 Wochen — der schwersten Zeit des Unfalls — haben, so wäre es doppelte Pflicht der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, von dem gesetzlichen Rechte der Uebernahme des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls Gebrauch zu machen. Es soll nicht verkannt werden, daß nach und nach einzelne Berufsvereinigungen schon ganz ansehnliche Summen für diese Zwecke aufwenden, während viele wieder nur lächerlich geringe Beträge oder keinen Pfennig dafür übrig haben. Das hindert sie aber nicht, große Worte über Zweck und Nutzen dieser Aufwendungen zu machen! So finden wir im Bericht „Ober-Eisaß“, daß für das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls ganze 32 M. verausgabt worden sind. „Unterfranken“ hatte 5 Fälle übernommen und verschweigt die Kosten hierfür. Die große Berufsvereinigung „Loben“ bucht unter Ausgabe ganze 491 M. für das Heilverfahren in der Bartenzeit. „Schwaben-Neuburg“ meldet, daß sie ganze 6 Fälle in Behandlung genommen habe, ohne die Kosten anzugeben. „Reuß i. L.“ meldet von ganzen 2 Fällen mit einem Kostenaufwand von 104,40 M. „Infolge dieser Fürsorge“, betont der Bericht, „brauchte eine Rente nicht gewährt zu werden.“ „Ober-Eisaß“ rechnete 800 M. auf „Sachsen“ 2180 M., „Hamburg“ keinen Pfennig! „Medienburg-Schwerin“ 518 M., „Oldenburg“ 53,10 M., „Württemberg“ 725 M., „Lothringen“ 3117 M., „Medienburg-Strelitz“ 271 M., „Schaumburg-Lippe“ keinen Pfennig, „Niedersachsen“ 940 M., „Mittelfranken“ 304 M. Größere Summen für diese Zwecke verausgabten folgende Berufsvereinigungen: „Rheinland: 30 019,48 M., „Hessen-Nassau“ 14 003,10 M., „Provinz Sachsen“ 12 063,94 M., „Westpreußen“ 15 933,63 M., „Westfalen“ 30 413,46 M., „Schleswig-Holstein“ 13 871,76 M., „Unter-Eisaß“ 8070,10 M.

Dabei betont fast jeder Bericht, daß es an der nötigen Aufklärung der Versicherten nicht gefehlt habe, rechtzeitig Anträge auf Gewährung eines geeigneten Heilverfahrens zu stellen. Auch Vorträge sind darüber gehalten worden, die sich auch auf die Durchführung der Unfallversicherungsbestimmungen erstreckten, um Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten. Viel Erfolg von diesen Vorträgen verspricht man sich jedoch nicht, denn einzelne konnten mangels genügender Beteiligung gar nicht stattfinden.

## Aus der Partei.

### Ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenvorsteher.

Die fortschrittliche Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt a. M. hat, wie eine Meldung besagt, endlich den Anspruch der Sozialdemokratie als der zweitstärksten Fraktion auf einen Sitz im Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums anerkannt. Sie hat beschlossen, der Sozialdemokratie den Posten des ersten Vizepräsidenten zu überlassen. In der ersten Sitzung des neuen Jahres soll nunmehr Genosse Graf, der Vorsitzende der Ortsliste, hierzu gewählt werden.

## Aus Industrie und Handel.

### Geldnot.

Die Wochenauweise der Zentralnotenbanken belegen von neuem die durch Kriegsgefahr und Konjunktur verursachte Notlage am Geldmarkt. Die Deutsche Reichsbank zeigte am 23. d. M. eine Verringerung des Metall- und des Wertpapierbestandes, dagegen eine starke Erhöhung des Wechselbestandes und des Notenumlaufes. Die Steuerpflicht (der nicht durch Gegenwerte gebildeten Noten) ist seit der Vorwoche von 308 2 auf 404,1 Millionen gestiegen. Der Gesamtstand ist um 280 Millionen Mark ungünstiger als im Vorjahre.

Eine starke Inanspruchnahme zeigen auch die übrigen europäischen Zentralbanken. Bei der Oesterreich-Ungarischen Bank liegt gegen die Vorwoche der steuerpflichtige Notenumlauf um 20,9 Millionen. Die Bank von England erfuhr ebenfalls eine Abnahme des Metallbestandes und der Totalreserve; die Deckung der Noten sank von 43 auf nicht ganz 38 Proz. Bei der Bank von Frankreich wich das Verhalten des Barportales zum Notenumlauf von 71 auf 69,8 Proz.

Zum Quartalsende steigt der Geldbedarf noch mehr. Eine weitere erhebliche Verschlechterung der Bankenausweise ist also zu erwarten. Sollten dem einzelne der Zentralbanken durch eine neue Diskont- (Wechselzinsfuß) Erhöhung begegnen, so würde das außerordentlich erschwerend auf das Wirtschaftsleben zurückwirken. Dem Volkstanz und den Kreditdröhlungen einzelner europäischer Staaten würden dann neue Opfer gebracht werden. Nicht weniger schlimm als einzelne verfrachtete Unternehmen wird die Arbeiterschaft von in Geldkrise unvermeidlichen Betriebsbeschränkungen und -einstellungen betroffen.

### Günstige Weltermten.

Nach den Schätzungen des Internationalen Landwirtschafts-Instituts in Rom fallen die Weltermten in diesem Jahr wesentlich günstiger aus als im Vorjahre. Es stellte sich (in 1000 Doppelzentnern) der Ertrag in der nördlichen Erdhälfte:

	1912	1911	1912 gegen 1911
Weizen (24 Länder) . . . . .	917 205	858 112	+ 6,9 Proz.
Roggen (19 Länder) . . . . .	478 651	898 178	+ 20,5 „
Gerste (23 Länder) . . . . .	315 980	297 909	+ 6,1 „
Haler (22 Länder) . . . . .	656 573	645 208	+ 20,4 „
Reis (15 Länder) . . . . .	974 387	799 968	+ 21,8 „
Weis (Spanien und Japan) . . . . .	72 989	74 807	+ 0,8 „
Zuckerrüben (13 Länder) . . . . .	395 857	291 832	+ 35,9 „
Wein (8 Länder) . . . . .	128 454	113 860	+ 11,4 „
Enkeltente Baumwolle (4 Länder) . . . . .	41 354	42 993	- 3,8 „

Die Schätzungen umfassen Europa, Nordamerika, Indien, Japan, asiatisches Rußland, Nordafrika. Auch in der südlichen Erdhälfte sind die diesjährigen Erträge außerordentlich groß. Für Australien gibt die Erntevorschätzung eine Ertragssteigerung für Weizen von 19,56 Millionen auf 21,62 Millionen Doppelzentner, d. h. um 10 Proz. an. Ebenso ist die Ernte in Argentinien reicher als jemals. Die Weizenerte wird voraussichtlich von 4,6 auf 5,4 Millionen Tonnen, die Hafenernte von 0,9 auf 1,7 Millionen, die Flachsernte von 0,6 auf 1,1 Millionen Tonnen steigen. Auch die Qualität, besonders bei Weizen, soll ausgezeichnet sein.

### Lochspeisen.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus New York gemeldet wird, gestattet der Stahltrust im Januar seinen Angestellten Vorzugsaktien zu 109 Proz. und wiederum Stammpaktien zu 66 Proz. zu zeichnen. Das System, Angestellte als „Aktionäre“ zu gewinnen, wird von dem amerikanischen Stahltrust seit langem geliebt. Natürlich sind seine Arbeiter nicht in der Lage, die Aktien voll einzuzahlen. In früheren Jahren wurden dem Arbeiter für die noch rückständigen Aktien fünf Prozent von der Dividende abgezogen. Das Ganze ist nur eine Recherei, die Arbeiter möglichst lange an den Betrieb zu fesseln. Arbeiter, die Aktienbesitzer sind und 5 Jahre beim Trust ausdauern, zahlt der Trust sogar noch Extradividenden. Durch solche Gewinnbeteiligung sucht der Trust seine Arbeiter zu korrumpieren und anständige Löhne zu vermeiden. Die Lochspeisen sind nötig, um die Arbeiter zu halten, die unter der Ausbeutung und der Mißachtung aller Schutzvorrichtungen stark zu leiden haben.

Die angeforderte Lohnerhöhung ist ein Zeichen der Hochkonjunktur in Nordamerika und der Prosperität des Trusts. Im Herbst bereits konnte der Trust nicht allen Ansprüchen genügen, so daß England und Deutschland ihren Export nach Nordamerika verfrachten mußten.

### Eine österreichische Zentralgenossenschaftskasse.

Zur Stärkung des genossenschaftlichen Kreditwesens wird Oesterreich eine Zentralgenossenschaftskasse, deren Organisation ähnlich der preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) gedacht ist. Der Staat wird sich mit einer Kapitalanlage von 8 Millionen Kronen an der Kasse beteiligen, die als Einlage zwischen den genossenschaftlichen Kreditkassen und der Oesterreichisch-Ungarischen Bank dienen soll. In Ungarn besteht bereits eine staatliche Zentralgenossenschaftskasse, die gleichfalls mit staatlicher Unterstützung und staatlichem Einfluß in der Verwaltung dieser Verleiher vermittelt. Als Zweck wird die Vereinbarmachung der Kreditgewährung, des Bilanzschemas und der Kontrolle angegeben. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt dem österreichischen Abgeordnetenhause vor.

## Soziales.

### Ortskrankenkassen unter bürokratischer Staatsaufsicht.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen ist bekanntlich durch die Reichsversicherungsordnung außerordentlich beeinträchtigt. Wir haben setzweil als das Ziel, dem die preussische Bureaokratie in holdem Verein mit den Rügandenen und den in den Parteien der Rationalen, des Zentrums und der Konservativen sitzenden Feinden des Rechts der Arbeiter auf Selbstverwaltung zustrebt, bezeichnet: Verjüngung ehemaliger Offiziere, Unteroffiziere, in staatlichen oder städtischen Verwaltungen als unbrauchbar abgelegter Beamter und Subjekte vom Schlage der Innebrüder als Kassenbeamte auf Kosten der den Arbeitern durch die Versicherungsbeiträge abgenötigten direkten Reichseinkommensteuer. Je näher wir der Einführung der Krankenkassenversicherung bei handelnden Teilen der Reichsversicherungsordnung rücken, desto mehr wird enthüllt, daß in der Tat die Regierung dieses Ziel im Auge hat. Sie scheint auf dem Wege der Verwaltung — ganz im Delbrück'schen reaktionären Sinne — das verwirklichen zu wollen, was noch bei Beratung der Reichsversicherungsordnung lebhaft bestritten wurde.

Anfang November sprach der bekannte Oberregierungsrat Dr. Hoffmann aus dem preussischen Handelsministerium in Köln in der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung über „Die Neuerungen in der Krankenkassenversicherung“. Ueber diesen Vortrag wird erst jetzt Näheres bekannt. Hierbei soll Dr. Hoffmann u. a. ergründet haben:

Der § 339 der Reichsversicherungsordnung biete die rechtliche Möglichkeit, Angestellten der Ortskrankenkassen, wenn sie lediglich ruhegehaltsberechtigt sind, zu Staatsbeamten zu ernennen. Diese Angestellten hätten den Dienstleid zu leisten und würden wie mittelbare Staatsbeamte zu behandeln sein. In Preußen würde die obere Verwaltungsbehörde von ihrer Befugnis der Verleihung der Beamtenqualifikation im weitesten Umfange Gebrauch machen.

Von keiner Seite wurde dieser Paragraph bislang in solcher Weise ausgelegt, auch unmöglich. Gegen solche Auslegung spricht u. a. auch die ausdrückliche Erklärung des Kommissionsberichterstatters im Plenum des Reichstages. Aber was die Behörden sich um ausdrückliche Erklärungen des Reichstages und ihrer eigenen Vertreter kümmern, hat ja unlängst erst der Staatssekretär und der Kriegsminister bei der Interpellation über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter und unteren Beamten offenbart. Hinzu tritt, daß die Reichsversicherungsordnung den Kassen jeden Rechtsweg von halbwegs so unparteiischen Gerichten genommen hat, wie es auf diesem Gebiet trotz seiner reaktionären Zusammensetzung das preussische Oberverwaltungsgericht ist. Der Kommentar gerade des Dr. Hoffmann ist außerordentlich ungehalten darüber, daß auf Betreiben der Sozialdemokratie gegen allzu große Drangsalierungen der Kassen durch die Verwaltungen im Jahre 1908 der Rechtsweg gegen behördliche Anordnungen gewährt war. Sein eifriges, leider erfolgloses Bemühen ging auf Befestigung dieses Schutzes gegen Willkür und Befehlsverletzung durch sogenannte Aufsichtsorgane.

Der Vortragende Dr. Hoffmann, der im Jahre 1900 die bekannten Aufsätze gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen schrieb, wird als Dezernent im preussischen Handelsministerium wissen, wie dort die Glocken läuten. Um so mehr muß verlangt werden, daß über seine Ausführungen in Köln der Öffentlichkeit authentische Mitteilungen zugehen, daß also die preussische Regierung mit der Sprache herausrückt.

### Errichtung eines Rentenausschusses für die Angestelltenversicherung.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine vom 27. d. M. datierte Bekanntmachung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Danach hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte mit Genehmigung des Bundesrats einen Rentenausschuss für die Angestelltenversicherung errichtet. Der Bundesrat hat als Sitz dieses Rentenausschusses Berlin, als seinen Bezirk das Gebiet des Deutschen Reiches bestimmt, ihm ferner auch die Entscheidung in allen Fällen zugeeignet, in denen es sich um Versicherte oder deren Angehörige handelt, die außerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches wohnen oder beschäftigt sind.

Die Diensträume befinden sich in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernsdamm 20.

### Arbeitsnachweise.

In der Untersuchung über die bestehenden Arbeitsnachweise bringt das Dezernat des Reichsarbeitsamtes Angaben über Arbeitnehmer- und paritätische Nachweise. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Immerhin dürften die bedeutendsten Nachweise erfasst worden sein. Mitte 1912 waren der Berichterstatter 211 Arbeitnehmernachweise angehängt. 178 davon meldeten für 1911 309 745 Bezüge. Für 1910 liegen von 165 Nachweisen 271 248 Meldungen über Stellenvermittlungen vor. Im Jahre 1908 war die Zahl der Arbeitnehmernachweise mit 188 und 256 443 vermittelten Stellen am höchsten. Die Vermittlungstätigkeit von 94 gleichen berichtenden Nachweisen zeigt eine Zunahme der besetzten Stellen von 105 797 im Jahre 1904 auf 218 540 im Jahre 1911.

Die Entwicklung des Tarifvertragswesens fördert den paritätischen Nachweis. Von 3758 Tarifgemeinschaften, die im Jahre 1910 Wirksamkeit erlangten, enthielten 315, gleich 8,4 Proz., Vereinbarungen über die Vermittlung eines bestimmten Arbeitsnachweises. Im Jahre 1911 wurden 3868 Tarifgemeinschaften neu abgeschlossen, davon regelten 859, gleich 17,3 Proz., die Arbeitsnachweisefrage. In diesen Fällen wurde meistens den bestehenden Arbeitnehmernachweisen die Arbeitsvermittlung übertragen. Ausgeschlossen paritätische Nachweise wurden im Jahre 1910 39, im Jahre 1911 54 in den Tarifverträgen vorgelesen. Eine Zusammenstellung der durch Tarifverträge für die Vermittlung vorgezeichneten Nachweise ergibt folgende Uebersicht:

	1910	1911
Nachweise überhaupt . . . . .	315	659
Arbeitgebernachweise . . . . .	5	2
Arbeitnehmernachweise . . . . .	249	577
Paritätische Nachweise . . . . .	39	54
Zunungsnachweise . . . . .	2	4
Kommunale Nachweise . . . . .	20	22

In diesen Angaben ist noch zu bemerken, daß die Verträge hauptsächlich für das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe Geltung haben. Es sind das zwei Berufsgebiete, in denen Tarife mit eng begrenztem Geltungsbereich die Regel bilden. Auch in den übrigen Gewerbezweigen haben die Nachweise meistens nur für kleinere Branchen Bedeutung. So weit die Arbeitsvermittlung durch Nachweise geregelt oder auch kontrolliert wird, geschieht das in der Hauptsache durch einseitige Unternehmernachweise. Nur für begrenzte Gebiete kommen die Arbeitnehmer- und die paritätischen Nachweise im allgemeinen in Betracht. Anzeichen im Ausreifen begriffen sind die kommunalen Nachweise. Sie funktionieren in der Hauptsache für ungelernete Arbeiter sowie für allerlei Kleinbetriebe. Jedenfalls müssen die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und Stadtverordneten die Handhabung solcher Nachweise im Auge behalten.

### Durchschnittsbeurteilung.

Der Reichskanzler hat mit Wirkung für die Zeit vom 1. Januar 1913 ab auf Grund der §§ 1008 und 1009 der Reichsversicherungsordnung die Durchschnittsbeurteilung festgesetzt, die bei der Bemessung des Jahresarbeitsverdienstes der zur Besetzung deutscher Seefahrzeuge gehörenden Personen in Unfallsachen zugrunde zu legen ist. Die Tabelle ist im „Reichsanzeiger“ vom 24. d. M. veröffentlicht.

### Minimallöhne in englischen Genossenschaftsbetrieben.

Aus London wird uns geschrieben: Die englischen Arbeiterinnen haben einen großen Erfolg zu verzeichnen. Nach jahrelangen Anstrengungen und Kämpfen ist es jetzt endlich gelungen, die Forderung eines Minimallohnes für Arbeiterinnen in der großen britischen Genossenschaftsbewegung zum Siege zu bringen. In der am Sonnabend stattgefundenen Vierteljahresversammlung der britischen Großhandelsgenossenschaft („Cooperative Wholesale Society“) wurde die von den beiden Organisationen der genossenschaftlichen Angestellten aufgestellte Minimallohnliste für die Arbeiterinnen mit einer Mehrheit von 139 Stimmen angenommen. Die Minimallohnliste ist die folgende: für Arbeiterinnen im Alter von

Wochenlohn	14	15	16	17	18	19	20
Jahren	5	7	9	11	13	15	17

Der Erfolg ist um so erfreulicher, als dieselbe Forderung im vorigen Jahre von den Direktoren der „Cooperative Wholesale Society“ mit einer Mehrheit von 650 Stimmen abgelehnt wurde. Als die Forderung zuerst aufgestellt wurde, erklärten die Leiter der Genossenschaft, sie nicht ohne gründliche Untersuchung bewilligen zu können. Diese Untersuchung ergab die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der weiblichen Angestellten weniger als diesen Minimallohn erhielten und daß die Erneuerung der Genossenschaft eine Mehrtausgabe von jährlich 35 000 Pfund Sterling verursachen würde. Das war den Leitern, die vielfach mehr auf Dividenden sehen als auf irgend etwas anderes, zu viel. Die Angestellten konzentrierten darauf die Agitation zunächst in den lokalen Genossenschaften, von denen ein großer Teil die Minimallohnliste nach und nach einführt. Die Delegierten in den Versammlungen der Großgenossenschaft in demselben Sinne zu wirken beauftragt.

Die Minimallöhne treten am Anfang des Jahres 1914 in den genossenschaftlichen Betrieben in Kraft: 2000—3000 Arbeiterinnen erhalten ihn sofort. Die „Cooperative Wholesale Society“ beschäftigt rund 7000 Arbeiterinnen, hauptsächlich in den folgenden Gewerken: Seifenfabriken in London und Manchester, Wollwerke in Renwick, Tabakfabriken und Gendens- und Wollfabriken in Manchester und Leeds, Schuhfabriken in Leicester, Wärmelödfabriken und Baumwoll- und Wollfabriken in Lancashire und Norfolk.

Die neuen Lohnsätze sind beträchtlich höher als die in kapitalistischen Betrieben gezahlten. Die Erneuerung ist auch deshalb erhellend, weil sie dazu beitragen wird, das gute Findernehmen der Genossenschaften und Gewerkschaften, das manchem viel zu wünschen übrig ließ, wieder herzustellen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Veranstaltungen — Versammlungen.

Berlin. Die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute, Sonntag, den 28. Dezember, im Gewerkschaftsausschuss, 16. Wilmersdorfer Straße, im Saale des Händlers, 16. Wilmersdorfer Straße, von 10 bis 12 Uhr. Regitation. Gesang. Eröffnung 10 Uhr, Beginn pünktlich 11 Uhr. Eintritt für erwachsene Gäste 20 Pf.

## Gerichts-Zeitung.

### Momentsbilder vom Kriminalgericht.

Im neuen Kriminalgericht geht alles seinen gewöhnlichen Gang. Man merkt, ohne große „Sache“ steht nicht an. Von allen Seiten ertönt das geschloßene, monotone Anrufen der Angeklagten und Beugen der Köpfe der Gerichtsdienner. Im Gerichtszimmer des Schöffengerichts sitzen der strenge Richter mit den beiden Schöffen nach Recht und Gesetz. Eben verläßt ein Angeklagter die Anklagebank; man weiß nicht, ob er ist verurteilt. Ein anderer wird aufgerufen, der Angeklagte, ein Schankwirt, welcher an Rheumatismus zu leiden scheint, sonst aber einen jenseitigen, gesunden Eindruck macht, tritt unter großen Anstrengung in die Anklagebank. Zwei Schulleute als Zeugen stellen sich in starrer Haltung vor den Vorsitzenden des Gerichts. Nach



Den üblichen Formalitäten werden sie vorläufig wieder hinausgeschickt. — Vorsitzender: Angeklagter, Sie haben gegen ein Strafmandat von 6 M. Widerspruch erhoben; wollen Sie denselben nicht lieber zurückziehen? — Angeklagter: Nein, ich bin unschuldig. Die beiden Schlichter verfolgen mich schon, seitdem ich mein Geschäft belege. Sie haben mich ruinert, ich muß mein Geschäft jetzt aufgeben. — Na, sagt der Vorsitzende, es wird wohl nicht so schlimm sein; wir wollen mal hören. Gerichtsdienner, rufen Sie den Zeugen A. Dieser erklärt, er und sein Kollege haben in der fraglichen Nacht festgestellt, daß der Wirt noch 10 Minuten nach der Polizeistunde Gäste im Lokal hatte. Er habe Feierabend geboten. Dann habe er und sein Kollege noch 6 Minuten vor der Tür gestanden; die Gäste seien aber nicht herausgetreten. Gleich darauf habe er sich bei der Normaluhr davon überzeugt, daß seine Uhr richtig ging. Auf Vorhalt des Angeklagten muß der Zeuge zugeben, daß nicht er, sondern sein Kollege im Lokal war. Weiter erklärt der Schlichter, nicht 10, sondern 3 Minuten nach der Polizeistunde kam der Schuhmann in das Lokal, die Gäste waren schon beim Gehen und haben auch das Lokal verlassen. „Meine Herren“, ruft er aus, „ich war auch Soldat, war Unteroffizier, habe mich immer ehrlich durch die Welt geschlagen, bin unbestraft, aber die (zeigt auf den Schuhmann) wollen mich vernichten.“ Urteil 3 M. — Der Angeklagte ruft: „Da gehe ich weiter, ich werde Zeugen bringen.“

Die Anklagebank betrifft nun ein alter, geküßt gehender Mann, nervös die Wähe in der Hand drehend. — Vorsitzender: Sie haben mit Zeitungen gehandelt und dabei den Verkehr gestört. Gegen das Strafmandat von 4 M. haben Sie Widerspruch erhoben. In einem Schreiben bekennen Sie sich schuldig, bitten aber um niedrigere Strafe. — Angeklagter: Ich bitte darum, der Verdienst ist so gering, daß er kaum zum Leben langt. Der Schuhmann wies mich auf die andere Straßenseite. Da kommt aber kein Mensch, welcher Zeitungen kauft. Als der Beamte weiterging, ging ich wieder hinüber. Ich habe aber nicht auf dem Trottoir gehandelt. — Auf Befragen erklärt der Schuhmann, daß sich der Angeklagte nicht entfernt bewegt habe. Urteil 2 M.

Nächste Sache: Verkehrsstörung durch Handel mit Zeitungen. Angeklagter bestreitet die Möglichkeit einer Verkehrsstörung. Der Schuhmann stellt auf Befragen des Vorsitzenden fest, daß der Verkehr gestört wurde. Urteil 3 M.

Und so geht's weiter. Auf dem Nachhauseweg unterhalten sich die Schöffen. Es sei doch eigentlich ungeschicklich, meint der eine, daß wegen solcher Pappalien gegen Leute, die schwach um ihre Existenz ringen, Strafen verhängt werden. Was soll denn aus den Leuten werden? War denn wirklich durch den Zeitungshandel der Verkehr gehindert, und konnte sich der Schuhmann nicht bei dem Schankwirt in der Zeit irren? „Schwie“, entgegnet der andere Schöffe, „aber Sie haben ja selbst auch für Verurteilung gestimmt.“ „Na ja, ich war zum ersten Mal Schöffe und da kann man sich erst kaum in die Sache hineinfinden. Erst jetzt überlege ich mir die Sachen.“ „Mir

geht's gerade so, man kommt eben aus dem Rathaus Käger heraus, als man hineingegangen ist.“

Wenden die Schöffen das nächste Mal weniger nach der Schablone urteilen? Sie haben das Recht, in Fällen, wo ihrer Ueberzeugung nach eine Strafe nicht am Platze ist, freizusprechen.

Ein fremdes Kesselschild an dem eigenen Fenster. Das letzte Heft der Reichsgerichtsentscheidungen enthält einen interessanten Beitrag zu der Frage, ob ein Kaufmann vor seinem eigenen Fenster eine fremde Kesselschild dulden muß. Der vom 26. Oktober 1912 datierte Entscheidung liegt folgender Rechtsfall zugrunde:

Die Klägerin hat im Hause Nr. 89 der Leipziger Straße in Berlin einen im Erdgeschoß liegenden Laden gemietet und darüber ein Firmenschild angebracht. Der Beklagte betreibt über dem Laden der Klägerin ein Geschäft mit Kaffee, Tee und Maschinen. Er hat dort an der Straßenseite des Wandpfeilers, der sich zwischen seinen Schaufenstern und über der Firmenaufschrift der Klägerin befindet, eine in die Straße hineinragende Lichtreklame angebracht: ein rundes Schild, das im Kranz weißer und roter Glühbirnen eine gemalte Kaffeemaschine zeigt. Anfang Oktober 1911 ließ die Klägerin an demselben Wandpfeiler dicht unterhalb der Lichtreklame einen 1 Meter hohen und 1 1/2 Meter breiten, in die Straße hineinragenden Kasten anbringen, der einen Teil der im ersten Stockwerk liegenden Schaufenster des Beklagten verdeckte. Auch soll er die Leuchtkraft der Lichtreklame des Beklagten beeinträchtigt haben. Der Beklagte erwirkte deshalb eine einstweilige Verfügung gegen die Hauselgentümer, worin er ermächtigt wurde, die Lichtreklame der Klägerin durch einen Gerichtsvollzieher entfernen zu lassen. Die Klägerin hat darauf Verfügungsantrag erhoben mit dem Antrage, daß der Beklagte zurückerstattet werde, die Lichtreklame wieder anzubringen und sich jeder weiteren Störung der Klägerin zu enthalten. Der Beklagte hat Widerklage erhoben auf Unterlassung jeder Anbringung von Lichtreklamen an dem Wandpfeiler zwischen seinen Schaufenstern.

Das Landgericht Berlin hat den Beklagten zurückerstattet, den abgenommenen Kasten wieder anbringen zu lassen. Dagegen hat das Kammergericht unter Abänderung des landgerichtlichen Urteils die Klage abgewiesen und der Widerklage des Beklagten stattgegeben. Das Reichsgericht hat ebenso das Recht auf Befestigung des Kastens anerkannt. Die Revision der Klägerin ist als erfolglos zurückgewiesen. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen wird hierzu ausgeführt: Die Frage, ob und welcher der Parteien der Besitz an der zur Anbringung der Lichtreklame benutzten Außenwand des Hauses zuzustand, hat das Kammergericht rechtmäßig im

Gegensatz zum Urteil des Landgerichts beanstandet. Im Anschluß an ein Urteil des 14. Zivilsenats des Kammergerichts vom 21. September 1900 hat es angenommen, daß bei Geschäftshäusern die Miete von Geschäftsräumen, mögen sie nun im Erdgeschoß oder in den oberen Stockwerken liegen, regelmäßig auch die Außenwand des Hauses mitumfaßt. In den oberen Stockwerken geht das Recht des Geschäftsinhabers an der Außenwand von der Unterseite der Fenster bis zur Unterseite der darüber befindlichen Fenster. Diese auf die Verkehrsstörung gegründete Annahme ist unbedenklich und hat sowohl in der Rechtslehre als auch in der Rechtsprechung des Reichsgerichts Anerkennung gefunden.

**Witterungsübersicht vom 27. Dezember 1912.**

Stationen	Barometer- Stand um Mitternacht	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer- Stand um Mitternacht	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Stettin	749.8	SW	3	bedeckt	4	Kaprun	752.8	SW	1	bedeckt	-10
Dresden	751.2	SW	3	Dunst	5	Petersburg	743.8	SW	1	bedeckt	0
Berlin	749.8	SW	3	bedeckt	6	Sofia	—	—	—	—	—
Frankfurt	750.8	SW	3	bedeckt	8	Wien	753.8	SW	1	bedeckt	—
München	750.8	SW	3	bedeckt	7	Paris	—	—	—	—	-1
Wien	754.8	SW	3	bedeckt	9						

Wetterprognose für Sonnabend, den 28. Dezember 1912. Mild und zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	26. 12.	25. 12.		26. 12.	25. 12.
Wemel, Mühl	383	383	Saale, Großh.	173	173
Regel, Unterburg	98	98	Havel, Spandau	71	71
Beißel, Thon	288	288	Havel, Rathenow	74	74
Ober, Ratibor	178	178	Spree, Spremberg	90	90
Kroffen	245	245	Deetsch	28	28
Frankfurt	261	261	Decher, Ränben	261	261
Barthe, Schrimm	174	174	Rhein, Rindem	385	385
Landsberg	107	107	Rhein, Maximiliansau	373	373
Rege, Barbaum	46	46	Rhein, Rindem	219	219
Gib, Zeitmerz	68	68	Rhein, Rindem	276	276
Dresden	46	46	Reder, Hellbrom	105	105
Barth	319	319	Rhein, Rindem	216	216
Wagdeburg	270	270	Weser, Trier	170	170

+) + bedeutet Hoch, — Fall, \*) Unterregel, \*) eistret.

**Der Clubfuß ist bewiesen**  
**Kronenbock**  
Der  
Ad. Jof. Dyloßbrunnmann Tiefenbrunn  
beginnt am Freitag, den  
3. Januar 1913.  
Die Qualität ist hervorragend!

**Zeitungs-Ausgabestellen**  
und **Inseraten-Aannahme.**

Zentrum: Albert Hahnisch, Adersstr. 174, am Koppenplatz.  
2. Wahlkreis, W.: Kurt Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochbatterre.  
S. und SW.: Hermann Berner, Oranienaustr. 72.  
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brunnstr. 31, Hof rechts part.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120.  
— Richard Hadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Naden).  
5. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lautherstraße 14/15.  
6. Wahlkreis: Les Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).  
7. Wahlkreis (Noah): Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.  
Wedding: J. Hönisch, Nazarethstraße 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Naden.  
Gesundbrunn: Blicher, Seifanstr. 6, Naden.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Weisenhagener Str. 27.  
Adlershof: Karl Schwarze, Dismarckstr. 50.  
Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Adenstedterstr. 6.  
Baumschulenweg: H. Dorning, Parthenstr. 13, I.  
Bernau, Röntgenal, Zepewick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Prose, Mühlstr. 5, Naden.  
Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Selenheimerstraße 1.  
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Radtke, Studienstraße 99.  
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: G. H. Seibarth, Petershagen.  
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Berner, Mühlstr. 5 in Steglitz.  
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Werlmann, Köpenicker Straße 18.  
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 6.  
Karlshorst: Richard Käter, Adelsstr. 9, II.  
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bannstr. 13.  
Köpenick: Emil Böhler, Riegerstr. 6, Naden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Naden).  
Mahlsdorf, Kausdorf, Biesdorf: P. Heßberg, Kausdorf, Ferdinandstraße 17.  
Mariendorf: August Leip, Chaussee, 296, Hof.  
Mariensfelde: Emil Wehnert, Berliner Str. 114 II.  
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leg, Wollersstraße.  
Neukölln: H. Heinrich, Redaistr. 2, im Naden; Neukölln, Ort: Robert Stegriedstraße 28/29.  
Nieder-Lehme: Karl Freitag.  
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Hrusch, Brückenstr. 10, II.  
Nowawes: Wilhelm Hoppe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide: Alfred Gader, Wilhelmstr. 17, II.  
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: H. H. H. H., Mühlstr. 30.  
Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: H. Gursch, Frosingstr. 56, Naden.  
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenfranz, Mühlstr. 56.  
Schenkendorf: H. König-Wusterhausen: Chr. Danjische, Dorfstraße 10.  
Schönberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Naden.  
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: H. H. H., Frosingstr. 56.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kiewitz, Borsigwalde, Mühlstraße 10.  
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.  
Tempelhof: Rob. Krohn, Dorffstraße 62.  
Treptow: Rob. G. G., Mühlstraße 412, Naden.  
Weißensee, Heinersdorf: H. H. H., Sedanstr. 105, part.  
Wilmsdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schuber, Wilhelmstraße 27.  
Zeuthen, Altdorf: Ernst H. H., Zeuthen, Wiedersdorfer Str. 14.  
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.



**PROBLEM**  
CIGARETTEN

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**  
**H. Walter** Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Greift zu!**  
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Borlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavallerieoffizieren kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2.50, 3.00 M. Ulster, sehr billig.  
Große Abteilung neuer Garderobe.  
Gr. Frankfurter Str. 98  
Moldauer, (Nähe Strausberger Pl.)  
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

**Abendkurse**  
Berlin: Reanderstraße 3 und Mathenower Str. 3.  
Technikum, Vorschule.  
Kgl. Regier.-Baumeister a. D.  
Dr. Werner, Fabaker.  
Vorbereitung frei.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

Liefere auch nach auswärts.

**Möbel-Lechner**  
Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.  
1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz  
2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße  
Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.— an  
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.— an  
Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.  
Vorsitzer dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.  
Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften begleichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.  
Sonntag geöffnet von 12—2 Uhr.

**Siem's Kraftfleisch**  
billigster und nahrhafter Tafel-Aufschnitt,  
hergestellt aus Ia Rindfleisch, unter behördlicher Aufsicht.  
Laut Analyse des Herrn Dr. A. Langhuth, beidseitiger Gerichtschemiker, enthält „Siem's Kraftfleisch“ alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, übertreibt letzteres an Nährwert und ist leicht und lastrestlos verdaulich!

Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.



Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk

Arbeiter-Bekleidung

Auto-Fahrschulen

Bäckereien, Konditor

Blotner's Großbäckerei

Brot-Fabrik, Vorwärts

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Bäckerei, Nordstern

Kanfr

Richard Reinke

Hermann Wendt

Wilhelma

Badenanstalten

Bad Ostend

Passage-Bad

Römer-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummw.

Reiche, A.

Wende, A.

Zarella

Belucht-Gegenst.

Carl Imme jun.

W. Schröder

Bettfedern u. Betten

G. Hebronds

Carl Henze

Max Schöne

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Dragen u. Farben

Amol

Reinh. Assmus

Knesebeck-Drop

Hermannstr. 37

Prinzenstr. 103

Hugo Schultz

Gabelbergerstr. 7

Werder-Drogerie

Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

Beerdig.-Anst. Sargm.

Bredlow

Otto Büttner

H. Fischer

Max Fuchs

H. Fischer

W. Urban

Berufsbekleidung

Kelner, Otto

RoterLaden

Bierbrauerei, Bierh.

W. Adeling u. A. Hoffmann

Akt.-Brauer

Brauerei Königstadt

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Groterjans

C. Habels Brauerei

Goldbier

Berliner Unions-Brauerei

Münchener Brauhaus Berlin

Löwen-Brauerei

Victoria-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus

Bunk, K.

C. Laurent

F. Müller

W. Rutschke

Topfplanzen aller Art

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

Drei Kronen

Fried. Göseke

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Kosmalla, E.

Gebrüder Manns

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Schulz, Arth. Nils, Hermannstr. 60

Eust. Schultze & Sohn

Schröter, R.

Uhlly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Cacao, Chocolate

Adler's Konditorei

Althaus, Krüger-Fein-Industrie

STOLWERCK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig

Cyliax, G.

Seiffert, R.

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hofer

Klein, Wilh.

J. Nothmann

G. & S. Peterke

W. Schuster

Alb. Werner

Damenkonfektion

Gallmann

Dombrowsky

Restat, J.

Oskar Wolfburg

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Alm, O.

W. Almer

Beutel, C.

Herm. Braun

Otto Belig

Emil Braun

G. Brucklacher

F. Beutel

Carl Jung

Franz Pfeifer

Eugen Houm

Junghuth, Hermannstr. 172.

H. Rockstroh

Rühmann, P.

Fr. Schubert

Seliach, Th.

E. Timm

Herm. Warschade

Arthur Weigel

Alex. Weimar

Fahrrad-, Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann

Fahrrad-Hans Frischaut

Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrad, Schellpitt

W. Malloschky

A. Tschow

Färberien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei

Berlin 50, Forsterstr. 5-6

Ch. Engelhardt

Filialen in allen Stadtteilen

G. Kulliek

W. Müller

Fischhandlungen

C. Dittmann

E. Pehling

Winkler & Barthold

Fleischer- u. Wurstw.

G. Amling

August Bienenr

Wilhelm Behr

Wurstfabrik

Spock- und Schinkensalzerel.

Berlin-Schöneberg

Beste und billigste Bezugsquelle

Hans Böhm

Anton Buchheim

A. Bentele

K. Christ

Ph. Christ

D. Darge

St. Doraszewski

W. Dör.

August Fenger

Feyerherm, F.

W. Friedmann

Oskar Fröhlich

Willy Gerike

Albert Gols

Fr. Gerlach

Gustav Girra

Rob. Gliese

Otto Grube

Gusinde, Rich.

Gutschmann's

O. Gleich

R. Griseker

Fr. Gutschmidt

Heinrich Höhne

Janik, C.

Fr. Jentek

R. Immitz

Heinr. Jochmann

Max Kallier

Wilhelm Kitz

F. Klarholz

Fritz Klein

Fritz Klasse

Bruno Keller

Otto Koch

Fritz Koebke

W. Korte

Bruno Kusche

Ernst Kolbe

A. Kruppm.

M. Kops

H. Kunert

A. Lange

Rob. Lindner

Neukölln

Wilhelm Liebherr

Fr. Lindemann

August Lincke

Emil Lindigkeit

L. Lochmann

Loebke, Joh.

Aug. Maar

M. Marcks

M. Maersberg

Max Metzler

R. Müller

A. Möbes Nchf.

Fleischwaren u. Wurstfabrik

Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4.

Georg Naumann

F. Neborowsky

Paul Nuss

Ptach

P. Reibel

Riedel, B.

Rodewald

Franz Rose

Ottomar Rudolph

Herm. Raudheld

A. Rehmet

Krause, Wilh., Nils, Hermannstr. 60

Ad. Mahnke

A. Samuel

Scholz, Osw.

Herren- u. Knabengard.

J. Baer

Decker, Julius

Herren-Moden-Vertrieb

Marcus, S.

L. Mamroth

Leske & Stapecki

Marcus, S.

J. Scholl

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Huthaus Norden

Beise, Rud.

M. Grund

Berl. Hut-Centrale

Hut-Eng.-Lager

A. Lemaitre

Rieck, Em.

Schoer, Herm.

Vester, E.

Zum Hutwinkel

Kaffee-Spezialgesch.

Unverleibt

Edi-Bais-Kaffee

Fernsprecher

Filialen SW.

Bei Abnahme

Kaffee-Surrogate

Otto Goetz

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co.

Hermann Bernhard

Kaufhaus Friedenau Rheinst. 48

B. Hennig & Co.

Kohlen, Koks, Bricketts

W. Pieper

Siemon, A. R.

Kolonialwaren

Babel & Hauke

G. Behrens

Budack, Franz, O.

Georg Burow

Og. Feist, Nkl.

A. Fiedler

Reik

Fritz Gerull

Hokenkamp & Neumann

Helmeke

Fritz Hübler

Kohle, W.

Kramer, Rich.

Lips, Chamissoplatz 8

Lossler, G.

Karl Mercier

H. Müller

Müller, G.

Priebe, E.

A. Ramhold

Carl Robra

Willy Rohne

Runge, Otto

A. Sägebarth

Schneider, F.

Scheffler, Carl

Fritz Scheel

Schlechter, Emil

Rudolf Sprengler

W. Thomas

W. Tack

W. Wegener

Korbwar., Kinderwag.

Mietzners

Krankenbedarfsartik.

Lange, A. E.

Lederwaren

Aspermeier

Hermann Callies

Taschen-Müller

Lehranstalten

Zuschneide-Akademie

Mehlhandlungen

Bordasch

Untenstehende Geschäfte

empfehlen sich bei Einkäufen

Bernhard Danne

C. E. Fink

Haltf, Herm.

Bethke, Georg



Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Galensee. Am Montag, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 116: Generalversammlung des Wahlvereins.

Niederlehne-Weide. Heute Sonnabend, den 28. d. Mts.: Extra-Zahlabend.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Weihnachtsfeier in Glienicke bei Altermann.

Rosenthal-Wilhelmsruh. Die Silvesterfeier des Wahlvereins findet im Lokal von G. Milbrodt statt.

Berliner Nachrichten.

Grüne Weihnachten.

Keine Flocke Schnee, kein Frost und Eis — so präsentierten sich die Weihnachtsfeiertage. Gelegentliche Böen und Regenschauer, abwechselnd mit häufig durchbrechender Sonne, erinnerten fast an Aprilwetter.

Eine schöne sportliche Weihnachtsfeier im Grünen hatte am ersten Feiertage zahlreiche begeisterte Anhänger des Fußballsports nach Alt-Weikensee geführt.

Der Fortbezug russischen Fleisches. Der Magistrat beriet in der gestrigen Sitzung über die Möglichkeit des Fortbezuges russischen Fleisches während der wärmeren Jahreszeit.

Aus der Grundstücks- und Wohnungsstatistik Berlins werden von der Steuerverwaltung der Stadt in ihrem neuesten Verwaltungsbericht wieder einige Zahlen veröffentlicht.

stüde (einschließlich unbebaute, aber benutzte) von 28 641 auf 28 816, um 175, die Wohnungen sowie Dienst-, Geschäfts-, Arbeits-, Lagerräume von 619 227 auf 657 332, um 38 105, während das vorhergehende Jahr ein Plus von 181 benutzten Grundstücken und von 6831 Wohnungen usw. gebracht hatte.

In der Säuglingsfürsorge findet im Januar wieder ein wertschätzender Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt.

Verbilligte Hochbahnfahrten.

Seit Anfang November ist auf sämtlichen Haupt- und Nebenstrecken der Hochbahngesellschaft und der in Tarifgemeinschaft mit der Gesellschaft stehenden Schöneberger Bahn ein ermäßigter Tarif eingeführt worden.

Der bisherige 16 Pfennig-Fahrtpreis ist ermäßigt auf 10 Pf. für die Strecken: Bülowstraße bis Bismarckstraße oder Hauptstraße; Rollendorfsplatz bis Wilhelmplatz oder Sophie-Charlotten-Platz; Wittenbergplatz bis Kaiserdamm oder Hauptstraße; Zoologischer Garten bis Reichstanzlerplatz oder Stadtpark; Charlottenburg Anie bis Bayerischer Platz; Bismarckplatz bis Viktoriavillen-Platz; Goltzsches Tor bis Barshauer Brücke; Mödornbrücke bis Schleißisches Tor.

Der 20 Pfennig-Fahrtpreis ist auf 15 Pf. herabgesetzt für die Strecken: Bülowstraße bis Reichstanzlerplatz; Wilhelmplatz bis Stadtpark; Sophie-Charlotten-Platz bis Stadtpark; Kaiserdamm bis Bayerischer Platz; Reichstanzlerplatz bis Viktoriavillen-Platz; Bismarckstraße bis Hauptstraße.

Statt bisher 25 Pf. werden jetzt 20 Pf. erhoben für die Strecken: Friedrichstraße bis Reichstanzlerplatz; Hansvogteiplay bis Kaiserdamm; Spittelmarkt bis Wilhelmplatz oder Sophie-Charlotten-Platz; Reichstanzlerplatz bis Hauptstraße oder Prinzenstraße; Barshauer Brücke bis Spittelmarkt oder Anie oder Stadt-park; Schleißisches Tor bis Bismarckstraße oder Hauptstraße; Drantienstraße bis Wilhelmplatz oder Sophie-Charlotten-Platz; Kottbuser Tor bis Kaiserdamm.

Endlich ist der 30 Pfennig-Fahrtpreis ermäßigt auf 25 Pf. für die Strecken: Barshauer Brücke bis Kaiserdamm und Reichstanzlerplatz; Schleißisches Tor bis Reichstanzlerplatz.

Die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, den 9. Januar, statt. Die Tagesordnung ist eine umfangreiche.

Die Irrenhaus-Leidensgeschichte eines „Querulanten“, über die im Gerichtsteil unserer Weihnachtsnummer berichtet wurde, hat im Verlauf der Rechtsverfolgung für den nach dem jetzt rechtskräftig gewordenen Urteil des Bezirksauschusses also unendlich zwei Jahre in der Irrenanstalt Herzberge interniert gewesen.

Der Fortbezug russischen Fleisches. Der Magistrat beriet in der gestrigen Sitzung über die Möglichkeit des Fortbezuges russischen Fleisches während der wärmeren Jahreszeit.

nur das Sprachrohr der Anstaltsdirektion war, sich in der Beurteilung der Sachlage ganz gründlich geklärt hat.

Das Urteil des Bezirksauschusses kann von weittragender Bedeutung sein. Dem Eingeweihten ist es bekannt, daß unter argstem Mißbrauch des Begriffs „Querulantenwahn“ in den Irrenanstalten noch viele Hunderte schmachten, die nach dem jetzigen Richterpruch entlassen werden müßten.

Beil dem vierten Sohne des Kaisers ein Prinz geboren wurde, wurden am zweiten Feiertage abends gegen 6 Uhr im Lustgarten 72 Salutgeschüsse abgefeuert.

Der Schulanfang. Auf Antrag der städtischen Schuldeputation hat sich das Kgl. Provinzial-Schulkollegium damit einverstanden erklärt, daß nicht nur im Sommer 1913, sondern bis auf weiteres der Schulanfang um 8 Uhr beibehalten wird.

Stadttrat Dr. Ledermann hat um seine Pensionierung zum 1. April 1913 nachgesucht, wegen seines andauernd leidenden Zustandes.

Die Weihnachtshändler auf dem Leipziger Platz, die dort alle Jahre ihre Verkaufsbuden hatten, haben in diesem Jahre zum letzten Male an dieser Stelle ihre Waren verkauft.

Gasvergiftungen

haben an den Feiertagen schwere Folgen gehabt. Im Hause Krantzstraße 40 wurde der Schuhmacher Gustav Richter mit seinen drei Kindern in bewußtlosen Zustände aufgefunden.

Am ersten Feiertag vormittags nahmen Bewohner des Hauses Lenbachstr. 14 zu Lichtenberg intensiven Gasgeruch wahr und entdeckten, daß dieser aus der Wohnung der Kaempffschen Eheleute drang.

Im ersten Stock des Hauses Eberthstr. 28 wohnt seit längerer Zeit der 72 Jahre alte Privatier, frühere Kolonialwarenhändler August Karon mit seiner um ein Jahr jüngeren Ehefrau Elvina geb. Karon und seiner 32 Jahre alten Tochter Vertha, die als Buchhalterin in einem größeren Geschäftshause tätig ist.

Wie dem schwerkranken Kinde abgewiesen. Ein Leser im Vorort Südbende schreibt der „Deutschen Tageszeitung“: „Meine in Stettin wohnende verheiratete Tochter wollte mit ihrem Mann und ihren beiden Knaben im Alter von 8 und 4 Jahren zu Besuch bei mir in Südbende. Der älteste der Knaben erkrankte in der Nacht zum zweiten Feiertage plötzlich an Diphtherie.“

Der Magistrat dürfte nicht umhin können, zu der Sache näher zu äußern. Insbesondere auch über die Funktionen des



Portiers, aber dessen Wollen in diesem Krankenhaus und wiederholt Klagen zugetragen werden.

Zusammenstoß eines pringlichen Automobils mit einem Schlächterwagen. Als gestern nachmittags das Auto des Prinzen Friedrich Leopold mit einem Sohn des Prinzen durch Nowa's fuhr, stieß es in voller Fahrt an der Ecke der Wilhelm- und Grenzstraße mit einem eben um die Ecke liegenden Schlächterfuhrwerk zusammen. Dieses ging in Trümmer, und der auf dem Ausfahrband des Wagens stehende Pionier Willi Delock wurde gegen einen Baum geschleudert. Er erlitt einen schweren Rippenbruch und einen Kervenschlag und mußte nach dem nahen Kreis-Krankenhaus gebracht werden. Der Prinz ist nicht verletzt worden.

#### Wenn man ein Menschenleben retten will.

Auf einer Hilfswoche ist es drei Leuten, die einem Menschen in Lebensgefahr ihren Beistand geleistet hatten, sehr sonderbar ergangen. Am Montag, nach 9 Uhr abends, wurde im Hause Kurfürstenstraße 149 der Zigarrenhändler Langberg in dem Laden, den er dort inne hatte, von einem Unfall betroffen. Nachdem er die Ladentür abgeschlossen hatte, passierte es ihm, daß ihm an einem Fuß eine Krampfader platze. Der Blutverlust scheint sofort sehr stark gewesen zu sein, so daß Langberg wohl bald von Schwäche befallen wurde. Da er sich ganz allein in dem verschlossenen Laden befand, so war er hilflos. Er konnte nur noch durch seinen Telefonbenutzungsanschl. den Hausportier alarmieren, der das Telefon zu bedienen hat. Der Portier hörte am Telefon weiter nichts als ein paar schwache Ausrufe: „Hilfe! Hilfe!“ und erkannte an der Stimme, daß Langberg rief. Da er im ersten Augenblick annahm, daß Langberg von einem Einbrecher überfallen worden sei, so hämmerte er gegen die Ladentür und wollte sie aufbrechen. Inzwischen hatte Langberg sich noch nach der auf den Flur hinausführenden Tür zu schleppen und diese zu öffnen vermocht. Hier sank er mit dem Ausruf: „Ich verblute!“ dem Sohn des Hausportiers in die Arme. In der Wohnung zeigte sich eine große Blutlache, so daß auf neue die Annahme entstand, Langberg sei das Opfer eines Ueberfalles geworden. Der Portier und sein Sohn sowie ein aus einem Nachbarhause herbeigerufener Portier schafften den fast Bewußtlosen in einer Drochse nach der Hilfswoche in der Steglitzer Straße. Nachdem sie ihn hineingetragen hatten, entspann sich zwischen dem Portier des Hauses Kurfürstenstraße 149 und einem Angestellten der Hilfswoche — es ist nicht sicher zu ermitteln gewesen, ob es ein Arzt oder ein Wärter war — ungefähr folgendes Gespräch. Angestellter: „Sie können gehen!“ Portier: „Aber ich muß doch erst wissen, was der Mann fehlt.“ Angestellter: „Sie können gehen, das andere werde ich schon machen.“ Portier: „Aber, Herr, ich bin der Portier, ich muß doch die Frau benachrichtigen.“ Angestellter: „Ich habe Ihnen gesagt, Sie sollen gehen; wenn Sie gebraucht werden, werden Sie geholt.“ Das sagte der Herr, obwohl er noch gar nicht wußte, wer das war, der ihm den Kranken eingeliefert hatte. Auch von dem Kranken selber kannte er weder den Namen noch die Wohnung. Erst als der Portier und seine Begleiter sich zum Gehen wandten, fiel dem Angestellten der Hilfswoche das ein. „Ach so! Wie heißt der Mann?“ rief er. Aber der Portier lehnte ab: „Jetzt haben wir beide nichts mehr abzumachen.“ Er ging und benachrichtigte die Berliner Polizei von dem Unfall und ließ dann durch Vermittelung der Reußlitzer Polizei die in Reußlitz wohnende Gattin Langbergs herbeirufen. Langberg starb am anderen Morgen an den Folgen des Blutverlustes.

Ueber die Verhandlung, die ihnen auf der Hilfswoche widerfahren ist, sind die drei erpörrt. Daß sie dort sofortige Aufklärung über die Art des Unfalles zu haben wünschten, ist begreiflich. Gemüht war für das Personal der Hilfswoche die allererste Pflicht die, dem Verunglückten zu helfen. Aber die drei Personen, die ihn zur Hilfswoche gebracht hatten, wären dort keinem im Wege gewesen. Statt sie kurz hinauszujagen, hätte man sie im Vorraum warten lassen können, bis sich Zeit fand, ihnen Auskunft zu geben. Dieses Ergebnis auf der Hilfswoche ist, wie sich denken läßt, über den Kreis der Rächbeteiligten hinaus bekannt geworden und wird viel besprochen. Vielleicht wird der Magistrat es für nötig halten, öffentlich zu erklären, wie er über das Verhalten jenes Angestellten denkt. Einstweilen halten wir es für nötig, öffentlich die Bitte auszusprechen, daß durch solche Erfahrungen niemand sich abhalten lassen möge, Kranke oder Verletzte nach Hilfswagen zu bringen.

Marken für die Zeitkarten der Straßenbahn. Die Große Berliner Straßenbahn hat eine Einrichtung getroffen, die dem Publikum die Beforgung der Marken für die Zeitkarten zu Ende und Anfang des Monats wesentlich erleichtert wird. Sie hat nämlich den Kreis der Stellen, an denen solche Marken erhältlich sind, dadurch erweitert, daß sie auch der Firma Paul Juhl den Verkauf von Marken zu 7,70 M., 10,20 M., 20,40 M., sowie der Schalkermolen im Werte von 8 und 4 M. übertragen hat. Der Verkauf findet vom 28. jeden Monats bis zum 5. des folgenden Monats statt.

Außerdem sind die Marken noch wie bisher an folgenden Stellen erhältlich:

- Bei der Hauptausgabestelle Leipziger Platz 14, Eingang II, werktäglich von 8 bis 4 Uhr, am ersten und letzten Werktage im Monat von 8 bis 6 Uhr;
- bei der Zweigstelle Rollendorfsplatz (Hochbahnrampe) am vorletzten und zweiten Werktag im Monat von 8 bis 4 Uhr, am ersten und letzten Werktag im Monat von 8 bis 6 Uhr;
- auf sämtlichen Betriebsbahnhöfen vom 25. jeden Monats bis zum 10. des nächsten Monats werktäglich von 8 bis 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 2 Uhr und
- in allen Geschäften der Firma A. Jandorf u. Co., im Warenhaus des Bestens, im Warenhaus Joseph u. Co., Reußlitz, Berliner Str. 64/65, Ecke Jägerstraße, im Warenhaus Wilhelm Stein, Berlin N., Chausseest. 70/71, sowie im Bureau des Vereins junger Kaufleute von Berlin, O. Wehlfstraße 20 II.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am ersten Feiertag vormittags in Pantow. Vor dem Hause Berliner Str. 26 verließ die 75jährige Frau Rapprecht, trotz der Warnung des Schaffners, während der Fahrt den Straßenbahnwagen, kam zu Fall und zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß sie auf dem Transport in ihre Wohnung verstarb.

Vor dem Hause Prinzenstr. 81 verließ die Verkäuferin Emilie Schulze den Straßenbahnwagen 3021 während der Fahrt, stürzte jedoch und zog sich eine Verletzung des Hinterkopfes sowie eine Gehirnerschütterung zu, so daß sie nach dem Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Am Heiligabend Selbstmord verübt hat der 20 Jahre alte Mechaniker Johann Schendler aus der Ludenarberstr. 7. Der aus Nürnberg stammende junge Mann war seit einem Jahre in Berlin anständig. Seit längerer Zeit war er ohne Beschäftigung und bemühte sich vergeblich, wieder neue Arbeit zu finden. Jetzt hatte er alle seine Ersparnisse verbraucht, konnte keine Miete mehr bezahlen und mußte aus Hunger leiden. Seine Not ging ihm besonders am Heiligabend sehr zu Herzen. Als er allein in seiner Schlafkammer war, machte er seinem Dasein durch Erhängen ein Ende. Seine Wittin fand ihn bald darauf auf, doch war sein Tod bereits eingetreten.

Einen schmerzigen Fund machten Donnerstag nachmittags zwei Anaben an der Fischerbrücke. Sie sahen dort in der Spree ein vermisertes Paket schwimmen, angelten es heraus und öffneten es. Zu ihrem großen Entsetzen fanden sie darin zwei Krone, einen Fuß und den Kopf eines neugeborenen Kindes. Mit ihrem schrecklichen Fund liefen sie zu ihren Eltern, die das Paket der Polizei übergeben. Diese ließ die Körpertheile nach dem Schauhause bringen.

Die Verhaftung eines Mordbuben wurde Ende November aus Großlichterfelde gemeldet. Auf dem Kieselgut Osdorf sollte ein gefährlicher Ein- und Ausbrecher Albert Rogel, der wieder mehrere Mordverbrechen auf dem Kieselgut hat, ergriffen und unschädlich gemacht worden sein. Es hat sich herausgestellt, daß der gefährliche Verbrecher wohl in der Gegend von Osdorf und Lichterfelde sich aufgehalten hat, ergriffen ist er jedoch nicht. Die irdige Meldung von seiner Verhaftung ist wohl nur darauf zurückzuführen, daß man in jener Gegend eilig nach ihm geforscht hat. Der Verloste, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 500 M. ausgeschrieben ist, ist 1,72 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und tritt sehr gewandt auf. Früher pflegte er den Buzinischpoker zu spielen. Die Kriminalpolizei vermutet, daß er sich jetzt noch in Berlin oder seiner näheren Umgebung aufhält.

Durch Starkstrom getötet. Am Freitag vormittag wurde in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Vennstr. 107a, der 23jährige Kranführer Wilhelm Lamprecht, Grünhalden Straße 80 wohnhaft, in dem Stabe eines Lastkrans ansehend durch Berührung mit der Stromschiene vom Herzschlag getroffen und verstarb bald darauf im Lazarett-Krankenhaus.

Beethovenfeier für die arbeitende Jugend Berlins. Zwei Ueberblicke haben kurz hintereinander zum Herzen unserer werktätigen Jugend gesprochen. Erst Schiller, und am zweiten Weihnachtsstage Beethoven! Das war ein Weibchen in Lünen, wie es die deutsche Arbeiterklasse, geschweige denn ihr jüngerer Nachwuchs kaum jemals erlebt hat. Genosse Paul Göhre leitete die Feier ein durch eine gedrungene, befördernde Ansprache, die schließlich als ein oratorisches Meisterstück zu bezeichnen ist, und in der er Beethovens Jahrhundertüberlebende Persönlichkeit in ihrem grandiosen Wachen und Reifen der arbeitenden Jugend zum leuchtenden Vorbild eines nachstrebenden Strebens vor Augen stellte. Aber dann redete der Musikeros selber durch die Künstler-Innen, nämlich das von Oskar Fried so hervorragend geleitete Bläser-Orchester. Drei große Instrumentalwerke: die Pastorale-Sinfonie, das Violinsonnert Opus 61, D-Dur, in dem Nicolas Paganini die Geige voll wunderbarer technischer wie künstlerischer Vollendung klingen und erklingen ließ, und die im gleichen Jahre (1807) geschaffene Leonoren-Ouverture Nr. 3. Endlich lang Kränlein M. Stapelfeldt, eine Klavierspielerin von großartiger, dabei edler Stimmgewalt, zwei Beethovenische Lieder, die Herr Scholz in seiner stets durch seltene Feinheit gekennzeichneten Weise auf dem Flügel begleitete. Der phänomenale Vortrag löste wahren Jubel aus und bewirkte, daß die Künstlerin noch eine Gabe, nämlich den Hymnus „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ spendete, wonach dann das ganze Konzert einen grandiosen Abschluß empfing. Bemerkenswert ist, daß Leo Reisinger dies weihnachtliche Programm zusammengestellt hat, während die erklärenden Begleittexte von den Herren Dr. Ernst Jander und Dr. Hugo Weidmann gegeben wurden. Zutreffend wird in dem Text zur Leonoren-Ouvertüre der Gouverneur (Bizarro) als Ketter Florestans bezeichnet. Es ist aber der Minister.

Automobilunglück. Frau Dr. Vobed aus Charlottenburg befand sich Donnerstagsabend mit ihren drei erwachsenen Töchtern zum Besuche bei ihrem Schwager, dem Direktor des Realia-Theaters Schönfeld. In der Nacht wollte die Dame mit ihren Töchtern in ihrem eigenen Automobil nach Hause fahren. Unterwegs, bei der Kreuzung der Wilmannsstraße mit dem Kurfürstendam, erfolgte zwischen dem Automobil der Frau Dr. Vobed und einem anderen Kraftwagen, die beide mit erheblicher Geschwindigkeit fuhren, ein so heftiger Zusammenstoß, daß die beiden Kraftwagen zerschmettert und die vier Damen auf die Straße geschleudert wurden. Man brachte die Verunglückten nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo man erhebliche Kopfverletzungen, Hautabschürfungen und Kervenschlag bei allen feststellte. Nach Anlegung von Verbänden erfolgte ihre Ueberführung nach ihrer Charlottenburger Wohnung.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Sonntagskurse des letzten Quartals beschäftigen morgen (Sonntag) das Bergbau- und Hüttenmuseum in der Bergakademie, Invalidenstr. 44, mittags 12 Uhr. Vor Beginn der Besichtigung, die unter besonderer Führung stattfindet, hält der Genosse Grünwald im großen Hörsaal der Bergakademie einen Vortrag über die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kohle und Eisen.

Jungen gefußt. Am 10. September, abends gegen 7 Uhr, wurde ein älterer Herr Ecke Vorplatz- und Einnahmestrasse von einem Koffelwagen überfahren. Der Koffelwagen und ein Herr Wied, welcher keine Karte, die jedoch keine Adresse trug, übergab, sowie die übrigen Zeugen, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten an: H. Schmidt, Graunstr. 83.

Kußballspiele. Am kommenden Sonntag finden in der 1. Klasse folgende Spiele statt: Schöneberg gegen Bichte 9 in Mariendorf, Bismarckstraße (Wanke Hölle), Charlottenburg gegen Bichte 1 in Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Str. Spielbeginn 2 1/2 Uhr.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Der Bezirksausschuß zu Potsdam hat das Stadtverordnetenmandat des Architekten Franz Lassen für ungültig erklärt. Architekt Lassen war im ersten Kommunalbezirk an Stelle des verstorbenen Precht gewählt. Gegen die Gültigkeit dieser Wahl wurde von unseren Genossen die Anfechtungsklage erhoben, weil der Wahlvorstand aus mehr als drei Personen bestand, ferner waren die Wahlgeschäfte im Vorstadium nicht ordnungsmäßig verteilt. Der Vorsteher hatte den Namen des zu Wählenden vom Stimmzettel abgelesen und die sozialdemokratischen Wähler aus dem Lokal gewiesen, weil dieselben es gewagt, ihn auf sein gefetziges Verhalten aufmerksam zu machen. Der Wahlakt wurde alsdann geschlossen, ohne auch die hierfür bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Als jedoch noch ein Wähler erschien, wurde der Wahlakt wieder eröffnet. Obwohl alle diese Verstöße gegen die Stadtordnung der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wurden, erklärte die liberale Mehrheit die Wahl für gültig. Als nunmehr vom Bezirksausschuß Verweis erhoben, wurde es der Versammlung nahe gelegt, einen anderen Beschluß zu fassen, selbst die Juristen in der liberalen Mehrheit erkannten die Stichhaltigkeit der Gründe an und stimmten dem zu. Mit zwei Stimmen Mehrheit wurde nochmals die Gültigkeit der Wahl beschlossen.

Der Bezirksausschuß hat nunmehr diesen Beschluß im oben mitgeteilten Sinne korrigiert. Unter Darlegung der Bestimmungen der Stadtordnung über die Zusammenlegung des Wahlvorstandes sowie die Regelung des Wahlgeschäftes wird in dem Urteil folgendes gesagt: Eine derartige Regelung der Stellvertretung ist im vorliegenden Falle, wie die Akten der Stadt ergeben haben und die Beweisaufnahmen in vollem Umfange bestätigt hat, unzweifelhaft nicht erfolgt. Auch ist aus den Verhältnissen nicht ersichtlich, welche von den vier Weißer-Stellvertretern an die Stelle des einen oder des anderen Besitzers zu treten haben würden. Eine solche dem Gesetz nicht entsprechende Bildung des Wahlvorstandes muß die Ungültigkeit der stattgefundenen Wahl zur Folge haben.

Die Mängel bei der Zusammenlegung des Wahlvorstandes haben sich, wie die Beweisaufnahme gezeigt hat, bei der Wahl selbst in vollem Umfange fühlbar gemacht. Bei den Wählern ist der nach dem Gesetz aus drei Personen bestehende Wahlvorstand als solcher nicht erkennbar gewesen. Diese haben vielmehr, als mit Recht oder mit Unrecht sei dahingestellt, den Eindruck gehabt, daß 5 bis 6 Personen als Wahlvorstand tätig seien, eine ordnungsmäßige Verteilung der Geschäfte im Wahlvorstande nicht stattgefunden habe, und daß infolgedessen die Sicherheit bei der Leitung des Wahlgeschäftes dem Vorstehenden mangelte, wie die Vorgänge bei dem Schluß des Wahllalles auch zur Genüge darzulegen haben. Endlich hat dieser Mangel im Wahlvorstande selbst zu den

Auseinanderlegungen geführt, die mit der Ausweisung der beiden Weißer-Stellvertreter Kleinmann und Hermann endeten. Denn Kleinmann und Hermann sind anscheinend der Meinung gewesen, daß sie zum Wahlvorstande gehörten und deshalb befugt seien, Erinnerungen gegen die Maßnahmen des Vorsitzenden zu erheben, während der Vorsitzende der Ansicht gewesen ist, daß die genannten Personen zu der Zeit nicht dem Wahlvorstande angehört und demgemäß zu Einwendungen nicht befugt seien.

Nach vorliegendem kann der Anschauung des Beklagten, daß die Forderung der Festlegung einer bestimmten Reihenfolge der Stellvertreter nicht den praktischen Bedürfnissen entspreche, in seiner Weise beigetreten werden. Vielmehr ist die Bedeutung auf praktischem Gebiete zu suchen. Was endlich die Einwendung des Beklagten betrifft, daß im Falle der Festlegung einer bestimmten Reihenfolge der Stellvertreter bei einer Obstruktion der Weißer und ihrer Stellvertreter die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen nicht möglich sein werde, so muß dem entgegengehalten werden, daß die Gefahr einer Obstruktion auch dann noch vorhanden sein könnte, wenn die Reihenfolge der Stellvertreter nicht feststeht. Da im übrigen die Zahl der Stellvertreter durch das Gesetz in seiner Weise beschränkt ist, muß es Bürgermeister und Stadtverordneten-Versammlung überlassen bleiben, durch Wahl und Ernennung der nötigen Anzahl geeigneter Personen zu Mitgliedern und Stellvertretern im Wahlvorstande der Gefahr einer Obstruktion, falls eine solche besteht, nach Möglichkeit zu begegnen.

Offiziell über die Belehrung durch den Bezirksausschuß auf die liberale Mehrheit bei ihrer nochmaligen Beschlußfassung in dieser Frage einen entscheidenden Einfluß aus.

### Treptow-Baumschulweg.

Wegen zu hartem Andrang und auf vielseitigen Wunsch steht sich der Turnverein „Jahn“, Treptow, veranlaßt, die am 1. Weihnachtstage in Speers Festsaal veranstaltete Kinderfeier (64 Mitwirkende) am Sonntag, den 20. Dezember zu wiederholen. Die eventuell noch nicht benutzten Billets haben hierzu Gültigkeit. (Näheres am Sonntag im Inseratenteil des „Vorwärts“.)

### Ober-Schönheide.

Eine Weihnachtsfeier, bestehend in Instrumentalkonzert der Kapelle v. Wion, Rezitationen des Herrn Kehler, sowie einer Festrede des Schriftstellers John wird am heutigen Abend im Lokale von Prochowski, Markhauser Str. 10, für die Arbeiterjugend veranstaltet. Die Teilnahme ist für Jugendliche unter 18 Jahren frei, von Erwachsenen werden 25 Pf. Eintrittsgeld erhoben. Es wird um rege Beteiligung an dieser Veranstaltung gebeten.

### Brix-Buckow.

Die Verpachtung von Gemeindefeld zu Laubenzweiden forderte ein Antrag, den eine Kommission an die Gemeinde gestellt hatte. Als jener verpachtete die Gemeinde das freie Land an einen Generalpächter für einen äußerst niedrigen Preis. Angesichts der gegenwärtigen Teuerung glaubte man, daß die Gemeindevertretung der wertvollen Bevölkerung unter Anschaffung des Generalpächters das Land ebenso billig verpachten werde. Die Gemeindevertretung lehnte zwar den Antrag nicht rundweg ab, sie hat aber als Laubland ein etwa zwölf Morgen großes Gelände an, das meist aus aufgeschüttetem Sand und Schutt vom Bau des Teilmotors her besteht und daher als Laubland völlig ungeeignet ist. Dieses Beispiel zeigt, wie unzulässig die Mehrheit der Gemeindevertretung, die von der Wertlosigkeit dieses Geländes zu Laubenzweiden unterrichtet ist, gegenüber der wertvollen Bevölkerung handelt. Wie dieselbe Gemeindevertretung auf der anderen Seite die Interessen der Gemeinde außer acht läßt, zeigte sich bei der Behandlung eines zur Verpachtung stehenden Grundstückes des Gemeindevorstandes, der den Verkauf eines glänzigen Grundstückes fordert. Obwohl die Gemeindefinanzen äußerst ungünstig stehen, lehnten die bürgerlichen Vertreter den Verkauf des Grundstückes, das für die Gemeinde erhebliche Gewinne gebracht hätte, ab. Der Grund ihrer sonderbaren Haltung in dieser Frage ist nur darin zu suchen, daß sie irgendeinem Privatbesitzer das wohlfeile Gelände nicht entgehen wollten. Und diese Vertreter erklären sich noch ganz unverfroren als Vertreter von Allgemeininteressen.

### Kallberg-Rüdersdorf.

Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich vor einigen Tagen beim Neubau der Portlandzementwerke E. D. Wegener. Der 17jährige Arbeiter August Engler aus Werfelde geriet dort mit einem Fuße so unglücklich in eine Kollmühle, daß ihm derselbe vollständig abgerissen wurde. Der Verunglückte mußte sofort nach dem Rüdersdorfer Verbandskrankenhaus gebracht werden, wo ihm das Bein am Dienstag bis zum Knie amputiert wurde.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Durch Kohlenzugdas vergiftet ist am Abend des 28. Dezember die 17jährige Tochter des Scheerenschleifers Teppo, Kollerstraße. Das Mädchen heizte in ihrem Zimmer den Kachelofen, welcher noch mit einer Klappe versehen ist und legte sich alldann schlafen. Am anderen Morgen fand die Mutter das junge Mädchen bewußtlos in ihrem Bett auf. Zwei hinzugezogene Ärzte bemühten sich vergeblich um das Mädchen, es verstarb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, am 26. Dezember, früh 5 1/2 Uhr. Der Vater des Mädchens hatte sich inzwischen nach Berlin begeben, um einen Sauerstoffapparat herbeizuschaffen, er kam aber leider mit diesem Apparat zu spät. Am Ort selbst ist ein derartiger Apparat nicht vorhanden. Es ist hier ein Kreis-Krankenhaus, eine Sanitätskolonne und eine freiwillige Feuerwehr, und keine dieser Anstalten hat einen Sauerstoffapparat. Die Stadt gibt für jeden Schlingentummel, Radfahrer-Veranstaltung usw. Geld für Ehrenpreise usw. aus, um angeblich der Allgemeinheit zu nützen, aber für derartige familiäre Einrichtungen ist kein Geld da.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Waldenburg. Am Montag, den 30. Dezember, abends 6 Uhr, in der Aula der Mädchenschule, Kallhausstraße. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Wahlprüfungen.

Friedrichsfelde-Karlshorst. Heute Sonnabend, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, und Montag, den 30. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, im Schulgebäude zu Karlshorst, Auguste-Viktoria-Str. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumohnen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Am 29. Dezember finden folgende Wanderungen statt: I. Biesdorf, Kallshorst, Heideberg, Treptow, Schleißer Bahnhof 8 1/2—9 Uhr. II. Hohenschönhausen, Adenitz, Kallshorst, Heideberg, Treptow, Schleißer Bahnhof 9—10 Uhr. III. Heideberg, Bogenhof, Kallshorst, Heideberg, Kallshorst, Heideberg, Treptow, Schleißer Bahnhof, 10—11 Uhr. IV. Karlshorst, Bogenhof, Heideberg, Treptow, Schleißer Bahnhof, 11—12 Uhr. V. Kallshorst, Heideberg, Treptow, Schleißer Bahnhof, 12—13 Uhr.

Wahlkreis Hedermünde - Uckermark - Wollin. Die Landtagswahl findet am 2. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Hedermünde, Bogenhof 24, tagenden Versammlung aus Parteinteresse einzuhalten.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Dezember, vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. M. Dietrich „Die Religion“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Marktbericht von Berlin am 24. Dezember 1912, nach Ermittlungen des Amtl. Viehprüfungsamtes. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,70 bis 19,80, mittel 19,50—19,60, geringe 19,20—19,30, Roggen, gute Sorte 17,08—17,10, mittel 17,04—17,06, geringe 17,00—17,03 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,80—18,40, mittel 17,20—17,70, geringe 16,80—17,10, Hafer, gute Sorte 18,80—20,40, mittel 17,10—18,70 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 50,00—50,00, Speiseerbsen, weiße, 50,00—50,00. Erbsen, zum Kochen 1,70—2,40, Kirschen, Bohnenfleisch 1,50—1,80, Schweinefleisch 1,60—2,20, Rindfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,80—7,20, 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40, Kalle 1,60—3,20, Jander 1,40—3,60, Dachs 1,40—2,60, Bratke 1,00—2,40, Schote 1,00—1,40, 60 Stück Rindfleisch 3,00—24,00.



# Deutscher Holzarbeiter - Verband

Verwaltung Berlin.

Folgende Zahlstellen sind verlegt worden:

Zahlstelle 78 von Reutkölln, Weserstr. 153, nach Wilden-  
bruchstraße 86, bei Rau.  
Zahlstelle 82 von Reutkölln, Pannierstr. 54, nach Pannier-  
straße 13, bei Hartmann.

## Einleger!

Sonntag, den 29. Dezember, vorm. pünktlich 10 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Kommission. 2. Bericht über die  
Vertragsverhandlungen. 3. Neuwahl der Kommission und der Delegierten  
zur Generalversammlung.  
Sämtliche zur Kommission und als Delegierte vorgeschlagene Kollegen  
müssen anwesend sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

## Maschinenarbeiter!

Sonntag, den 29. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei  
Vocker, Weberstr. 17:

## Außerordentliche

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wie sind unsere Arbeitsverhältnisse besser zu ge-  
halten? 2. Branchenanforderungen.  
NB. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines  
jeden Kollegen, zu erscheinen.

Die arbeitlosen Kollegen sind besonders auf diese Versammlung auf-  
merksam gemacht.  
1903



## Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren  
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119  
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbuser Tor.

## 1000 Pelzstolas

Schals, Colliers, Muffen nur prima  
— Felle —  
offiziere ich infolge günstiger Ab-  
schlüsse zu hervorrag. billig. Preisen.

Echt Skunks-Stola von 35 M. an.  
Nerzmurmelt-Stola von 13,50 M. an  
mit Köpfen und Schweifen.

Alaska-Fuchs-imitation 7,50 M.  
Marder, Nerz, Persianer,  
Opposum, Biber, Iltis etc.  
in allen modernen Formen stets  
am Lager.

Bitte Eile zu Weile  
Dresdener Str. 119 zu achten!  
Jedermann erhält die im Fenster  
ausgestellten Gegenstände sofort  
— für den bezeichneten Preis. —

Eigene Kürschnerei.  
Reparaturen  
gut, schnell, billigst.

Sonntags geöffnet.

Patente etc. erwirkt u. verwerlet anerkn. schnell  
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslau  
Berlin, Gieselerstr. 106, n. d. Pat.-Amt  
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss  
eine Erfindung für die Verwertung beschafft sein?“  
gratis u. franco

## Silvester-Scherze

Silvesterwarte verblüffend, schwimmender Zucker,  
7 Sort amtl. Ullbriefe, spring. od. kleb. Biersteller,  
Zigarren mit Feuerwerk, Stroß Federn, Musikanten,  
Zehnblätter, verblüffend, nicht zündend, Fauschprach-  
Propbeten, Musikant, Nebensböcken mit Schlangen  
oder Feuerwerk Zauberschilder mit Schlangen, Klex-  
tasche je 10 Pf. Hasenohr am Herreohr, Universal-  
Kastler, klopffender Hirtstift, zerbrechende Feuer-  
schelben, Hundekot, musk. Nadelstift, Rouboss mit Pappeneige Knall-  
Zigaretten, Knall, Bomben-wachtel je 20 Pf. Knall, Knallschüsse 15 Pf.  
Musikal. Stehracee und Kraxette 20 Pf. Zigaretten mit Metallschlingen  
50 Pf. Taschenrechner mit Musik 40 Pf. Wackelkassette 20 Pf. Wackel-Kind 30 Pf.  
Kriech, Ugarhauer 50 Pf. Zigaretten mit Feuerwerk, verschwindende,  
sinkende 40 Pf. Essigbohnen, Dtd. 70 Pf. Konfekte, Pralinen, Nüssen,  
Nusseln, mit H. Scherzen, Dtd. von 60 Pf. an, Glasbier Dtd. 40, 60, 80,  
75, 100 Pf. Knallbohnen, mit Milaan Dtd. 20 Pf. an, mit Musik oder  
Scherzen Dtd. 60 Pf. an, dekorierte Zigarrenspitzen Dtd. von 50 Pf. an,  
Luftrüssel, Fächer, Nasen, Papierbälle, Konfetti, Papiergeschlingen, Nüssen,  
Dtd. von 15 Pf. an, Urtanden, Lampfuss, Hasenohr, Zauberschlingen,  
Kartou 30 bis 40 Pf. Gummi-Aufhänger-Figuren 10 bis 20 Pf., Glasröhre Wurst  
10 Pf., stilles Ohr, Finger- und Handverbaas, Feuerwerk, neueste pyro-  
technische Neujahrscherze sortiments in jeder Preislasse Versand sofort.  
Grosse illustrierte Preisliste gratis und franco  
A. Wans, Scherzdruck Berlin 119 Markgrafenstr. 101 (nahe Lindenstr.) im Hofe.  
Vom 27. bis 31. Dezember bis 9 Uhr offen.

## Bad Frankfurt

Große Frankfurter Straße 136

## Sämtliche Bäderarten

Lieferant  
für alle  
Krankenkassen.

# Millionen gebrauchen gegen Husten Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg.  
Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken  
und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

gegen Heiserkeit,  
Verschleimung,  
Brust-Katarrh

# Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 28. Dezember 1912

Anfang 4 Uhr.  
Hrants. Auf's Ratterhorn.  
Kurfürsteneroper. Domtrösch.  
Theater am Nollendorfsplatz.  
Sauerwittchen.  
Thalia. Frau Holle.  
Zuilen. Goldener, das Sonntags-  
Lied.  
Kose. Goldhähnchen Stimmelfahrt.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Hgl. Cyrenhand. Der Kofen  
kanaler.  
Hgl. Schauspielhaus. Kolberg.  
Deutsches. Der blaue Vogel.  
Zirkus Albert Schumann. Gala-  
Vorstellung.  
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
Hrants. Paris und die Königs-  
schlösser von Versailles.  
Kammerstücke. Mein Freund Teddy.  
Leitung. Gabriele Schillings Stück.  
Thalia. Puppchen.  
Königsgräber Straße. Die fünf  
Frankfurter.  
Deutsches Opernhaus. Oberon.  
Berliner. Filmzauber.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Schiller O. Die Lokalbahn. Die  
Medaille.  
Schiller-Charlottenburg. Des  
Blarretts Tochter von Stralendorf.  
Kammerhaus. Die Generaldeke.  
Deutsches Schauspielhaus. Der  
guthühende Hund.  
Trianon. Die Erste — Die Beste.  
Kurfürstener-Oper. Der Kurfürst.  
Montis Operetten. Der Frauen-  
kreuzer.  
Theater am Nollendorfsplatz.  
Lephus in der Unterwelt.  
Pulsen. Berlin-Hamburg-New York.  
Residenz. Die Frau Präsidentin.  
Kose. Die Sünden der oberen  
Zehntausend.  
Metropol. Chauffeur — ins  
Metropol.  
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüsten  
moral.  
Casino. Am grünen Strand der  
Spree.  
Reichshallen. Bei Vater.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Luisenparkhaus. Graf Bepi.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.  
Der Jaungast.  
Gottes Caprice. In Sachen  
Rägenstein. Die Doppelkama.  
Die Tochter der Braut.  
Walhalla. Goldener Leuchtturm.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Die Doppel-  
dame.  
Neues Opernhaus (Kroll).  
Muffisches Ballett.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Tischballet: Dvonne.  
Sternwarte. Snealidenstr. 57—62

**Schiller-Theater O.** Berliner-  
Charlotten-  
burg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Lokalbahn. — Die Medaille.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Zopf und Schwert.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Schmetterlingsschlacht.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Der Talisman.

**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Die Jüdin von Toledo.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Kinder der Exzellenz.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Hedda Gabler.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Filmzauber.

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

**Deutsches Schauspielhaus**  
8 Uhr: Der guthühende Hund.

**Montis Operetten-Theater**  
(fr. Neues Theater), Am Nordend 1141.  
8 Uhr: Der Frauenkreuzer.

**Theater am Nollendorfsplatz 5.**  
Kasim. 4 Uhr: Schneewittchen.  
Abends 8 Uhr.

**Orpheus in der Unterwelt.**  
8 Uhr: Residenz-Theater. 8  
Uhr: Zum 1. Male (Uraufführung):  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madame la Présidente).  
Schwanke 3 Akt v. Denneguin u. Weber.  
Romp. u. folg. 2: Die Frau Präsidentin.  
Sonntag, 29. Dez., nachm. 3 Uhr:  
Alles für die Firma.

**Luisen-Theater.**  
Sonnabendvorstellung, 4 Uhr: Kinder-  
parade; Goldener, das Sonntagskind.  
Abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New  
York. Hr. rom. vom Auspathung-  
stätt von Ernst Ritterfeldt. Musik  
von Georg Hensch.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ich lasse Dich  
nicht. Abds. 8; Berlin-Hamburg-N. Y.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 102  
Nachmittags 4 Uhr:  
Goldhähnchen Stimmelfahrt.  
Abends 8 Uhr:  
Die Sünden der oberen Zehntausend.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der große  
Unbekannte. 8 Uhr: Die Sünden  
der oberen Zehntausend.

## Urania

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Hörsaal 4 Uhr:  
Auf's Ratterhorn!  
Abends 8 Uhr:  
Paris und die Königs-  
schlösser von Versailles.

**Apollo Theater**  
Abends ab 8 Uhr!  
Nur noch 3 Tage der  
gr. Attraktionen mit  
**Dario Pagni**  
Am 1. Neujahrstag: Premiere:  
„Brüderlein fein“.  
Alt-Wiener Geschichte v. Jul.  
Wilhelm. Musik v. Leo Fall.

## Passage-Panoptikum

Bis inkl. 1. Januar:  
Volkstage!  
Jedermann 1 Kind frei. Jedes  
Kind erhält ein Geschenk!  
Alles o hns Extra-Entree!

## 50 WILDE WEIBER MÄNNER KINDER

vom Stamme  
der Igorroten.  
Loben u. Treiben in dem  
eigens aufgebauten  
**IGORROTEN-Dorfe.**

## „Clou“ :: Berliner ::

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: Doppel-Konzert und Gastspiel  
des Musike. der Kais. 1. Matrosen-Division aus Kiel. Leiter:  
Kaiserl. Oberm. G. Stells.  
Musike. des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Große Silvesterfeier!  
Karten a 1,50 M. bei Tischbestellung im „Clou“ erhältlich.

**Wirtshaus in den Stadtbahnbögen**  
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)  
Frühstück, Mittag- u. Abendtisch anivilen  
Preisen. — Ausschank erstklassiger Biere.  
Traiteur Walter Seyring. Früher Reichshallen, jetzt noch  
Koezerhaus „zum Hoffjäger“.

## Metropol-Theater

Chauffeur-insMetropol  
Große Jahresrevue mit Gesang und  
Tanz in 10 Akten.  
Anfang 8 Uhr. Randen gestiftet.  
Dienstag, den 31. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:

Große Silvester-Vorstellung  
Chauffeur — ins Metropol!  
Größt. Auftreten von  
**Otto Reutter**  
mit gänzlich neuem Repertoire!

## WINTERGARTEN

Sahary-Djeli  
La „Mystérieuse“.  
Gastspiel  
**Max Linder**  
der weltberühmte Film-Schauspieler  
in seinem Sketch:  
Aus Liebe zum Bühnenaugenoperateur  
Max, der Liebhaber: Max Linder  
sowie die sensationellen  
Dezember-Attraktionen.

## „Clou“ :: Berliner ::

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: Doppel-Konzert und Gastspiel  
des Musike. der Kais. 1. Matrosen-Division aus Kiel. Leiter:  
Kaiserl. Oberm. G. Stells.  
Musike. des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Große Silvesterfeier!  
Karten a 1,50 M. bei Tischbestellung im „Clou“ erhältlich.

**Wirtshaus in den Stadtbahnbögen**  
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)  
Frühstück, Mittag- u. Abendtisch anivilen  
Preisen. — Ausschank erstklassiger Biere.  
Traiteur Walter Seyring. Früher Reichshallen, jetzt noch  
Koezerhaus „zum Hoffjäger“.

## Zirkus Albert Schumann.

Heute Sonnabend, 28. Dezbr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
High-Life-Evening  
Rendezvous der Sportwelt  
Der unsichtbare Mensch.  
Vier Bilder aus Indien.  
Neu: Sensationsspiel! Neu!  
**Löwe auf Elefant.**  
Vorgeführt von Herrn Gautier.  
Neu! Der Gipfelpunkt des  
Wagnisses! Neu!  
?? The 3 Bellows ??  
und das übrige Glanzprogramm.  
Sonntag, den 29. Dezember:  
2 große Vorstellungen 2  
in beide Vorstellungen ohne Kürzung  
Der unsichtbare Mensch.

## Herrnfeld Theater

Zwei große Schlager!!  
**Wüstenmoral.**  
Die Alpenbrüder  
mit Anton und Donat Herrnfeld  
in den Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Vorderl. 11—3 (Theaterl.).  
Voranzeige!  
Am 31. Dez. von 8 Uhr ab. bis 6 U. früh  
**Gr. Silvester-Feier!**  
Die größten Schlager  
Die Alpenbrüder — Wüstenmoral  
Das Scheidungs-Souper  
Festspiel! Gratulationscour!  
Panarenguh (Barde-Kürassiere)!  
Großes Silvester-Gabaret.  
mit Mitwirk. von 17 b. bedeutendsten  
Künstler.  
Die Theaterblatts berechtigten z. Teil-  
nahme an der gel. Silvesterfeier.  
Billets sind heute bereits zu haben.

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.  
„Bei Vater“.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
(zu ermäh-  
l. Preisen)  
„O Tanne-  
boom!“  
außerdem  
Großes  
Prog.

Dienstag, 31. Dezbr. 1912:  
Silvester-Soirée m. Tanz-  
fränschen und Ill.-Stabarett.

## Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, 28. Dezbr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Der Aeroplan im Zirkus.  
(Der Alte als Aviatikler I.)  
Neu! The 3 Stewarts Neu!  
Nur noch einige Tage  
Der kleine indische  
„Smaun“  
Däumling  
sow. d. berühmte Reiterfamilie  
„Proserpi“.  
Zum Schluss:  
Die große Prunk-Pantomime  
„Sevilla“.  
Avis! Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unter Gorillas.  
Nachm. jed. Erwachsene ein Kind  
unter 10 Jahr. auf a. Sitzplätzen frei.

## Casino-Theater

Rehringer Str. 87. Täglich 8 Uhr:  
Sonntag, den 29. Dezember,  
nachm. 4 Uhr:

## Unter dem Weih- nachtsbaum.

**Boigt-Theater.**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Sonnabend, 28. Dezember 1912  
(Erst- für die Freitag-Abendmonten):  
Ein Drama  
aus den Balkanstaaten.  
Schaupl. in 4 Akte. v. L. Gunglhofer.  
Kaiseroeffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Novitäten:**  
In Sachen Käsenstein.  
Die Doppelkama.  
Die Tochter der Braut.

## Theater Königstadt-Casino.

Getz Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1. Minute v. Bahnh. Wannowische  
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:  
**Unter Christbaum.**  
Schaupl. in 3 Akten und das  
groß. Spezialitätenprogramm  
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

## Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr:  
**Die Erste — Die Beste!**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der seltsame  
Toupinel.  
Für den Inhalt der Zuzerate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

# Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.  
Kaufen Sie von Kavaliereu wenig getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster,  
größtentheils auf Seide gearbeitet, von 9—18 M. Große Auswahl in neuer Garderobe.  
Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschmänteln, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große  
Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 20—75 M. —  
Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig.



Unseren besten Genossen  
**Albert Janke**  
und seiner lieben Frau zu  
ihrem am 25. d. Mts. statt-  
gefundenen Silberhochzeit  
nachträglich herzlichsten Glück-  
wünsche.  
Die Genossinnen u. Genossen  
vom 260. Bezirk 4. Kreis.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
(Straßauer Viertel, Bez. 336 II.)**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse  
**Frau Emilie Liebe**  
Vorhagerer-Str. 15/19  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung hat am  
Donnerstag, den 26. d. Mts., auf  
dem Georgen-Kirchhof, Land-  
berger-Älter, stattgefunden.  
221/17  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises  
Görlitzer Viertel, Bezirk 305 I.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Maurer  
**Hermann Edlich**  
(Liegauer Str. 20) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat am Frei-  
tag, den 27. Dezember, auf dem  
Central-Friedhof in Friedrichshagen  
stattgefunden.  
221/16  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Paul Oehring**  
am 24. Dezember an Herzschlag  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 28. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, vom Leichen-  
haus, Reospringerstr. 18 (Friedrichs-  
berg) aus nach dem Georgen-  
Kirchhof, Landberger-Älter, statt.  
**Nachruf.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
lieben unversorgten Sohnes  
sagen wir allen Beteiligten unseren  
herzlichsten Dank.  
221/18  
**Die Ortsverwaltung.**

**Arbeiter-  
Radfahrer-Bund  
„Solidarität“.**  
Ortsgruppe Berlin.  
In Erfüllung der trauernden  
Pflicht geben wir hierdurch allen  
Mitgliedern bekannt, daß unsere  
langjährige Bundesgenossin  
**Frau Klara Giesler**  
(VI. Abteilung)  
am 24. Dezember verstorben ist.  
Sie verliert in der Dahin-  
geschiedenen eine sehr arbeits-  
freundliche, hilfsbereite Genossin.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Sonntag, den 28. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
19/15  
**Der Zentralvorstand.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
lieben unversorgten Sohnes  
sagen wir allen Beteiligten  
unseren herzlichsten Dank.  
221/18  
**Familie Meininger.**

Allen Freunden, Bekannten,  
Verwandten und Parteigenossen  
die traurige Nachricht, daß mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
der stillere Restaurateur  
**Fritz Donath**  
nach kurzem Leiden am Dienstag  
verstorben ist.  
Dies zeigt tiefbetrübt am  
**Die trauernde Gattin nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet heute,  
Sonntag, den 28. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
des 1. Schönberger städtischen  
Friedhofes, Warstraße, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Schöneberg. (Bezirk 10.)**  
Am Dienstag, den 24. Dezember,  
verstarb nach langem Leiden unser  
Mitglied, der Restaurateur  
**Fritz Donath.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Sonntag, den 28. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
des 1. Schönberger städtischen  
Friedhofes, Warstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
16/14  
**Der Vorstand.**  
Für Mitglieder des Gesang-  
vereins „Schöneberger Männer-  
chor“ Treffpunkt 29, Uhr beim  
Gastwirt Rosenthal, Gant-  
straße-Str. 2.

Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem sowie dem Wahlverein,  
Bezirk 16, dem Sparverein „Einigkeit“  
(1908) sage für die vielen Beweise  
herzlichster Teilnahme bei der Beer-  
digung meines lieben Mannes  
unsern herzlichsten Dank.  
**Wilhelm Reseg.**

**Verband d. Brauerei- u. Mühlen-  
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.  
Zahlstelle Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 24. Dezember der Kollege  
**Friedrich Donath**  
(ehemal. Schloßbrauerei-Schöneberg)  
nach langem, schwerem Leiden ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 28. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Schöneberg, Warstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
44/6  
**Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast- und  
Schankwirte Deutschlands.  
Zahlstelle Schöneberg.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Fritz Donath**  
am 24. d. Mts., nach langem,  
schwerem Leiden im Alter von  
38 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 28. d. M., nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Friedhofes in der Warstraße aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
74/12  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung so-  
wie die Kranzpenden bei der Beer-  
digung meines lieben Mannes sage  
ich hiermit allen denen, die daran  
teilnahmen, aufrichtigen Dank. (17988)  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Juliana Peißer geb. Hoffmann,**  
Schloßbrauerei Straße 47.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
für Niederharnim.  
Bezirk Lichtenberg.  
Nachruf.**  
Den Genossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Franz Jaenicke**  
Niederharnimstraße 16  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksleitung.

Am Donnerstag, den 25. De-  
zember (2. Weihnachtstierstag),  
verstarb nach schwerem Leiden  
unser innigstgeliebter Sohn  
**Erich**  
im Alter von 5 Jahren infolge  
einer Operation im Joseph-  
Krankenhaus in Potsdam.  
Dies zeigt schmerzhaft an  
Die trauernde Familie  
**Karl Gebert nebst Frau  
und Kindern.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 29. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Central-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.

Allen Verwandten, Bekannten,  
Partei- und Sportgenossen die  
traurige Nachricht, daß meine  
innigstgeliebte Frau  
**Klara Giesler**  
nach kurzem schwerem Leiden am  
24. d. Mts. verstorben ist.  
Der trauernde Gatte  
**Fritz Giesler, Veltstr. 21.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 28. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.

Am 25. d. M., früh 11/2 Uhr,  
entschlief sanft mein geliebter  
Mann, unser Bruder, Schwager  
und Onkel, der Maurer  
**Johann Graß**  
im 49. Lebensjahre.  
Um stille Beweise bittet  
**Witwe Anna Graß  
geb. Arnold.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 29. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Pauli-Kirchhofes in  
Hohen-Schönhausen aus statt.

**Deutscher Bauarbeiterverband.  
Zweigverein Berlin.**  
Am 25. Dezember starb unser  
Mitglied, der Maurer  
**Johann Graß**  
(Bezirk Nordost).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 29. Dezember, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle der  
Haus-Gemeinde in Hohen-Schön-  
hausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
148/6  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
Sohnes, unseres Bruders  
**Max Kruschke**  
sagen wir allen Beteiligten unseren  
besten Dank.  
56A  
**Fran Kruschke nebst Kindern.**

Am Montag, den 23. Dezen-  
ber d. J., früh 4 Uhr, wurde  
unser lieber Vater, Schwieger-  
vater, Großvater, Bruder und  
Schwager, der Fabrikant  
**Robert Marsch**  
im 61. Lebensjahre nach seinem  
langem, schweren Leiden durch den  
Tod erlöst.  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen zeigt dies an  
**Johanna Teidel geb. Marsch.**  
Berlin-Lichterfelde,  
Ulrichstr. 15.  
Die Einäscherung findet am  
Sonntag, den 28. Dezember  
1912, nachmittags 12 1/2 Uhr, in  
Leipzig statt.  
19045

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, die Botenfrau  
**Karoline Tiedemann**  
am 25. d. Mts. im Alter von  
63 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 28. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Bartholomäus-Kirchhofes  
in Weihensee, Falkenberg-Grünhof,  
aus statt.  
69/16  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Arbeiter-  
Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

Das größte Abonnementshaus feinsten  
Herren-Moden **J. Stock & Co.** verkauft seine  
**Monats-Garderobe  
direkt an Private.**  
Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

**Spielwaren u. Puppen** für Weihnachtsgeschenken  
empfiehlt  
**Richard Renz, Potsdamer Straße 123,**  
an der Brücke.  
Silvesterscherze - Silvesterblei. Vereins-erk. Rabatt.

**Waldorf-  
Astoria  
Cigarettes**  
Hockey 3 Pf.  
Clío 5 Pf.  
33/2\*

Zum Silvester empfohlen:  
**Punsch, Rum usw.**  
Wein- **Ignatz Sello** Likör-Fabrik  
Großhandlung  
In meinen Filialen Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
**Achten Sie bitte genau auf meine Firma!**

**Billige  
Angebote  
haltbarer, bewährter  
und gut sitzender  
Berufs-  
Kleidung**  
**BAER SOHN**  
Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 Cegr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10  
**Schutz-  
Kleidung**  
für Sanitäts-  
dienst und  
gewerbe-  
polizeiliche  
Vorschriften

**Engelhardt-  
Bock  
Ausstoß  
28. Dezember**

Als zuverlässiger Begleiter  
ist der Salamanderstiefel  
zu empfehlen. Er ist  
allen Strapazen gewachsen

**SALAMANDER-  
MARKE**

Einheitspreis **12<sup>50</sup>**  
für Damen u. Herren M.  
Luxus-Ausführung . M. 16<sup>50</sup>  
Fordern Sie Musterbuch V

**Salamander**  
Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

1 W8 Friedrichstrasse 182  
2 SW Friedrichstrasse 221  
3 SW Friedrichstrasse 204  
4 N Friedrichstr. 118/19  
5 C Königstrasse 47  
6 W Potsdamer Strasse 5  
7 C Rosenthaler Tor  
8 W Tauentzienstrasse 15  
9 H Badstrasse 20  
10 W Martin-Luther-Strasse 2  
11 NO Gr. Frankfurter Str. 102  
12 S Oranienstrasse 42  
13 NW Turmstrasse 9  
14 Charl., Wilmersdorfer Str. 126  
15 Steglitz, Schloss-Strasse 20  
16 Friedenau, Rheinstrasse 1-3  
17 Spandau, Breite Strasse 30  
18 Potsdam, Nauener Strasse 24





Aus aller Welt.

Bourgeoisjustiz und Bourgeoismoral.

Aus Paris wird uns geschrieben: Im letzten Sommer hatten die Zeitungen über eine Sensationsaffäre zu berichten. Frau Bloch, eine reife, literarisch dilettierende Dame hatte die Geliebte ihres Mannes, eine Frau Bridgemann, die sich weigerte, das Verhältnis zu lösen, erschossen. Keine der drei Personen, die dieses Dreieck bildeten, erschien eben sympathisch. Herr Bloch ist ein kläglicher Schwächling, der seiner Gattin wiederholt feierlich schwur, Frau Bridgemann, die um seinetwillen von ihrem Mann vor die Tür gesetzt worden war, zu verlassen und gleichzeitig diese seiner unerschütterlichen Treue versicherte. Frau Bridgemann soll — und man hat keinen Grund, diese Aussage der Frau Bloch zu bezweifeln — der Kavalier den höhnischen Rat gegeben haben: „Ich habe mit einem Geliebten genommen, machen Sie mir's nach!“ Und Frau Bloch ist erst recht keine rührende Tragödienheldin. Sie hat Frau Bridgemann erst bei ihrem erwachsenen Sohn, und als dieser ihr nicht glaubte, bei ihrem Ehemann denunziert. Daß sie ihre Missetat vorsätzlich ausgeführt hat, geht daraus hervor, daß sie Frau Bridgemann, mit dem Revolver ausgerüstet, in ihrer Wohnung aufgesucht hat. Sie hat übrigens die Nordabsicht vor Gericht gar nicht geleugnet. „Ich habe meine Liebe rächen wollen“ — mit dieser miserablen Romanphrase erklärte sie ihre Tat. Und sie setzte hinzu, daß die bloße Untreue ihres Mannes sie nicht dazu veranlaßt hätte, denn alle Männer betrügen heutzutage ihre Frauen, sondern der Umstand, daß Frau Bridgemann den ihren ganz gefangen genommen hätte.

Am Montag haben nun die Geschworenen Frau Bloch freigesprochen. So rüchloslos der Kleinbürger verurteilt, wenn er eine Gefahr für das Eigentum wittert, so sentimental ist er, wenn ihm ein Melodrama der Bourgeoisfamilie vorgeführt wird. Es gibt zwar Zeitungen, die den Freispruch entschuldigend mit dem „Fet“ erklären wollen, den die wackeren Geschworenen über die ganze verderbte Sippe, worin sich der Mord angetragen hat, empfunden hätten. Aber in Wirklichkeit ist ihr Urteil nur ein Symptom der zunehmenden Verrohung und Gewalttätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Es gehört in daselbe Kapitel wie die Wiedereinführung der Todesstrafe und die „wissenschaftliche“ Entthronung der Humanitätsideale zugunsten des Justizfalsch und der brutalen Strafmesserei einerseits, des geheiligten moralischen Herkommens andererseits. In der Verhandlung gegen Frau Bloch haben nicht nur die Geschworenen ihre Moral kundgegeben, sondern auch der Gerichtshof. Der Gerichtsrat Vertulus tabelte den vertrauensvollen Herrn Bridgemann, weil in einer Ehe, wenn auch nicht ein Liebermaß von Eifersucht, so doch ein wenig davon nottue; er pügte Herrn Bloch herunter, weil er die Befehle der Galanterie verletzt habe, die „geweiht wie die des Straffgesetzes“ seien. Viel schlimmer aber war sein Ausspruch: „Ich begreife es, daß jemand, der an Eifersucht leidet, die Wurzel des Uebels anzureißen sucht, indem er denjenigen, der die Ursache ist, tötet.“ Allen aber setzte ein Ausspruch des öffentlichen Anklägers Journier im Plaidoyer die Krone auf: „Frau Bloch hatte ein vorbestimmtes Opfer, bei sich daheim — es war ihr Mann. Hätte sie ihren Mann getötet, so hätten wir uns nur schweigend zu beugen.“ Diese Rechtfertigung des Mordes am Ehebrecher ist auch für die Bourgeoisjustiz eine starke Tabak — man denke nur, wohin die Befolgung dieser Maxime führen würde! — und Herr Journier wird dieses allzu offene Bekenntnis zur Lynchjustiz vermutlich zu bedauern haben. Charakteristisch bleibt es nichtdestoweniger für die Entwicklung der moralischen Anschauungen in der Ausgangsperiode der bürgerlichen Gesellschaft.

Der Tod in der Grube.

Ein schweres Grubenunglück hat sich am Weihnachtabend in dem Kalibergwerk Adolfglück bei Schwarmstedt (Provinz Hannover) ereignet. Durch die Entzündung brennbarer Gase erfolgte in dem Schacht eine Explosion, bei der ein Steiger, ein Drittelführer und drei Bergleute getötet wurden.

Ein anderes bedauerliches Grubenunglück wird aus Galizien gemeldet. In den Kohlenbergwerken bei Jaworzne wurden im Schachte Helene durch herabfallende Erdmassen mehrere Arbeiter verschüttet. Drei Arbeiter wurden nur als Leichen geborgen, zwei andere waren nur leicht verletzt.

Weihnachtstürme.

Ein orkanartiger Sturm, der in den Abendstunden des ersten Feiertages einsetzte, hat an den europäischen Küsten und namentlich im Kanal großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Schiffe sind während des Unwetters gescheitert; andere mußten in stark beschädigtem Zustande in die Häfen zurückkehren. Ueber das Unwetter berichten die folgenden Telegramme:

Hamburg, 26. Dezember. Durch den starken Sturm der vergangenen Nacht wurde zum Teil erheblicher Schaden angerichtet. Die Feuerwehrt wurde fortgesetzt zur Hilfeleistung herbeigerufen. Das Dach der Luftschiffhalle bei Fuhlsbüttel wurde teilweise abgedeckt. Die Feuerwehrt war annähernd sieben Stunden in Tätigkeit, um den Schaden notdürftig auszubessern. Die in der Halle untergebrachten Flugzeuge sind unbeschädigt. Der Sturm, der insbesondere zwischen 12 und 1 Uhr außerordentliche Stärke angenommen hat, richtete auch in Hafen und auf der Unterelbe bedeutenden Schaden an. Eine Anzahl kleinerer Fahrzeuge ist gesunken oder gestrandet. Die Befragungen wurden in allen Fällen gerettet. Ein Dack von Blohm u. Voß wurde mit den Anlern vertrieben. Bei Brunnshausen ist eine deutsche Jacht gestrandet.

Lübeck, 27. Dezember. In der Nacht zum Donnerstag brach infolge des orkanartigen Sturmes auf dem Hochseetwerf ein Verladekran zusammen und begrub unter seinen Trümmern ein Hauschen, in dem sich sieben Arbeiter befanden. Einer von ihnen wurde getötet, die übrigen zum Teil schwer verletzt.

Greifswald, 26. Dezember. Auch in Vorpommern hat der Orkan in der vergangenen Nacht großen Schaden angerichtet. Es wurden Fernspreckleitungen zerstört, Lichtmasten umgeworfen, Dächer beschädigt. Die alte Greifswalder Marienkirche hat stark gelitten.

London, 26. Dezember. Der außerordentlich heftige Sturm hat an allen Küsten und im Innern des Landes großen Schaden angerichtet. In Plymouth wurden einige Dächer abgedeckt und mehrere Schiffe an die Küste getrieben. Der italienische Dampfer „Tripolitania“ scheiterte in Pounts Bay, wobei

ein Mann von der Befragung erkrankt. In Southampton trat eine Flut ein, die die höchste seit 50 Jahren ist. Die Wogen überpflühten am Nachmittag die Eisenbahn, so daß diezüge bis an die Küsten im Wasser fuhren. Auch die Elektrizitätswerke wurden überschwemmt, der Dienst der Straßenbahn wurde daher für einen großen Teil des Tages eingestellt. Viele Straßen wurden überflutet. Die Fußgänger mußten in Booten nach Hause gebracht werden. Auf dem Tyne sind viele Schiffe 3-4 Tage überfällig.

London, 26. Dezember. Ein heftiger Sturm hat zahlreiche Schiffsunfälle herbeigeführt, namentlich in Devon und Cornwall, wo die Stürme mit heftigem Gewitter verbunden waren. Zwei Passagierdampfer und andere Fahrzeuge sind gestrandet. Die meisten Telegraphen- und Telefonverbindungen sind unterbrochen.

London, 26. Dezember. Infolge des heftigen Sturmes im Kanal sind der brasilianische Dampfer „Coyaz“ und drei Schoner in der Nähe von Plymouth gescheitert. Die Dampfer, die den Verkehr über den Kanal vermitteln, kommen mit stundenlangem Verspätung an.

Paris, 27. Dezember. Seit gestern wütet ein heftiger Sturm an der ganzen französischen Küste. Im Hafen von Le Havre sind zahlreiche beschädigte Schiffe eingetroffen. Die Palettdampfer, die den Verkehr zwischen Frankreich und England vermitteln, haben den Betrieb eingestellt. Auch in Calais und Dover sind zahlreiche Schiffe eingetroffen, die ihre Weiterfahrt infolge des Sturmes aufgeben mußten. Der englische Dampfer „Norumb“ von der Peninsular and Oriental Line hat durch ein drahtloses Telegramm um Hilfe gebeten. Das Schiff faßt 5000 Tonnen und ist nach London unterwegs. Trotz des Sturmes ist der Schlepper „Infatigable“ aus Brest zur Hilfeleistung in See gegangen.

Ein diebischer Pfarrer.

Aus Paris schreibt man uns: In der bei Dijon gelegenen Gemeinde Jours wurden im vorigen Jahr einem alten Fräulein Wertpapiere gestohlen, die einen Betrag von 13 000 Fr. repräsentierten. Die Strafanzeige blieb zunächst ohne Erfolg, indes wurde das Amortisationsverfahren eingeleitet. Bald darauf starb die Verstorbene. Einer ihrer Erben brachte nun vor kurzem in Erfahrung, daß die Papiere dem Baisler Bankverein zum Verkauf angeboten worden waren. Der Verdacht richtete sich gegen den Pfarrer von Jours Francois Martel, der bei der alten Wirtschaftein- und eingegangen war. Die Bankbeamten in Basel erkannten ihn auf Grund einer Photographie. Schriftproben ergaben den weiteren Beweis und Martel wurde verhaftet. Er hat den Diebstahl schon eingestanden und sieht im Gefängnis von Chatillon der Verhandlung entgegen.

Frohe Weihnachten.

Eine freudige Ueberraschung ist, wie ein Telegramm aus Madrid meldet, am Weihnachtabend der Befragung des spanischen Handelsdampfers „Aqualarcho“ zu teil geworden, der zurzeit im Hafen von Barcelona vor Anker liegt. Der Kapitän wurde nämlich durch ein Telegramm davon benachrichtigt, daß das von der gesamten Befragung gespielte Los der Weihnachtslotterie mit dem Hauptgewinn von einer Million Pesetas gezogen worden sei. Das Los war von Offizieren und Mannschaften zu gleichen Teilen gespielt worden. Der Jubel über diese Nachricht war, wie man sich denken kann, unter Offizieren und Mannschaften unbeschreiblich. Das Schiff wurde sofort festlich illuminiert, und bei einem festlichen Mahle und fröhlichem Tringelage feierten Offiziere und Mannschaften diese seltene Weihnachtsüberraschung.

Kleine Notizen.

In den Flammen umgekommen. Am Dienstagabend brach in der Färberei von Rogasch in Weihenfeld ein Brand aus, der

in kurzer Zeit einen großen Teil des Betriebes vernichtete. Unter den Trümmern wurde der halbverkohlte Leichnam eines 14jährigen Jungen, der mit der Befragung der Pferde beauftragt war, aufgefunden. Der Brand soll durch die Unvorsichtigkeit des Jungen entstanden sein, der im Strohhalm und Heulager mit offenem Licht hantierte.

Die Typhusepidemie in Hanau. Von den Typhuskranken im 1. Bataillon des Eisenbahn-Regiments Nr. 3 sind wiederum zwei Mann gestorben, und zwar die Pioniere Bollsch und Bruns. Die Zahl der Todesfälle beträgt somit sechs.

Blutige Weihnachten. In der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtstage gerieten zwischen Horstermark und Buer einige Bergleute in Streit. Zwei Bergleute wurden dabei getötet, zwei schwer verletzt. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Schweres Straßenbahnunglück in Rom. Infolge Bruches der Bremse rante in Rom ein Straßenbahnwagen gegen eine Mauer. Siebzehn Personen wurden verwundet, zwei von ihnen, darunter der Fahrer, schwer.

Die Cholera in Konstantinopel. Am Mittwoch wurden in Konstantinopel 34 Cholerafälle gemeldet, von denen fünf tödlich verliefen. Dazu kommen noch 16 Todesfälle nach früheren Erkrankungen hinzu, so daß im ganzen 2298 Erkrankungen und 1107 Todesfälle gezählt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn des Treppens — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichensbezeichnung. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsnotifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Leinwand, Decken etc. 2 R. für das Kalenderjahr. — Hoyer 38. 1. Rein. 2. Beantworte Sie zunächst bei dem Haxramt die Befragung der Uchunde. — H. D. 77. Der Austritt kann am dritten Feiertag erklärt werden. — R. Z. 50. 1. Nicht bekannt. 2. Etwa 20 R., falls Sie nur Ihren eigenen Unterhalt zu bestreiten haben. — F. D. 8. 9. 1 und 2. Behalten Sie die Rechte zunächst ein und machen Sie der Gerichtsstelle eine entsprechende Mitteilung mit dem Bemerkten, daß Sie die Rechte nach Ablauf einer Woche an den Vermieter zahlen werden, falls nicht eine Befragung erfolgt. Gestört von Ablauf der Frist ein Befragungsbeschluss ein, so können Sie, falls es sich um einen Pfandbeschluss und Ueberweisungsbeschluss handelt, an die Gerichtsstelle zahlen, andernfalls an den Vermieter. 3. Nach den üblichen Mietverträgen nicht zulässig. 4. und 5. W. 7. Den vollen Betrag nur dann, wenn die Kasse sich mit der Kautionsnahme einverstanden erklärt hat, andernfalls nur in Höhe der statutarischen Mindestleistungen. — W. 18. „Verjährung“ liegt nicht vor. Die Formulare des Kindes erscheint möglich. — A. 3a. — 1892. Jvanzigjährig. Abonnement. Die Berechtigung erfolgt sowohl beim Militär, als auch vor Gericht. Zum monatlichen Rückgang ist der Betreffende nicht verpflichtet. Die Kirchensteuerpflicht hört mit Ende des Kalenderjahres auf, welches dem Jahre folgt, in dem der Austritt geschehen ist. — T. 31. Eine solche Verpflichtung hat der Vermieter nicht. — D. Die Rechte müssen Sie bezahlen, am zweckmäßigsten an den Vermieter direkt. Nach erfolgter Zahlung fordern Sie die Befragung der Mängel unter Stellung einer Frist von nicht über einer Woche. Verstreicht die Frist fruchtlos, so klagen Sie beim Amtsgericht. — T. W. 974. Derartige Handlungen sowie Nachträge dazu werden mit Zahlungspflicht geahndet. — W. R. 3156. Ja. — R. W. 3. Sie sind zahlungspflichtig. Der Lohn ist beschlagnahmefähig soweit er 28,85 R. monatlich oder 125 R. monatlich übersteigt. — Fr. W. 85. Infolge der Zusage der Hauswirts waren Sie befugt, die restlichen Sachen fortzuführen. Ihre Schmiegermutter kann Klage auf Herausgabe erheben, und Sie als Zeuge für die Zusage des Hauswirts benennen. Der von Ihnen erwähnte Ausbruch in dem Schreiben des Hauswirts stellt eine Befragung dar, wegen welcher Ihre Schmiegermutter die Privatklage erheben kann. — G. R. 25. Rein.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Seelisch, Buch und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräften bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Preiseremplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleistet werden.

Advertisement for Leske & Slupecki, featuring a portrait of a man and text: 'Leske & Slupecki, Schönhauser Allee 70c, Ecke der Stargarder Straße. Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß. Moderne Winter-Ulster, Paletots, Anzüge, in allen Preislagen. Elegante Maßanfertigung. Arbeiter-Berufs-Kleidung. Nur Prinzen-Allee 57. Die Spezial-Seifenhandlung F. Gomgowski empfiehlt ihr großes Lager in Haus- und Toiletteseifen zu äußerst billigen Preisen, sowie sämtliche Wirtschafts-Artikel Emaille-, Glas-, Porzellan- und Eisenwaren. Nur Prinzen-Allee 57. Richard Brückner, Frankfurter Allee 34/35. Gegründet 1898. Billigste und beste Bezugsquelle für Hüte, Pelzsachen, Mützen, Schirme und sämtliche Herren-Artikel. Nur Prinzen-Allee 57. Fettschneide, Feinste Margarine, Naturbutter überrefend Pfd. 100 Pf. Braunschweiger Wurstwaren zu billigsten Preisen. Honig eigener Imkerer. A. Plewka, Gerlichstr. 31, am Kettelbeckplatz. Nur Prinzen-Allee 57. Das Vollkommenste u. Sparsamste im Gebrauch u. gekörnte Alabaster-Seife. Dieselbe greift die Wäsche nicht an, verleiht derselben einen angenehmen Geruch und kostet das Pfund nur 26 Pfennig. Silber-Seife, feinste Qualität, Pfund nur 27 Pfennig, offeriert seiner geübten Randschaft. F. Gomgowski. Nur Prinzen-Allee 57.

Advertisement for Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden). Neuerscheinungen: Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben von Max Grunwald. Heft 1: Zur Einführung in Marx' „Kapital“ von Max Grunwald. Heft 2: Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik von August Mai. Heft 3: Goethe und die Arbeiter von Max Grunwald. Preis jedes Heftes 40 Pf.



